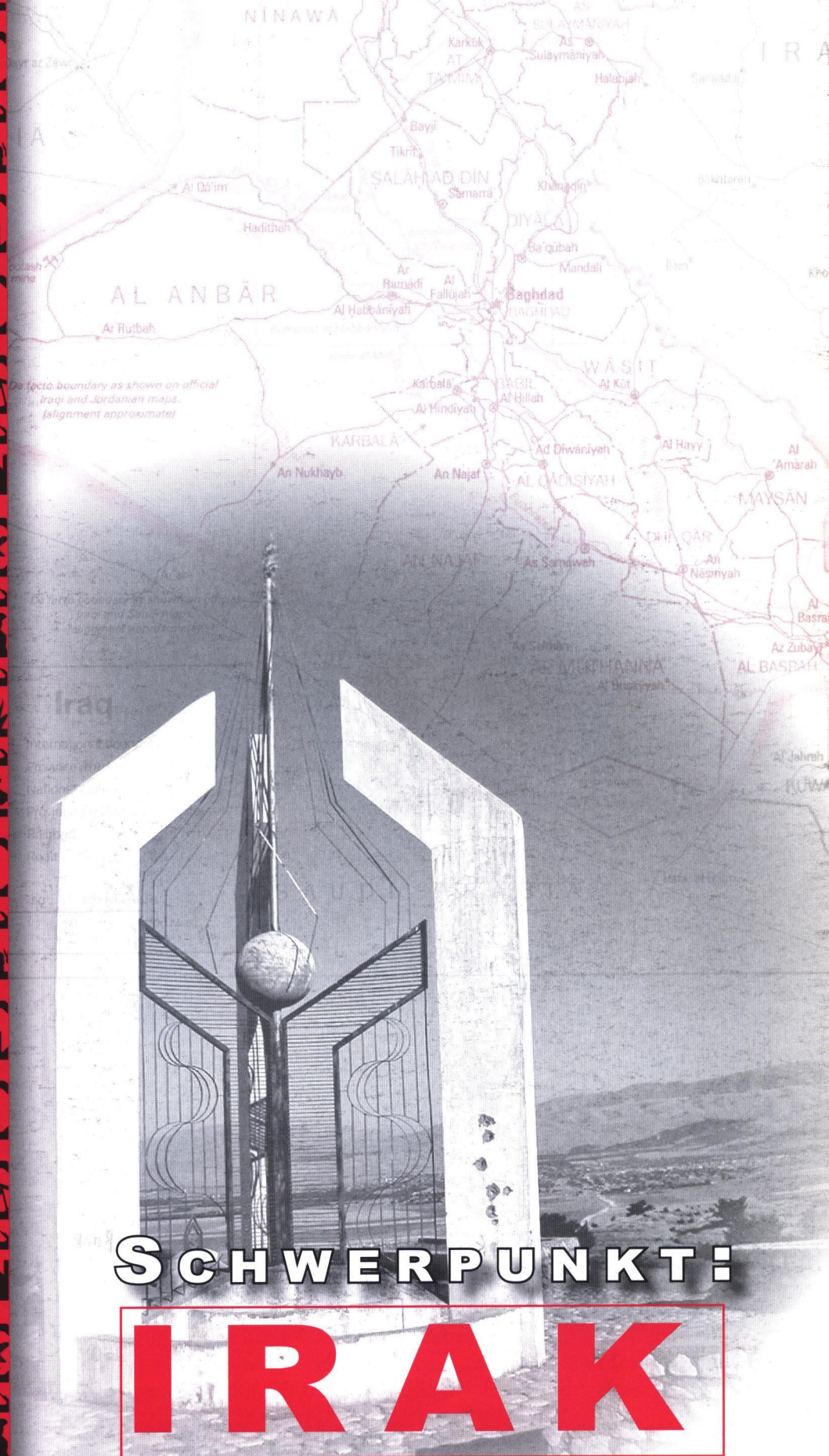




Context **XXI**

ISSN 1028-2319 • EUR 5,- / sfr 7,50

Nummer 1-2 / 2005



SCHWERPUNKT:

IRAK

DAS CONTEXT XXI-ABO

Österreich/Schweiz Sozialabo	20,- Euro
Österreich/Schweiz Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro
Förderabo	66,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienene Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Bestellung bitte
schriftlich, per FAX
oder per E-Mail an

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59,
A-1010 Wien Fax:++43-1/532 74 16,
redaktion@contextxxi.at

DAS KLEINGEDRUCKTE: Das Context XXI-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Context XXI

Medieninhaber: Bureau N° 2
– Agentur für Kommunikation
und Information **Herausgeber:**
in: LICRA-Österreich (Inter-
nationale Liga gegen Rassismus und
Antisemitismus) **Redaktion:** Katrin Auer

(koordinierende Redakteurin, Lektorat), Erik
Fürst (Layout), Manfred Gmeiner, Judith Götz (Abo-
Verwaltung), Heide Hammer (Radio), Günter Hefler,
Markus Kemmerling, Jens Kornacker (Internet, Radio),
Mary Kreutzer, Eva Krivanec, Karin Lederer (Lektorat),
Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel
(geschäftsführender Redakteur), Thomas Schmidinger,
Jutta Sommerbauer, Birgitt Wagner, Markus Zingerle
(Radio) **RISSE:** Nicole Burgermeister, Alexander
Hasgall, Lilo König, Nicole Peter, Alex Schärer, Bea
Schwager, Risse-Magazin, Postfach 3119, 8021 Zürich.
AutorInnen dieser Ausgabe: Alicia Allgäuer, Hussain
Ali Bawa, Sana Ahmed-Al-Khalily, Walid Al-Khalily,

SCHOTTENGASSE 3A/1/59, A-1010 WIEN
TELEFON +43-1-535 11 06, TELEFAX +43-1-532 74 16
WWW.CONTEXTXXI.AT
REDAKTION@CONTEXTXXI.AT

Ali Al-Zahid, Suhad Al-Zahid, Erica Burgauer, Mirza
Dinnayi, Fuad Jaber, Nasi Mis-
souri, Andreas Peham, Verena
Pejic, Falah Muradkhin Shakir,
Kasim Talaa, Lotte Tobisch-Labotyn,
Thomas von der Osten-Sacken. **Titelgraphik:**

no*signal **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagas-
se 19, 1150 Wien, Tel.: 8932358, Fax: 8932358-4 **Offen-
legung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer,
von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist
die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik **Abos:**
Sozial-Abos 20 Euro/Jahr, Normal-Abos 33 Euro/Jahr,
Förder-Abos 66 Euro/Jahr, Ausland-Abos 38 Euro/Jahr,
Übersee-Abos 44 Euro/Jahr **Konto:** 0521-07281/00
Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32
1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context
XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer
Zeitungen und Zeitschriften

EDITORIAL

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Diese Ausgabe der **Context XXI** ist den Entwicklungen im Irak gewidmet. Es ist uns gelungen, irakische AutorInnen zu gewinnen, die von verschiedenen Standorten – etwa als in Österreich lebende Exil-IrakerInnen – und von verschiedenen Perspektiven – wie zum Beispiel als persönliche Kommentare und Lebensgeschichten – ihre Sicht auf den Irak, seine Vergangenheit und Gegenwart schildern.

Außerhalb des Themenschwerpunktes Irak setzen wir die Auseinandersetzung mit dem Christentum fort, diesmal mit dem Fokus auf den religiösen Antisemitismus im Protestantismus. Weiters wird die Frage nach der Kontinuitätsthese in Bezug auf von Deutschen begangenen Genoziden seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts diskutiert, der Beitrag der Schweizerischen Politik zur Festung Europa hinterfragt und die aktuelle Situation der jüdischen Gemeinde in der Tschechischen Republik dargestellt.

Nichtkommerzielle Publikationsprojekte wie **Context XXI** haben es schwer zu überleben. In eigener Sache ist es uns daher ein Anliegen, unsere LeserInnen darauf aufmerksam zu machen, dass es heute leider keine Selbstverständlichkeit darstellt, dass es Zeitschriften wie **Context XXI** gibt. **Context XXI** ist weiterhin wohl eine der raren Zeitschriften, welche sich in Österreich mit Antisemitismus und Rassismus durchgehend und konsequent auseinandersetzen. Auch Gedenkarbeit und die Auseinandersetzung mit der Shoah sind wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit. Diesbezüglich stellt **Context XXI** eine fast allseits anerkannte Bereicherung in der Medienlandschaft dieses Landes und des gesamten deutschsprachigen Raumes dar. Wir freuen uns daher über zuverlässige Abo-Bezahlungen, über jede Werbung und Empfehlung, über Inserate, über MäzenInnen und FörderInnen.

Wir danken daher im Besonderen Lotte Tobisch für die Benefiz-Lesung ihres Briefwechsels mit Theodor W. Adorno zugunsten von **Context XXI**, sowie Wolfgang Gasser, welcher den Adorno Part gelesen hat, und dem Kreiskyforum, welches uns organisatorisch und räumlich beistand.

Katrin Auer,

Mai 2005

INHALT

KEIN WILDES KURDISTAN <i>von Mary Kreutzer</i>	4
KINDHEIT UNTER SADDAM HUSSEIN <i>von Walid Al-Khalily</i>	8
SZENEN ZWEIER FRAUEN AUS DEM IRAK <i>von Sana Ahmed-Al-Khalily und Subad Al-Zabid</i>	10
FASSUNGSLOS <i>von Ali Al-Zabid</i>	12
DER TYRANN UND DER WARLORD <i>von Thomas Schmidinger</i>	14
CONTEXT XXI RADIOPROGRAMM <i>zur subversiven Theorie</i>	18
„AUSBILDUNG VON DIPLOMATISCHEM UND POLITISCHEM PERSONAL“ <i>Interview mit Albert Issa</i>	19
TALIBAN IN FALLUJA <i>von Nasi Missouri</i>	20
ISLAMISTISCHER TERROR IN MOSUL <i>von Mirza Dinnayi</i>	22
NIMSAWI, DIE ÖSTERREICHER <i>von Falah Muradkhin Shakir</i>	24
FRAUKÖRPER UND DER „AFRIKANISCHE BRAUCH“ <i>von Alicia Allgäuer</i>	25
WER DIE WAHL HAT... <i>von Thomas von der Osten-Sacken</i>	26
„WIR SIND ZWAR NOCH KEINE VOLLSTÄNDIG FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE...“ <i>Interview mit Naushirwan Mistefa Emin</i>	29
OFFEN FÜR DIE BESTEN ARGUMENTE? <i>von Hussain Ali Bawa</i>	31
EIN RICHTIGER WEG, ABER... <i>von Kasim Talaa</i>	34
HISTORISCHE SCHRITTE AUF DEM WEG DER BEFREIUNG <i>von Fuad Jaber</i>	35
STELLUNGNAHME VON CONTEXT XXI <i>Die Redaktion</i>	36
VON PAULUS ZU LUTHER <i>von Andreas Peham</i>	37
VON NAMIBIA NACH AUSCHWITZ? <i>von Birgitt Wagner</i>	40
HANOUCCA À LA TCHÈQUE <i>von Verena Pejic</i>	42
HELVETIA HUMANA? <i>von Erica Burgauer</i>	45
ZUM GELEIT <i>von Lotte Tobisch-Labotyn</i>	47
UND ES GIBT IHN DOCH! <i>von Judith Goetz</i>	48
ÜBER WIDERSTAND UND REGENSCHIRME <i>von Alexander Schürmann-Emanuel</i>	48
DER FEMINISMUS UND SEIN ANDERES <i>von Jutta Sommerbauer</i>	49
WIDERSTAND VOM HIMMEL <i>von Katrin Auer</i>	50

KEIN WILDES KURDISTAN

Eine Fotoreportage

von Mary Kreutzer

Eine Reise in den kurdischen Nordirak eröffnet nicht nur den Blick auf eine traumatische Vergangenheit, sondern erlaubt auch ein optimistisches Bild für die Zukunft des Irak.

Bei über vierzig Grad Celsius stehen Menschen-
schlangen stundenlang unter der prallen Sonne
vor dem türkischen Zollamt. Alle zehn Minuten tritt
ein Polizist mit gezückter Pistole aus dem Büro und
brüllt in die Menge, beleidigt und beschimpft Män-
ner und Frauen, die Einlass in das Gebäude verlan-



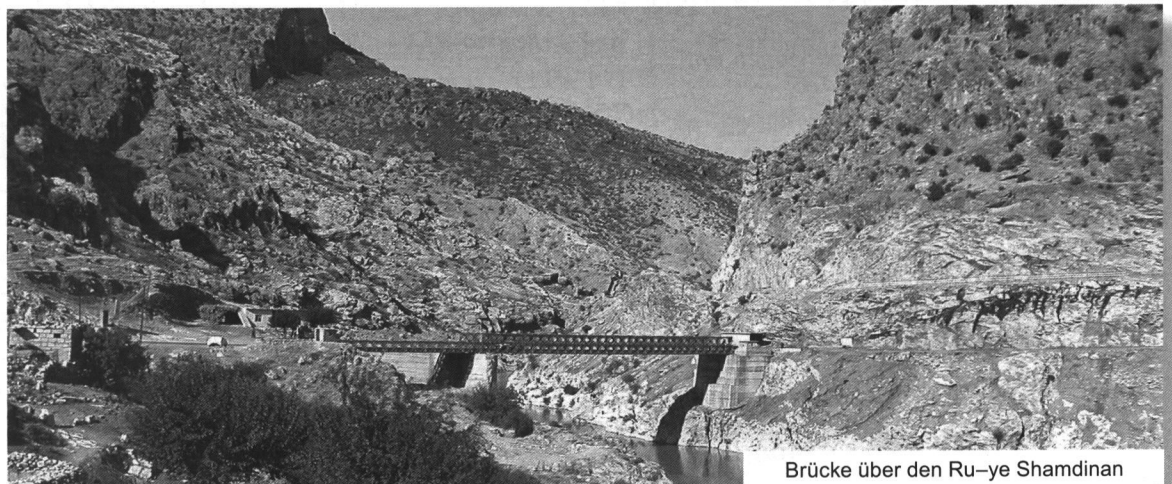
W

gen. Manchmal schlägt er zu. Wagt jemand zu widersprechen, wird er/sie in Handschellen abgeführt. Der türkisch-irakische Grenzübergang beim Zaho erinnert an längst vergangen geglaubte Zeiten. Türkische Staatsbeamte behandeln KurdInnen immer noch nicht als vollwertige Menschen, Misshandlungen stehen an der Tagesordnung. Unser Gepäck wird vom Militär kontrolliert. Einem herbeigezogenen Geheimdienstmitarbeiter tritt der Schaum vor den Mund als er ein kurdisch-englisches Wörterbuch entdeckt. „Was ist das, Kurdisch?“ fragt er. Welche Sprache soll das denn sein?“ Sein Gesicht färbt sich tiefrot, als er Unterlagen einer irakisch-kurdischen NGO mit dem Namen *Kurdistan Save the Children*, in Händen hält. „Kurdistan? Das gibt es nicht!“ brüllt er und streicht das Tabuwort mit seinem Stift durch. Erst die mit Unschuldsmiene vorgetragene Behauptung, was er denn für ein Problem mit Kurdistan habe, da dieses doch im Irak läge und wir hier schließlich in der Türkei wären, scheint ihn etwas zu besänftigen. Obwohl die Hoffnung auf einen EU-Beitritt die türkische Regierung mittlerweile sogar dazu bewegt hat, einige kurdische Sendungen im türkischen Fernsehen

auszustrahlen, hat es sich hier im Osten des Landes unter den türkischen Militärs und Sicherheitskräften noch nicht herumgesprochen, dass sie keine „Bergtürken“ mehr drangsalierten, sondern es mit Kurdinnen und Kurden zu tun haben. Für die türkischen Beamten hier herrscht noch immer der Belagerungszustand. Ständig fühlen sie sich von allem, was nur im entferntesten etwas mit Kurdistan zu tun hat, bedroht. Gerade die Entwicklung im Nachbarstaat Irak scheint sie

sehr zu beunruhigen. Schließlich zeigt der neue Irak, dass KurdInnen auch im Rahmen einer entstehenden Demokratie ihre politische und persönliche Freiheit genießen können.

Dabei wird die Beispielwirkung des kurdischen Autonomiegebietes vielleicht als noch bedrohlicher wahrgenommen als die versprengten Reste der ehemaligen PKK, die sich in das unwirtliche Bergland im äußersten Nordosten des irakisch-kurdischen Gebietes zurückgezogen haben. Von den dort verbliebenen KämpferInnen geht für die Türkei kaum mehr eine militärische Bedrohung aus. Vielmehr irren die Reste der PKK dort eher als Flüchtlinge in den Bergen herum. Schutz genießen sie dabei vor allem von der Geographie ihres Rückzugsgebietes. Immer wieder war die türkische Armee in den vergangenen Jahren weit über die irakische Grenze und die Städte Zaho und Dohuk bis zum Fluss Ru-ye Shamdinan vorgedrungen um vermeintliche PKK-Kämpfer zu jagen. Erst dort stoppte die Schlucht des Flusses, über die nur eine für die türkischen Panzer viel zu schmale Brücke führt, regelmäßige den türkischen Vormarsch.



Brücke über den Ru-ye Shamdinan

MODERN TIMES

Die türkische Armee fürchtet sich jedoch vor allem von der Vorbildwirkung, die der Irak auf die türkischen KurdInnen ausüben könnte. Tatsächlich ist der irakische Teil Kurdistans heute sicherlich jener Teil, in dem die kurdische Bevölkerung die größten Freiheiten genießt und in dem soziale und gesellschaftliche Reformen weit eher möglich sind als in jenen Teilen Kurdistans, die weiter unter der Herrschaft autoritärer Regime zu leiden haben, wie Syrien und der Iran, oder zumindest unter der Knute eines weiterhin dominanten türkischen Nationalismus stehen. An Reformen innerhalb der kurdischen Gesellschaft ist deshalb am ehesten im Irak zu denken, wo die Autonomie seit 1991 und insbesondere der Sturz des Ba'ath-Regimes 2003 jenen Freiraum geschaffen haben, in dem überhaupt erst über gesellschaftlichen Fortschritt öffentlich nachgedacht werden kann. Dies betrifft insbesondere auch die gesellschaftliche Stellung der Frauen.

Unter Saddam Hussein wurden 1999 sogenannte *Honourkillings*, Morde aus Gründen der Ehre, legalisiert. Im Autonomiegebiet Irakisch-Kurdistans wurden diese jedoch nach der Befreiung auf Druck von 25 Frauenorganisationen unter Strafe gestellt. Auch weibliche Genitalverstümmelung ist heute illegal, an einer umfangreichen Studie zum Thema arbeitet zur Zeit die deutsch-österreichische Hilfsorganisation *Wadi* gemeinsam mit namhaften internationalen und irakischen Universitäten. Die Fortschritte, die Frauen in Kurdistan erkämpfen konnten, zeigen jedoch auch Auswirkungen auf andere Teile des Irak. Die kurdischen Frauenbewegungen dienen dabei immer wieder als Vorbild für Frauengruppen im ganzen Land. Als die gemäßigten Islamisten im Regierungsrat Anfang 2004 versuchten, mit dem Beschluss 137 die Sharia einzuführen, demonstrierten Frauen und Männer von über 80 Organisationen auf den Straßen Bagdads dagegen und brachten den Beschluss zu Fall.

Trotzdem gibt es auch in Kurdistan für feministische Gruppen noch viel zu tun. Gerade in den Dörfern haben Frauen nach wie vor kaum Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung. Die mobilen Frauenteams von *Wadi*, bestehend aus einer Ärztin, einer Sozialarbeiterin und einer Psychologin, organisieren selbst in weit abgelegenen Dörfern Frau-



Vergnügungsviertel Serçinar in Suleymania

enversammlungen und bieten Hilfestellungen.

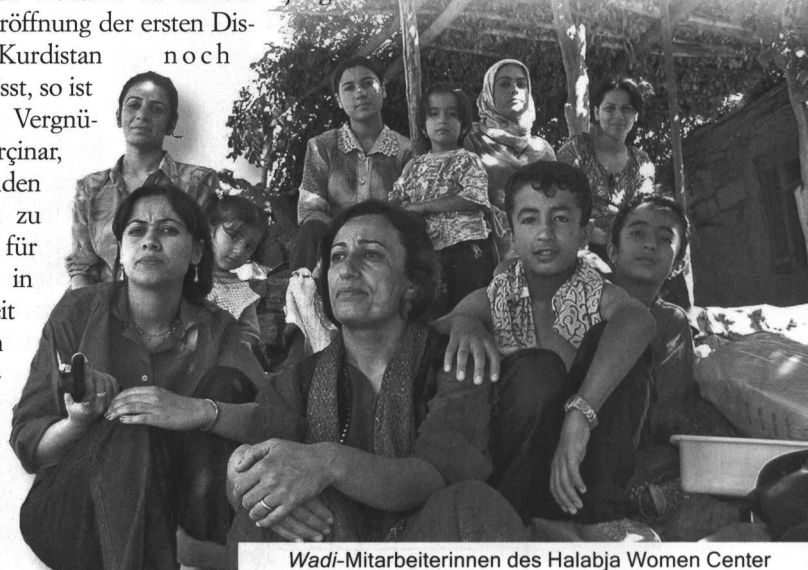
Immerhin zeigte die hohe Wahlbeteiligung von Frauen bei den jüngsten Wahlen zum Übergangsnationalrat, wie wichtig die Beteiligung am politischen Leben für die meisten Irakerinnen – keineswegs nur in den kurdischen Gebieten – ist. Die in der Übergangsverfassung festgeschriebene fixe Frauenquote von 25 % auf allen politischen Ebenen erleichtert hier sicher die Partizipation von Frauen im neuen Irak.

In den kurdischen Städten zeigt sich auch, dass hier zumindest die Richtung stimmt. Modernität wird nicht nur in der Kleidung der Frauen sichtbar. Mädchen in engen Jeans und leicht gebundenen Schuhen sind überall zu finden. Zwar tragen alle noch langärmelige Oberteile, allerdings werden die Ärmel zunehmend kürzer. Gerüchteweise wurden in Sulemaniya sogar schon die ersten Miniröcke gesichtet. Diese sind jedoch immer noch eine Sensation. Die Unterhaltungsmöglichkeiten für Jugendliche sind nach wie vor sehr beschränkt. Junge Frauen und Mädchen sind meist nur in männlicher Begleitung in den Lokalen zu finden. Auch wenn die Eröffnung der ersten Disko in Irakisch-Kurdistan noch auf sich warten lässt, so ist es zumindest im Vergnügungsviertel Serçinar, wo an Wochenenden ganz Sulemaniya zu finden ist, auch für Frauen möglich in der Öffentlichkeit Bier zu trinken und eine Wasserpfeife zu rauchen.

Gerade Rückkehrerinnen aus

dem europäischen Exil, die in den letzten Jahren wieder nach Sulemaniya und Arbil/Hawler kamen, beschleunigen die Modernisierung. Mittlerweile gibt es in einem Hotel in Sulemaniya für Frauen die Möglichkeit an bestimmten Tagen schwimmen zu gehen. Einige Frauen, die jahrelang in Schweden im Exil lebten, bemühen sich darum, dass es in Zukunft auch gemischte Schwimmbäder geben soll. Einen Modernisierungsschwing für die konservative Stadt Hawler/Erbil bringen auch jene junge PKK-Kämpferinnen, die im Frühling 2005 den bewaffneten Kampf aufgaben und „von den Bergen herab“ kamen. Einige von ihnen trinken gerne Bier, rauchen, leben in Wohnungen ohne männliche Begleitung oder Vormundschaft und kommen für ihren Unterhalt selbst auf.

Wichtig ist jedoch vor allem auch der Zugang zu Bildung. Gerade auf diesem Sektor hat sich in den urbanen Zentren Irakisch-Kurdistans vieles getan. Immer wieder begegne ich jungen Frauen, die Medizin oder Rechtswissenschaften studiert haben. Auf den Universitäten in Arbil/Hawler, Sulemaniya und Quysingaq scheinen mittlerweile zunehmend mehr junge Frauen zu studieren.



Wadi-Mitarbeiterinnen des Halabja Women Center

GEGENWART DER VERGANGENHEIT

Allgegenwärtig ist jedoch nicht nur die Euphorie über den Sturz des verhassten Regimes und die spürbare Aufbruchsstimmung, sondern auch die Vergangenheit, die den Rahmen fast aller Gespräche bildet. Man sitzt im Teehaus und lernt Leute kennen, alle wollen ihre Geschichte erzählen, knöpfen ihre Hemden auf und zeigen ihre Narben. Beim Picknick in den Bergen an der iranischen Grenze taucht ein völlig verwirrter Mann auf und spricht unzusammenhängende Sätze, bedient sich ohne Einladung. Wie ich erfahre, wurde dieser Lehrer jahrelang von den Schergen des Regimes gefoltert und erst enthaftet, als er psychisch zerstört war. Die Familien, die ich kennenlerne, haben Schwester oder Väter, Cousins und Enkelkinder als Opfer der Ba'thisten zu beklagen.

Zufällig aßen wir gerade zu Mittag bei einer Familie von Überlebenden des Giftgasangriffes von 1988 und sahen die Bilder in den Nachrichten: Saddam in Handschellen vor dem Richter, den er rhetorisch einschüchterte, und zynisch anmerkte, von der Vernichtung Halabjas habe er bloß „in den Medien erfahren“. Es folgte seine Rede über die Kuwaitis, die alle „Hunde“ seien, und die „Ehre der irakischen Frauen beschmutzten“, usw. „Es ist unglaublich und scheint nicht sehr rational, aber sogar wenn er in Ketten als Gefangener vorgeführt wird, flößt er uns noch Angst ein. Solange er lebt, wird sich das nicht ändern“, meinte ein Familienmitglied. Im Frauenzentrum von

Halabja haben Frauen die Möglichkeit, über das Trauma von 1988 zu sprechen, über die Toten, die sie zu beklagen haben, über die langen Jahre der Repression und die genozidalen Vernichtungswellen. Aber auch über die schreckliche Zeit von 2001 bis 2003, als 800 bewaffnete Islamisten von *Ansar al-Islam* die Dörfer in den Bergen hinter Halabja unter ihrer Kontrolle hatten und ein Terrorregime installierten, das v.a. für die Frauenmörderische Konsequenzen hatten.

„Wer hätte uns befreit, wenn nicht die Amerikaner endlich die Dörfer bombardiert hätten und so den Weg für unsere kurdischen Perschmergas freischossen?!“ bemerkt eine junge Frau im Frauenzentrum von Tawela. Auf meine Frage nach ihren Erwartungen an den Prozess gegen Saddam

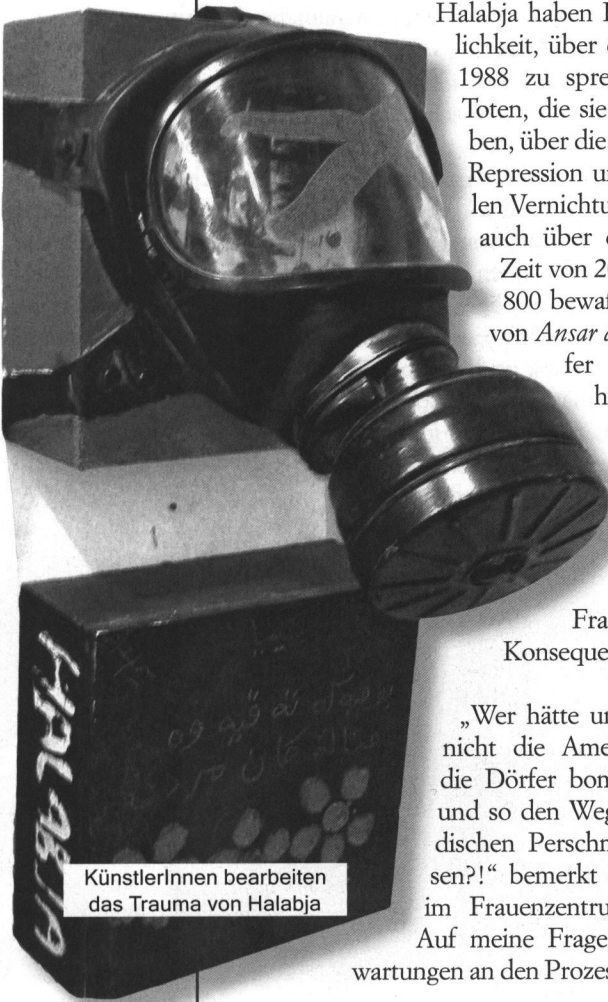


Red Building, Gedenkraum

und den anderen inhaftierten Ba'th-Größen sagt sie: „Ich will, dass alle Verbrechen aufgearbeitet werden, wir wollen die Einzelheiten wissen, wer was zu verantworten hatte, wir wollen wissen, wo unsere Verschwunden sind. Danach sollen sie in ihren Zellen bis zum Ende ihrer Tage schmorren.“ Eine ältere Frau widerspricht, selbst die Todesstrafe sei zu wenig, es gäbe keine gerechte Strafe für Saddam.

35 Jahre ba'thistischer Terrorherrschaft hinterließen im gesamten Irak einen Teppich von Massengräbern: zwei Millionen Tote des Iran-Irak-Krieges, eine Million Ermordete IrakerInnen durch Regierungstruppen und Geheimdienstangehörige. Nach der Befreiung im April 2003 entstanden bereits die ersten Gedenkstätten im Nordirak, die in Deutschland und Österreich ihresgleichen suchen: „Nazis wird der Eintritt in das Museums untersagt“ ist ein Schild, das man hierzulande nicht finden wird.

Vor dem *Halabja Memorial Museum*, das nach der Befreiung im April 2003 gebaut wurde, und vor einem der zahlreichen Massengräber außerhalb der Stadt, thronen Schilder, die das Betreten für Ba'thisten ausdrücklich untersagen. „It's not allowed for Ba'thists to enter“ signalisiert, dass der Kreis der Täter sich nicht auf einen kleinen Kreis von „abartigen Monstern“ beschränkt, die sich mit dem Fall des Regimes in Luft auflösten, sondern, dass der Ba'thismus sehr wohl auch Teile der Bevölkerung integrierte und zu TäterInnen und KollaborateurInnen machte. Wenn auch das Thema der „Jash“, der kurdischen Kollaborateure, noch keines ist, über das öffentlich debattiert würde, so ist das Fortwirken des Ba'thismus hingegen kein Tabuthema: „Das ba'thistische Denken sitzt noch tief in den Köpfen vieler Menschen, die Kontinuitäten sind auch hier im seit 1991 autonomen Kurdistan noch spürbar.“



KünstlerInnen bearbeiten das Trauma von Halabja

Ich erlebe das tagtäglich im Umgang mit den verschiedensten Menschen. Der Ba'thismus wird uns deshalb leider noch lange begleiten. Er ist Teil der politischen Kultur geworden.“ sagt Albert Issa, der Vorstand des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Suleimaniya. (Siehe Interview in diesem Heft)

Das sogenannte “Red Building” in Suleymaniya war bis zur Befreiung von 1991, als die Bevölkerung und kurdische Peshmergas den Gebäudekomp-

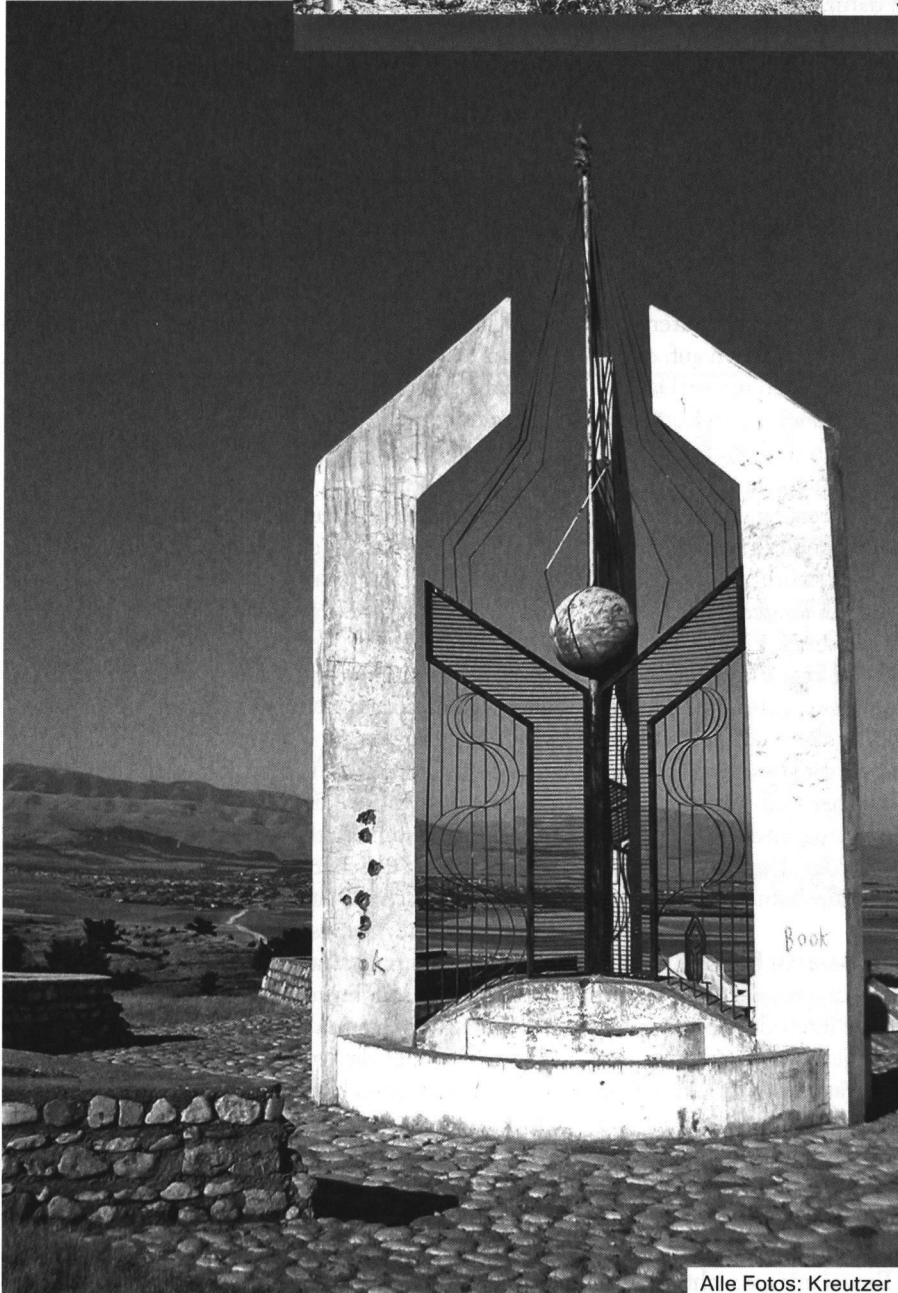


Schild vor dem Halabja Memorial Museum

lex nach tagelangen Gefechten mit den Regierungstruppen stürmten, das Gefängnis und Folterzentrum der Ba'thisten im Norden. Heute ist darin eine Gedenkstätte und ein Museum eingerichtet. Ein Teil davon ist noch im Originalzustand, nichts wurde dort verändert. Die in die Wand geritzten Botschaften der ehemaligen Gefangenen sind dabei fast die deutlicheren Botschaften als die nachgestellten Gipsfiguren. Die Nacktheit der Folteropfer wird in den Nachstellung schamhaft von Kleidung verhüllt.

Das ehemalige Foltergefängnis ist jedoch nur einer der unzähligen Orte des Schreckens. Im ganzen Land finden sich Massengräber, ehemalige Festungen der Armee und des Geheimdienstes und zerstörte Dörfer. Die Wunden von 35 Jahren ba'thistischer Herrschaft werden noch lange zu sehen sein. Kollektive Verdrängung ist – zumindest als vorherrschende – Strategie des Umgangs mit Vergangenheit im Irak, einem Land, in dem die Mehrheit zu den Opfern zählte und nicht wie in Österreich zu den Tätern, nicht zu erwarten.

Gedenkstätte außerhalb von Halabja. Das Monument symbolisiert die Geschosse, mit denen das Giftgas von den irakischen Militärjets abgeworfen wurde. Allein am 16. 3. 1988 starben dabei 5000 Menschen, 10.000 wurden verletzt. Überleben konnten nur jene, die rechtzeitig auf die Berge an der iranischen Grenze gelangten und sich dort in den Höhlen versteckten.



Alle Fotos: Kreutzer

KINDHEIT UNTER SADDAM HUSSEIN

von Walid Al-Khalily

Im Jahr 1973 kam ich als zweitgeborener Sohn eines relativ gut situierten Ehepaares in Bagdad auf die Welt. Sowohl mein Vater als auch meine Mutter waren damals berufstätig und es mangelte uns an nichts Wesentlichem. Ich tollte in unserem Garten herum, war stolzer Besitzer eines Bonanzrades und wir lebten, so liessen sie mich glauben, ein unbeschwertes Leben. Ich erinnere mich an nichts Politischem während meiner frühen Kindheit im Irak.

Meine Eltern hatten die Politik spätestens seit 1968 ruhen lassen. Aus Überlebenstrieb und purer Angst – wie so viele andere auch. Ich war weder in einer Jugendorganisation der Ba'ath Partei, noch musste ich mir zuhause Freudengesänge über unseren grossen Führer anhören. Im Gegenteil. Ich wurde verschont und meine Eltern sorgten dafür, soweit es ihnen möglich war.

Als 1980 die Massenvertreibungen des Saddam Regimes begannen, beschlossen meine Eltern in aller Eile die Flucht. Nach einigen Monaten landeten wir schliesslich im Libanon und begannen dort ein neues Leben. Ich war damals sieben Jahre alt und für das bisher geschehene noch immer ganz schön unpolitisch. Eineinhalb Jahre später sollte sich dies ändern. Ich belauschte ein Gespräch zwischen meiner Mutter und meinem Bruder und schnappte Wortfetzen auf, deren Bedeutung ich nicht sofort zu erfassen wagte. Das einzige Gefühl, zudem ich fähig war, war tiefes Entsetzen. Es schnürte mir den Hals zu. Ich war geschockt, und

wusste noch gar nicht um den Grund meiner Aufregung. Noch in der darauffolgenden Nacht wurde mir klar, worüber die beiden sprachen. Es ging darum, dass unser grosser Führer Saddam Hussein kein Ebenbild Gottes war. Kein gütiger Übervater. Es ging darum, was er unserer Familie und unseren Freunden angetan hat und wie er das ganze Land zugrunde richtete. Als Jüngster der Familie hatte ich davon keine Ahnung.

ICH LIEBTE SADDAM HUSSEIN

Für mich brach eine Welt zusammen. Ich fühlte mich doppelt verraten. Einerseits durch das Geheimnis, das vom Rest meiner Familie unter Verschluss gehalten worden war und das ich nur durch einen Zufall entdeckte. Und auf der anderen Seite durch den Verrat an unserem grossen Führer. Es kam aber noch ein Gefühl hinzu. Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich über meine Reaktion überrascht war. Es war mir gar nicht bewusst,

was Saddam Hussein für mich bedeutete. Obwohl ich nicht tagtäglich Loblieder hören und singen musste und sogar seit über einem Jahr nicht mehr im Irak war, hatte er scheinbar dennoch einen festen Platz eingenommen. Das überrascht mich heute noch.

SADDAMISIERUNG UND MILITARISIERUNG

Im Irak wuchsen Kinder in einem Klima der permanenten Militarisierung auf. Kinderbücher und Magazine verherrlichten von der ersten bis zur letzten Seite den Krieg und Saddam. Fast drei Jahrzehnte lang hämmerte das Regime diese Botschaften in die Köpfe irakischer Kinder. Jeder ist Soldat. Jeder ist bereit, jederzeit sein Blut und sein Leben für Saddam zu geben. Als besonders effektive Werkzeuge zur Indoktrination entdeckte das Regime die Lehrpläne an den Schulen. Bereits mit sechs Jahren waren die Schulbücher voll mit Panzern, Maschinengewehren, Granatwerfern und Illustrationen von Kinder als Soldaten, die über amerikanische und israelische Fahnen fuhren – natürlich alles im Namen des Antiimperialismus und Antizionismus.

Sobald jemand den Klassenraum betritt, müssen alle Kinder aufstehen und „Lang lebe Saddam Hussein“ rufen. Die Erwähnung der Allgegenwart dieser Botschaften in den Medien erübrigt sich wohl. So wie Kinder ausdrücklich an regimetreue sogenannten „Demonstrationen“ teilzunehmen hatten, war ihre Anwesenheit auch bei öffentlichen Hinrichtungen erwünscht.

KINDER ALS WAFFE

Volksschulkinder wurden in paramilitärische Organisationen gedrängt. Wo sie auf ihre späteren Pflichten vorbereitet wurden und ihnen der nötige Gehorsam und vor allem Treue gegenüber dem Führer eingebracht wurde. Die frühe und intensive Militarisation der Kinder fand in den „Ashbal Saddam“ (Saddams junge Löwen) einen weiteren grausamen Höhepunkt. Die Kinder kamen im Alter von etwa sieben Jahren zu dieser militärischen Einheit. Sie erlernten dort den Umgang mit Waffen, die Errichtung von Strassensperren, einfache militärische Manöver, Guerillataktiken und wurden zu Scharfschützen ausgebildet. Ihnen wurden physische Qualen zum Zwecke der „Abhärtung“ zugefügt. Und es fand stich im Rahmen ihres täglichen 14 Stunden langen Trainings genug Zeit für die politische Indoktrination und das Einschärfen unbedingten Gehorsams dem Führer gegenüber. Kinder und Jugendliche, die von einem solchen dreiwöchigen Sommercamp zurückkehrten waren für ihre Eltern oft nicht mehr wiederzuerkennen.

Die *Ashbal Saddam* dienten dem Regime als perfekte Nachwuchsschmiede für die *Fedayeen Saddam*¹. Viele der Mitglieder der *Ashbal Saddam* waren Waisenkin-
der, deren Eltern vom Regime eingekerkert oder hin-

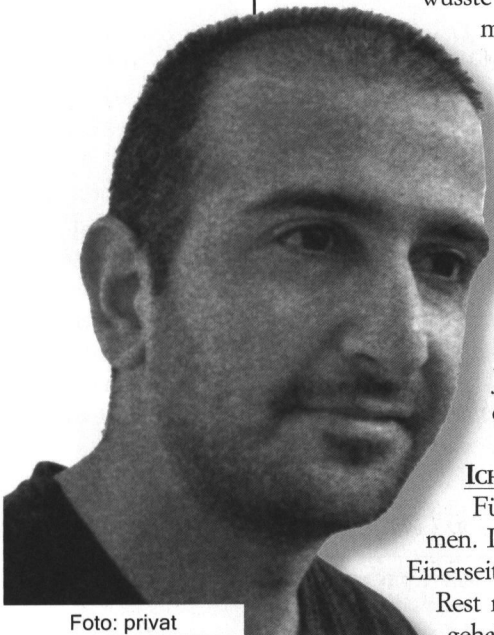


Foto: privat

Walid Al-Khalily

– Exilliraker, flüchtete mit seiner Familie vor den Massenvertreibungen 1980 aus dem Irak und lebt seit 1983 in Österreich.

gerichtet wurden. Auf diese Weise wurde die „Brut“ der Oppositionellen nicht nur durch den Verlust eines oder beider Elternteile geschädigt, sondern auch noch gewinnbringend in eine zu bedingungslos loyale militärische Einheit eingegliedert. Die Ausbildung sieht den Umgang mit scharfer Munition ab 12 Jahren vor. Mit zunehmendem Alter durften die Kinder immer grössere Tiere erschiessen. Dabei gehörte demjenigen Jungen der Titel „Saddams Held“, der ein Tier erschoss, es häutete und mit den blossen Zähnen zerfleischte.

Das Ziel ist unter anderem eine tiefe Desensibilisierung der Jugendlichen gegenüber Gewalt und Demütigung. Diese sollte auch nicht vor deren Eltern, Verwandten oder Nachbarn halt machen.

Nicht erst 1998 entdeckte Saddam Hussein die geheimdienstlichen Qualitäten von Kindern zu schätzen und zu fördern. Hierzu folgendes Zitat aus einer Rede im Jahr 1977:

„To avoid parents being a retrograde force in the home, we must arm the child with an inner light so that he can repel this influence. Some fathers have escaped our hold for various reasons, but a young boy is still in our hands... The family unit must comply with centralised customs, ruled by revolutionary positions and traditions. Teach him to stand up to one or other of his parents... And also teach the child that he must also be wary of strangers... a student adept at moving within different yet perfectly organised structures will, when the time comes, be able to stand in the sun, bearing arms day and night, without flagging [...] and when asked to confront the imperialists or to charge in attacks in this troubled region, will do so because, from childhood, he has developed the habit of doing everything in an orderly way.“²

Kinder wurden dazu ermutigt, jedes Zeichen von Opposition oder Regung einer Kritik gegen das Regime, zu melden. Auch wenn es sich hierbei um die eigenen

Eltern handelte. Und so verstummten die Erwachsenen sogar in ihren eigenen vier Wänden.

„Fear is the cement that holds together this strange body politic in Irak, [...] This fear has become a part of the psychological constitution of citizenship.“³

¹ Fedayeen Saddam: 1995 von Saddams ältesten Sohn Uday gegründete paramilitärische Miliz; bestehend aus 18.000 bis 40.000 Scherge, die unzählige Bluttaten verübten (Enthauptungen von mehreren hundert vermeintlichen „Prostituierten“, öffentliche Hinrichtungen, Zungenamputationen von Regimegegnern ...); sind ausschliesslich dem Präsidenten unterstellt und ausserhalb jeglicher Gerichtsbarkeit und militärischen Kommandostrukturen

² Al Dimuqratiyya masdar quwwa li'l-fard wa'l-mujtama: Speeches. Published by El Thawra, 1977

³ zit. Kanan Makiya, Republic of Fear, S. 275

La Librería



Aquí encontrarás lo mejor de la literatura de Latinoamérica y España en Viena, de García Márquez y Cela hasta Zoe Valdés y Zarraluki

Libros - Videos

**Adresse /
Dirección:**
1180 Wien,
Gentzg. 128

Öffnungszeiten / Horario:
Mo bis Fr 9³⁰–13⁰⁰ und 15⁰⁰–18³⁰
Mi und Fr bis 19⁰⁰
Sa 9³⁰–12³⁰

SZENEN ZWEIER FRAUEN AUS DEM IRAK

Zwei Exil-Irakerin berichten über die Entwicklung der Lage der Frauen im Irak und ihre persönlichen Erlebnisse

von Sana Ahmed-Al-Khalily und Suhad Al-Zahid

Sana Ahmed-Al-Khalily

– Exil-Irakerin, wurde mit ihrer Familie des Landes verwiesen wegen der irakischen Abstammung ihres Ehemannes, lebt seit 1983 in Wien und arbeitet im Innenministerium.



Foto: privat

Beginnend mit den 30er Jahren drangen im Irak immer mehr Frauen an die Universitäten, fanden Zugang zur Beschäftigung und auch zu höheren Positionen und Ämtern. Sie genossen damit immer mehr die Privilegien wirtschaftlicher Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Anerkennung im Beruf.

Zu Beginn der 80er Jahre veränderte sich dieses Bild. Einerseits stieg die Zahl der Erwerbsfähigen bedingt durch den verhältnismässig hohen Ausbildungsgrad der Frauen. Andererseits veränderte sich die Gesellschaft, Großfamilienverbände übernahmen nicht generell Aufgaben wie Kinderbetreuung und Unterstützung der Kleinfamilien. Das Saddam-Regime übernahm diese Aufgaben jedoch nicht. Kindergartenplätze waren rar und staatliche Förderung nicht vorhanden. Die Entscheidung zwischen Beruf und Karriere war leicht zu treffen. Immer mehr Frauen waren unter diesen Umständen gezwungen, den Beruf an den Nagel zu hängen und ihre Kinder zu betreuen.



Foto: privat

Dennoch blieb ein Teil von Ihnen bei ihrem Beruf. Schwangere Frauen mussten bis zu Tag ihrer Entbindung arbeiten und hatten danach einen gesetzlichen Anspruch auf lediglich 6 Wochen Karenz.

Nach dem Beginn des ersten Golfkriegs gegen den Iran (1980–88) und den damit einhergehenden erheblichen Verlusten leitete Saddam Hussein eine Wende ein. Um die Geburtenrate anzuheben, wurden die Frauen per Gesetz ermutigt, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Je mehr Kinder man hatte desto höhere „Prämien“ wurden ausgezahlt. Viele Familien entschieden sich dafür. Gleichzeitig wurde jedoch die Infrastruktur der Kinderbetreuung nicht ausgebaut oder gar staatlich gefördert, wodurch noch mehr Frauen diese Aufgaben zuhause übernahmen.

Nachdem der gewünschte Effekt für das Regime offenbar eingetreten ist, wurde dieses Gesetz ersatzlos gestrichen.

PROSTITUTION

Nach dem Ende des ersten Golfkriegs war der Dinar stark abgewertet und Gehälter hatten immer mehr symbolischen Charakter. Besonders hart traf diese Armut viele Soldatenwitwen. Da sie nicht wussten, wie sie ihre Kinder ernähren sollten, sahen sie oft keinen anderen Ausweg als die Prostitution. Angehörige Saddams Husseins wussten die Situation zu nutzen. Sogar in den Nachbarländern des Golf haben sie irakische Frauen in Prostitutionsringen „exportiert“ und an dem dreckigen Geschäft verdient. Nachdem sich die Beteiligung des Regimes an solchen Organisationen rumgesprochen hatte, wusste sich Saddam Hussein auch hier auf seine Art zu helfen. Ende der 90er Jahre wurde die Prostitution verboten und die *Fedayyin Saddam* mit der Durchsetzung beauftragt: Wurde eine Frau der Prostitution verdächtigt, dauerte es nicht lange, bis ihr öffentlich vor ihrem Haus der Kopf abgetrennt und als Warnung vor ihrer Haustür hinterlassen wurde.

DENUNZIATION

Allgegenwärtig waren die berühmt-berüchtigten Mitarbeiter der *Mukhabarat*. Die Angst vor der Denunziation war so groß, dass Eltern innerhalb ihrer Familien Angst vor ihren Kindern hatten. Ein kleiner Ausrutscher eines Kindes reichte, um einer Familie die Auswanderung, Folter oder gar die Hinrichtung einzuhandeln.

1980 besuchte Saddam Hussein überraschend einen Kindergarten. Ein kleines Mädchen erzählte ihm unbedarft, dass wenn sein Konterfei im Fernsehen auftaucht, ihr Vater immer auf den Bildschirm spuckt. Das Mädchen war so jung, dass es weder genau wusste, wer dieser unerwartete Besuch war, noch was die genaue Bedeutung des Bespuckens war. Die Familie dieses Mädchens wurde hingerichtet.

Eltern waren dazu gezwungen, ihre Kinder auf eigene Initiative zu indoktrinieren, um ihr Leben zu retten.

ABSCHIEBUNG

Als ich (Suhad Al-Zahid) mit meiner Familie im Dezember 1981 ins Gefängnis kam, wurde unsere Familie getrennt. Ich war getrennt von meinem Mann mit meinen zwei Kindern in einem Saal mit etwa 200 Frauen und zahlreichen Kindern (jede Familie hatte zwei bis drei Kinder). Die sanitären Zustände waren katastrophal. Es gab eine Toilette, deren Beschreibung ich allen hier erspare und kein Bad. Es gab keine Decken, fast alle hatten Läuse, einige der Frauen hatten Lepra und hielten sich in einer Ecke auf, der sich keine zu nähern gewagt hatte. Zusätzlich haben sich die Frauen gegenseitig bekämpft und waren psychisch erschöpft.

Hinzu kam, dass viele dieser Mütter, Töchter und Schwestern ins Gefängnis kamen und überhaupt nicht wussten, was mit ihren Männern, Vätern oder Brüdern passiert ist und ob sie noch am Leben sind. Ich wusste wenigstens, dass mein Mann noch am Leben war, als ich ins Gefängnis kam.

Im Falle meiner Familie war „meine Schuld“ und die meiner Kinder diejenige, dass mein Mann sich regimekritisch geäußert hat.

Die gesetzlich festgeschriebene kollektive Bestrafung von Gegnern des Regimes, Verräter der „Revolution“, Angehörigen von Minderheiten etc. traf Frauen besonders. Sie sind für die Kinder verantwortlich.

In vielen anderen Fällen wurde den Frauen angeboten, sich staatlich scheiden zu lassen und sich damit vom beschuldigten Ehemann zu „befreien“. Danach wurden die Männer mit ihren Kindern ausgewiesen.

Männer unter 35 Jahren wurden nicht abgeschoben, um zu verhindern, dass sie im Krieg der anderen Seite als Soldaten zur Verfügung stehen. Sie wurden dauerhaft eingesperrt oder gleich hingerichtet. Ihre Frauen mussten die Abschiebung allein mit ihren Kindern durchmachen.

Im Jänner 1982 wurden wir abgeschoben. Wir waren inzwischen eine Gruppe von etwa 1200 Leuten. Wir wurden an der irakischen Grenze im Frontgebiet abgesetzt. Die Soldaten sagten uns bloss, dass wir einen Fußmarsch von vier bis fünf Tagen in den Iran vor uns hätten. Und dann wurden wir zurückgelassen. Wir hatten weder Essen noch Trinken. Eine Frau hatte noch vor wenigen Tagen im Gefängnis ihr Kind zur Welt gebracht und war mit ihren beiden Kindern ohne ihren Mann unterwegs. Sie wusste nur, dass er nach Abu Ghraib verlegt worden war. Kurz nach der Befreiung im April 2003 wurden die Überreste ihres Mannes in einem Massengrab gefunden. Er war mit anderen Gefangenen dazu benutzt worden, Minenfelder zu „räumen“.

Auch während der Abschiebung geschah es häufig, dass der Weg durch Minenfelder führte. Für viele war die Abschiebung damit gleichbedeutend mit dem Tod.

HOFFNUNG

Nach der Befreiung 2003 haben hunderttausende irakische Frauen und Männer sich auf die verzweifelte Suche nach den Überresten ihrer Angehörigen gemacht. Durch die Suche nach und Öffnung vieler Massengräber (inzwischen über 300) brechen zum Teil sehr alte Wunden wieder auf. Der Wunsch nach Gewissheit plagt die Menschen seit Jahrzehnten. Gleichzeitig zerstört die Gewissheit über den Tod seiner Lieben jede Hoffnung.

Wie die Wahlen gezeigt haben, haben die Menschen im Irak aber immer noch Hoffnung. Und die Hoffnung der mutigen Frauen, ihre Lage zu verändern, hat auch sie zu den Urnen getrieben.

So wie sie Saddam Regime durchgehalten haben, werden sie auch dem Terrorismus trotzen.



DO & FR 16-19
SO 14-17 UHR

WIEN I
FISCHERSTIEGE 4-8

FASSUNGSLOS

von Ali Al-Zahid

Ali Al-Zahid

– geboren 1978 in Bagdad, lebt seit 1984 in Wien und arbeitet in einem Telekommunikationsunternehmen. Im Alter von 4 Jahren wurde er aufgrund von kritischen Äußerungen seines Vaters gegenüber dem Regime Saddam Husseins, der daraufhin 3 Monate gefoltert wurde, mit der gesamten Familie sechs Monate in einem irakischen Gefängnis inhaftiert und danach aus dem Irak ausgewiesen.

Ursprünglich wollte ich an dieser Stelle über meine ganz persönliche Familiengeschichte berichten. Unsere Vergangenheit, unsere Erlebnisse unter dem Regime Saddam Husseins, unsere Erinnerungen an Folter und Mord, an Verlust und Leid, wollte ich an dieser Stelle niederschreiben. Dies sollte gleichzeitig einen quasi-therapeutischen Zweck für mich erfüllen, dachte ich – doch ich kann nicht. Noch ist die Zeit offensichtlich nicht reif, um all das Erlebte detailliert zu Papier zu bringen. Ich habe das Gefühl, dass der Krieg, den Saddam Hussein gegen die Bevölkerung des Irak führte, nicht vorüber ist.

Zwar hat er seine Macht verloren, nicht er steuert heute den Wahnsinn, aber seine ehemaligen Komplizen, die Täter von damals, und islamistische Terroristen führen das Mörderhandwerk in seinem Sinne fort. Und sie sind dabei nicht weniger effektiv als es der staatliche Ba'th-Apparat vor ihnen war. Anschläge vor Schulen, Märkten, Moscheen und Polizeistationen, Kopfabtrennungen, Hinrichtungen, Vergewaltigungen von Frauen, deren Männer in der Polizei dienen: so

schaut der Krieg aus und solange er im Gange ist, können wir IrakerInnen nicht ruhen und der schrecklichen Taten von Saddam Hussein gedenken, geschweige denn die Vergangenheit aufarbeiten. Wir müssen weiterkämpfen und für einen demokratischen Irak eintreten.

Der große Unterschied zu früher ist, dass nun auch Menschen außerhalb des Irak diesen Irrsinn mitbekommen. Früher erhielten wir ExilirakerInnen die Informationen über Massenhinrichtungen, Repressalien, usw. meist von Verwandten, Bekannten, Oppo-

sitionsgruppen oder von Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*.

Jetzt aber werden uns durch die zahlreichen neuen freien irakischen TV-Sender die Morde direkt ins Wohnzimmer geliefert und die Auswirkungen dieser Bilder – auch auf meine Psyche – kann und traue ich mich gar nicht abzuschätzen.

Ich ertappe mich manchmal dabei, wie ich in gewissen Punkten um vieles radikaler wurde, dass ich immer weniger bereit bin mit EuropäerInnen, die diesen sogenannten „Widerstand“ verteidigen oder einfach mit ihm sympathisieren, über die Lage im Irak zu diskutieren. Ich bin früher etwas naiv von einer gewissen Ignoranz dieser Menschen ausgegangen, aber mittlerweile ist mir klar geworden, dass es ihnen eben nur darum geht, den eigenen Anti-USamerikanismus auszuleben. Menschenleben zählen dabei einfach nicht, was die europäischen FreundInnen des Terrors interessanterweise auch denjenigen vorwerfen, die uns vom Regime im April 2003 befreit haben: den Truppen der Koalition.

Europa muss erkennen, dass im Irak ein essenzieller Kampf ausgetragen wird: um das Recht auf Mitbestimmung von Bürgern und Bürgerinnen, Meinungsfreiheit, Frauenrechte, demokratische Wahlen, freie Medien, Minderheitenschutz, um nur einige Punkte aufzuzählen. Die IrakerInnen haben durch die Nutzung ihres Wahlrechtes unter massiven Todesdrohung bewiesen, dass sie den Kampf für diese Rechte führen wollen.

Wir werden es nicht dulden, dass die oben beschriebenen Freiheiten, von wem auch immer, eingeschränkt werden. Da können Zarkawi & Co uns noch so oft mit Kopfab schneiden drohen, sie werden uns nicht alle enthaupten können. Und selbst wenn sie hunderte oder tausende umbringen: die Bewegung für die Respektierung dieser Grundrechte hängt nicht von einzelnen Personen ab, der Samen der Demokratie ist aufgegangen und wird über die Landesgrenzen hinaus verbreitet.

In den letzten drei Wochen hat man zwölf Selbstmordattentäter unschädlich gemacht bevor sie sich in die Luft sprengen konnten und keiner dieser zwölf war Iraker. Dieses Faktum löst auch innerhalb der irakischen Bevölkerung einiges aus und es tritt das Gegenteil von dem ein, was die europäischen Medien immer wieder herbeischreiben: heute rücken die verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak näher zusammen, weil sie alle von den Anschlägen betroffen sind und weil ein Großteil dieser Terroristen aus dem Ausland kommt. Ich reagiere mittlerweile ebenfalls allergisch darauf, wenn nach der Antwort „Ich bin Iraker“ die Frage „Aber was, Schiite, Sunnite oder Kurde?“ kommt.

Es vergeht kein Tag, wo nicht irgendwo im Irak eine Bombe hochgeht, kein einziger Tag, wo ich nicht von neuerlichen Enthauptungen höre, nicht ein Tag, wo



Ali Al-Zahid (vorne rechts) mit seinen Eltern und seiner Schwester 1982 nach der Ausweisung aus dem Irak als sie von der iranischen Armee empfangen wurden. Dieses Foto diente damals der iranischen Armee als Registrierung für das Flüchtlingslager.
Foto: privat

ich nicht weinende Familien im irakischen Fernsehen sehe, die um ihre Lieben trauern, umgebracht von diesen Irren. Doch die letzten Tage dominierte nur ein Thema die europäischen Medien: „Guiliana Sgrena“. Es wird auf und ab berichtet von ihrer Entführung, ihrer Befreiung und dem Beschuss durch US-Truppen auf dem Weg zum Flughafen. Es wurden während ihrer Geiselhaft Demonstrationen in Rom für ihre Freilassung veranstaltet, seitdem ist ihr Name und ihre Geschichte permanent in den Medien. Als Iraker frag ich mich, warum das Interesse an Sgrena größer ist als an den 136 Todesopfern, die am 28. Februar 2005 vor einem Krankenhaus durch einen Selbstmordattentäter in den Tod gerissen wurden.

Als ich von der Befreiung Sgrenas erfuhr, war ich erleichtert. Als mich die Nachricht über 6 Millionen Dollar Lösegeld erreichte, war – und bin ich nach wie vor – schockiert. Das ist ein Alptraum, ich kann es nicht fassen, man weiß doch mittlerweile, dass die Entführer Anhänger Saddam Husseins sind und was diese mit dem Geld machen werden: es fließt in die Kriegskasse der Terroristen. Waffen, Söldner und Selbstmordattentäter werden damit finanziert und Hunderte IrakervInnen werden ihr Leben lassen müssen, weil Sgrena freigekauft wurde. Ist ihr Leben mehr wert ist als das von Hunderten IrakerInnen? Es liegen unzählige Aussagen darüber vor, dass Selbstmordtäter vor ihrem Anschlag die Zusicherung erhalten, dass ihre Verwandten 5400 US\$ bekommen. Terroristen werden pro getöteten Iraker bezahlt, 600 US\$ pro Zivilisten, 800 US\$ pro Polizisten/Soldaten und es sei den LeserInnen selbst überlassen sich auszurechnen, was mit 6 Millionen US\$ finanziert werden kann.

Nach ihrer Entführung sahen wir das Video, in dem sie weint und um Hilfe fleht und ich empfand ehrliches Mitleid für sie und ihre Familie. Ich wünsche ihr aus ganzem Herzen diese Hölle zu überleben, auch wenn wir ihren politischen Äußerungen und Artikeln rein gar nichts abgewinnen können. Das Blatt, für das Sgrena schreibt, ist getrieben von Anti-Amerikanismus und nicht durch die Wahrheit, es ist unlesbar und eine Zumutung für irakische DemokratInnen und wir als Iraker sind es leid, dass wir herhalten müssen damit die ach so bösen Amerikaner eine politische Niederlage erleiden.

Ja, man kann oder besser gesagt man muss die Amerikaner im Irak kritisieren, wenn dort Fehler gemacht werden, aber Schwarzmalerei und Fantasiegeschichten helfen dem Irak sicher nicht.

Wir, die diesen neuen Irak wollten und für ihn einstehen, lassen uns nicht von FreundInnen des Terrorismus in eine Position drängen, wo es uns unmöglich gemacht wird, Positionen unserer derzeitigen PartnerInnen zu kritisieren.

Wenn Kritik angebracht ist, werden wir diese Kritik anbringen, so wie wir es bis jetzt auch immer getan haben, weder ich noch viele andere haben bei dem Abu Ghraib Skandal geschwiegen und wir werden weiterhin solche Aktionen anprangern. Sgrenas Äußerungen nach der Befreiung aus der Geiselhaft sind einerseits befremdend, andererseits wundert es mich auch nicht: sie bedankte sich bei ihren Entführern für die gute Behandlung und versicherte ihnen per Video-Botschaft ihren Kampf weiterhin zu unterstützen.

Solche Aussagen machen uns demokratische IrakerInnen vor allem eines: fassungslos. Wir bitten Guliana Sgrena nicht mehr in den Irak zu reisen. Nicht weil wir Angst vor ihren Artikel haben, sondern weil wir nicht wollen, dass sie wieder entführt wird und man wieder 6 Millionen US\$ für ihre Befreiung zahlen muss.

Dies ist nicht der Widerstand.

Diese Frauen gehören nicht zum sogenannten Widerstand im Irak. Sie tragen keine Waffen, sie sind nicht verkleidet und sie entführen keine Ausländer. Sondern sie setzen sich für einen friedlichen und demokratischen Irak, in dem alle Bürger, gleich welchen Geschlechts, die gleichen Rechte haben. Deshalb arbeiten sie in einem von den »Mobilen Teams« mit, die im Irak Frauen dort helfen, wo ihnen Hilfe ansonsten nicht angeboten wird: In Dörfern, in denen es keine medizinische Versorgung gibt und in Gegenden, in denen islamistische Organisationen und die Reste der Diktatur den Frauen und Mädchen das Leben zur Hölle gemacht haben. Sie leisten medizinische Hilfe, beraten in rechtlichen und sozialen Fragen und klären über Rechte auf. Das ist ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes.



Die mobilen Frauentteams sind ein Projekt von wadi.
Unterstützen Sie das Programm!
 Spendenkonto: 07.405.301, BLZ 31800
 Evangelische. Kreditgenossenschaft eG

wadi

Sie schreiben:

Im Schulungsamt bürgerte es sich ein, auch die Frauenschaft über die NS-Aussenpolitik zu unterrichten.



Ihr Rechtschreib-Programm meint:

Im Schulungsamt Bürger-Tee es sich ein, auch den Frauenschaft / das Frauenschaft über die NS-Russenpolitik zu unterrichten.



www.korrektor.at meint:

Bei korrektor.at wird jeder Text einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung unterzogen. Ihr Text wird im Hinblick auf formale Kriterien, d.h. Tippfehler, Flüchtigkeitsfehler, neue Rechtschreibung, Grammatik, Orthografie, Syntax, Form, Beistrich- und Zeichensetzung gelesen. Es wird zusätzlich auf Ausdruck, Stil, Verständlichkeit, Kohärenz, Plausibilität, Einhaltung der Problemstellung und geschlechtsneutrale Schreibweise geachtet.

korrektor.at

DER TYRANN UND DER WARLORD

Der Irak zwischen „failed state“ und beginnendem „nationbuilding“

von Thomas Schmidinger

Die Warlordisierung nach dem Sturz des Ba'th-Regimes im Irak zeigt wie eng totalitärer Staat und Staatszerfall verbunden sind. Aus den rivalisierenden Banden, die die irakische Ba'th-Partei vor ihrer Machtergreifung darstellten, wurden nach dem Zerfall ihrer Macht wieder rivalisierende Banden.

Die Herrschaft der irakischen Ba'th-Partei nach ihrem zweiten Putsch 1968 stellte den vorläufigen End- und Höhepunkt einer Entwicklung dar, der eine Reihe von coup d'états rivalisierender Strömungen linker und rechter Panarabisten vorangegangen sind.

Im Gegensatz zur syrischen Ba'th-Partei, die sehr wohl über einen Parteiapparat verfügte dem auch Intellektuelle angehörten und der trotz seiner ideologischen Entlehnungen aus dem europäischen Faschismus gewisse Elemente formaler und durch politische Verfahrensweisen und Institutionen vermittelten Herrschaft beibehielt, bestand der irakische Zweig der Ba'th-Partei von Anfang an lediglich aus rivalisierenden Banden deklassierter Jugendlicher. Die irakischen Ba'thisten waren von Anfang an eine – eben nicht politische Strömung sondern – Bande, die Adorno in einem anderen Zusammenhang als Bekenntnis „zur menschlichen Gesellschaft als einem Massenracket in der Natur“¹ bezeichnet hatte.

RACKET ALS GRUNDFORM DER HERRSCHAFT

Der irakische Ba'thismus der Fünfzigerjahre war also keine politische Partei im eigentlichen Sinn, die gemeinsame Interessen verfolgt hätte, sondern ein klassisches Beispiel für die Herrschaftsstruktur des Rackets, jener Grundform von Herrschaft, die als unmittelbare Herrschaft für Horkheimer „die völlige Brechung der Persönlichkeit“ verlangt. „Das Individuum muß sich aller Macht begeben, die Brücken hinter sich abbrechen. Als der echte Leviathan fordert das Racket den rückhaltlosen Gesellschaftsvertrag.“²

Racket und Staat, Warlord und Staatsmann schließen sich damit nicht nur nicht aus, sondern bedingen einander insbesondere dort, wo Herrschaft kaum durch bürgerlich-liberale Institutionen gezähmt ist, sondern in ihrer archaischen unmittelbaren Form

auftritt. Oder anders rum: Rackets können durchaus staatliche Macht erobern, ja staatenbildend wirken, Staaten können aber auch selbst wiederum ausgehöhlt und auf ihre repressiven Elemente reduziert zu (rivalisierenden) Rackets zerfallen. Die unter den Schutz eines solchen Staates gestellte Bevölkerung kommt dabei in einen ähnlichen „Genuss“ von „Schutz“, wie etwa kleine Händler und Ladenbesitzer von ihren Schutzgelderpressern. „Ein amerikanischer Historiker beschrieb die Staaten als protection rackets, und andere Autoren sahen wiederum im protection racket den Staat.“³

Dies ist keine Besonderheit des Irak, sondern durchaus allgemein auf Staatlichkeit bezogen. Allerdings stellte die Ba'th-Partei, deren Ableger im Irak 1952 gegründet wurde, geradezu den Prototyp des politischen Rackets dar⁴. Die Partei versuchte nicht einmal nach außen den Anschein einer zivilen Partei zu erwecken. Vielmehr dominierten von Anfang an die kriminellen Bandenelemente und die parteiinternen Geheim- und Sicherheitsdienste das Bild.

DIE INSTABILITÄT DER BANDENHERRSCHAFT

Mit dem ersten Putsch der Ba'th-Partei vom 8. Februar 1963 zeigte sich deutlich das Gewaltpotential, das dieser unmittelbaren Form der Herrschaft innewohnt. Innerhalb weniger Tage wurden tausende politische Gegner verhaftet, erschossen und in den sogenannten „Todeszügen“ in die Wüste geschickt. Insgesamt wurden in den Wochen nach dem Putsch allein rund 10.000 (vermeintliche) KommunistInnen ermordet.

Rackets sind nun zwar als Kern oder Urform von Herrschaft zu begreifen, allerdings sind sie als personale Abhängigkeitsnetzwerke nicht stabil, sondern vom Agieren einzelner Bandenmitglieder abhängig. Gelingt es einem Racket eines Staates habhaft zu werden

so muss sich das Racket zu einer gewissen Form von Staatlichkeit transformieren, da es als instabile und nicht institutionalisierte Form der Herrschaft in seiner reinen Form keinen Staat verwalten kann und rasch von anderen rivalisierenden Rackets abgelöst wird.

Genau dies geschah 1963 mit der eben an die Macht gekommene Ba'th-Partei. Hatte das Racket erst einmal die Fäden der staatlichen Macht in der Hand, wusste es nicht mehr so recht was es eigentlich damit anfangen



Warlord Saddam: 5.000 Menschen starben allein beim Giftgasangriff im März (Foto: Schmidinger)

sollte. Außer Repression und Gewalt um der Erhalt der Macht willen, fiel dem Regime nichts ein. Zudem rivalisierten die panarabistischen Banden weiter untereinander. Schließlich bekriegten sich bereits wenige Wochen nach dem Putsch verschiedene Fraktionen der Ba'th-Partei um die Macht. Bereits im Untergrund vorhandene Rivalitäten um Macht und Einfluss, die trotz der teilweise verwendeten Etikettierungen als „Links- und Rechtsba'thisten“ in der Realität keinen politischen Hintergrund hatten, verunmöglichten es der Partei ein stabiles Regime zu errichten. Eine Regierungspartei, die abwechselnd als Verbrecherbande oder Warlord agiert, kann auf Dauer keine politische Macht stabilisieren. Das erste Ba'th-Regime war damit innerhalb weniger Monate völlig am Ende und wurde noch einmal von rivalisierenden arabischen Nationalisten⁵ abgelöst, die allerdings letztlich ebenso daran scheitern ein stabiles Staatswesen aufzubauen, wie zuvor die Ba'thisten.

TOTALITÄRER STAAT

Eine Fraktion der Ba'th-Partei lernte jedoch aus dieser Niederlage dazu. Die Gewaltexzesse in den ersten Wochen nach dem Putsch und die folgenden innerparteilichen Bandenkriege hätten – so die innerparteiliche „Selbstkritik“ – wieder zum Verlust der Macht geführt. Also wollte man es beim nächsten Versuch an-

ders machen. Schließlich galt es die Macht nicht zu erobern um sie sich sogleich wieder selbst zu demontieren, sondern diese zu einer stabilen Herrschaftsform zu verwandeln, in der der Irak nach den ideologischen Vorgaben des völkischen Nationalismus der Ba'th-Partei umzugestalten wäre.

Deshalb hielt sich die Partei bei ihrem zweiten Putsch 1968 vorerst mit Gewaltexzessen zurück. Zur Verschleierung des Charakters des neuen Regimes wurden in der ersten Stufe des Umsturzes sogar eine Reihe von nichtba'thistischen arabischen Nationalisten mit wichtigen Posten betraut. Die noch von den Exzessen von 1963 öffentlich diskreditierte Ba'th-Partei wollte vorerst nicht (alleine) an die Öffentlichkeit treten. So folgte dem Putsch vom 17. Juli 1968 ein kurzes Regime, das verschiedene Strömungen des arabischen Nationalismus einschloss, hinter dem aber bereits die Ba'th-Partei stand. Das Regime versprach die Freilassung der politischen Gefangenen und entließ tatsächlich eine Reihe Gefangener. Bereits am 30. Juli betrachteten die Ba'thisten ihre Macht jedoch bereits als so weit gefestigt, dass sie eine Auslandsreise von Verteidigungsminister al-Da'ud dazu nutzten um sich seiner und einiger anderer „Koalitionspartner“ zu entledigen. Im September verkündigte das Regime eine vorläufige Verfassung, die den Islam zur Staatsreligion erklärt und des „Sozialismus“ zur Grundlage des ökonomischen Systems.

Bereits wenige Tage nach der Verkündung der Verfassung ist es jedoch mit den versöhnlichen Signalen an die Opposition, insbesondere an KurdInnen und KommunistInnen, vorbei. Wieder beginnen willkürliche Verhaftungen mit Folter und Hinrichtungen. Das Regime versucht nun schrittweise und systematisch das Tempo der Repression zu erhöhen und legt dabei weit mehr Geschick an den Tag, als nach dem ersten Putsch von 1963. Die Dosis der Einschüchterung und Gewalt wird schrittweise erhöht und betrifft zuerst nur kleinere und schwächere Gruppen in der irakischen Bevölkerung. So kann sich die Mehrheit weiter in Sicherheit wiegen. Der erste öffentlich im Fernsehen

übertragene Schauprozess richtet sich gegen die – nach den Auswanderungs- und Deportationswellen der 50er Jahre – schwächste Minderheit des Irak: die irakischen Juden. Elf angebliche „zionistische Verschwörer“ – darunter acht Juden – werden schließlich auf dem Befreiungsplatz in Bagdad öffentlich erhängt und der Bevölkerung zur Schau gestellt. Aber nicht nur das Fernsehen überträgt das Ereignis, auch zehntausende BewohnerInnen der Hauptstadt werden gezwungen die Leichen zu bestaunen. Teilweise werden die Körper der Toten bespuckt und beschimpft. Das Regime will damit die Bevölkerung zum Mittäter machen. In der Funktionsweise der Bandenkriminalität geschult, wissen die Ba'thisten, dass nichts mehr zusammenschweißt, als gemeinsame Verbrechen. So soll die Bevölkerung – großteils gegen ihren Willen – dazu gezwungen werden am Verbrechen teilzuhaben.

Gewalt und Repression beschränkte sich jedoch nicht auf die kleinste und schwächste Minderheit, bei der nach Jahren der „antizionistischen“ Propaganda die geringste Gefahr einer Solidarisierung der Massen bestand. Schrittweise wurde dies ausgeweitet auf KurdInnen, AssyrierInnen, SchiitInnen und KommunistInnen, bis schließlich jenes System entstand, das Kanan Makia so treffend als „Republik der Angst“⁶ beschrieben hatte. Dabei ging das Regime weit geschickter vor, als beim ersten Versuch. Statt wahlloser Gewalt wurde sie nun zielgerichtet eingesetzt. Gewalt und Repression gegen eine Gruppe wurde dabei immer mit einer Lockerung für oder eine Allianz mit einer anderen Gruppe kombiniert. So wurde (potentielle) Opposition von einer Verbündung gegen das Regime abgehalten und selbst durch die streckenweise Zusammenarbeit mit dem Regime kompromittiert. Auf diese Weise eroberte die 1968 noch kleine Ba'th-Partei schrittweise eine Massenbasis, die sie etwa der Kommunistischen Partei – bis in die Siebzigerjahre hinein die stärkste KP der arabischen Welt – mit dieser Mischung aus Kompromittierung und Repression abspenstig machen konnte. Erleichtert wurde diese Taktik noch durch einige sehr populäre Schritte der Regierung, wie etwa der Erfüllung einer langjährigen Forderung der irakischen Linken nach Verstaatlichung der Erdölförderung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates mit den dadurch vorhandenen Einnahmen aus der Ölförderung. Wohlfahrt und Schulbildung, die



Das Ende eines Warlords (Foto: Schmidinger)

primär der ideologischen Indoktrination diene, wurden damit einerseits ausgebaut und modernisiert, andererseits dem direkten Zugriff des Regimes unterstellt. Zum Ölentiersstaat geworden, konnte das Regime sowohl mit (finanzieller) Zuwendung an seine Freunde, als auch mit Repression regieren.

All dies legte die Basis zum wirklich totalitären Staat, zu dem der Irak mit Beginn des ersten Golfkrieges wurde. Dieser von Saddam Hussein losgetretene Krieg gegen den Iran, ermöglichte dem Regime – mit dem Argument der Gefahr durch den Krieg – die innere Repression im gesamten Land zu einem permanenten Spitzelstaat auszubauen und die letzten Reste der Opposition zu zerschlagen. Während und am Ende des Golfkrieges geschahen die schlimmsten Massaker des Regimes, wie die Anfal-Kampagne und die Giftgasangriffe gegen die Kurden, die international als Kriegshandlungen vertuscht werden konnten.

DER ZWEITE GOLFKRIEG ALS WENDEPUNKT DER IRAKISCHEN STAATLICHKEIT

Während der erste Golfkrieg noch zu einer Stärkung der staatlichen (Repressions-)Strukturen führte, endete er zugleich im ökonomischen und sozialen Desaster. Der Überfall Saddam Husseins auf das benachbarte ölfreiche Kuwait, dem der Irak zudem während des Kriegs gegen den Iran angehäuften Schulden zurückzahlen musste, war primär ökonomisch bedingt. Die panarabische Rhetorik des Regimes übertünchte nur oberflächlich die Tatsache, dass das Regime damit primär zum Befreiungsschlag aus einer Situation ansetzen wollte, in der der fast ein Jahrzehnt dauernde Krieg gegen den Iran die irakische Wirtschaft zurückgelassen hatte. Waren in den Siebzigerjahren noch Gastarbeiter aus der gesamten arabischen Welt in den Irak gekommen um an der aufstrebenden Ökonomie des Landes teilzuhaben, hatte der aufwendige Krieg gegen den iranischen Nachbarn nicht nur über eine Million Tote zurückgelassen, sondern auch ein finanziell und ökonomisch ausgeblutetes Land, das bei seinen arabischen Verbündeten schwer verschuldet war. Einer der Hauptgläubiger des Irak war Kuwait, dem sich das Ba'th-Regime nun hoffte militärisch entledigen zu können.

Die Rechnung Saddam Husseins ging jedoch nicht auf. Vielmehr endete sein Kuwait-Abenteuer im militärischen De-



Hier konnte die Warlordisierung gestoppt werden: Ehemalige Demarkationslinie zwischen KDP und PUK im innerkurdischen Bürgerkrieg auf der kurdische KunststudentInnen Friedensparolen hinterließen. (Foto: Schmidinger)

saster. Das Regime hatte wohl nicht damit gerechnet, dass die USA – immerhin phasenweise inoffizielle Verbündete des Irak gegen das als gefährlicher eingeschätzte Mullah-Regime – mit einer breiten Koalition arabischer und europäischer Verbündeter die irakische Armee innerhalb kürzester Zeit nicht nur aus Kuwait vertreiben, sondern auch im Irak eine vernichtende Niederlage bereitet würde. Das Werk wurde jedoch 1991 noch nicht zu Ende geführt.

Obwohl sich in der Folge der Niederlage der irakischen Armee hunderttausende IrakerInnen im Süden und Norden des Landes gegen die Regierung erhoben und auf Hilfe von den wenige Kilometer entfernt stehenden Truppen der Alliierten hofften, wurden die Aufständischen nicht nur im Stich gelassen. Die irakische Armee konnte sogar ungehindert die letzten militärischen Kräfte dazu aufbieten den Aufstand im Süden blutig niederzuschlagen. Zerstörte Städte und zehntausende Tote blieben in Massengräbern zurück. Lediglich im Norden wurde eine prekäre „Sicherheitszone“ für die kurdische Minderheit geschaffen um eine Massenflucht in die Nachbarstaaten zu verhindern.

Insgesamt weigerten sich 1991 jedoch Europäer wie US-Amerikaner und ihre arabischen Verbündeten das Ba'th-Regime zu stürzen. Die Europäer pochten auf die nationale Souveränität des Irak und wollten sich nur in den engen Grenzen der UN-Resolutionen, die lediglich eine Befreiung Kuwaits, nicht aber einen Regimewechsel in Bagdad legitimierten, am Krieg beteiligen. Die US-Administration unter Georg Bush senior fürchtete sich jedoch insbesondere vor einer

Destabilisierung der Region und einer Machtübernahme schiitisch-islamistischer Kräfte mit proiranischer Ausrichtung. Die vermeintliche Stabilität unter einem „gezähmten“ Ba'th-Regime wurde damals noch einem Sturz des Regimes vorgezogen. Die arabischen Verbündeten schließlich konnten angesichts ihrer eigenen autoritären Regime kein Interesse an einem Regimewechsel haben und pochten in ihrem ureigensten Interesse auf der irakischen Souveränität.

VERROTTENDER STAAT

Der folgende Status des Irak als besiegter Staat, der weitgehend seiner staatlichen Funktionen und seiner Souveränität nach Außen verlustig gegangen ist, jedoch noch über mehr als genügend Repressionsinstrumente nach Innen verfügte, verursachte einen schleichenden Übergang vom totalitären Staat zum verrottenden Staat, der von einem nur noch formal Regierung spielenden Warlord regiert wurde. Die UN-Sanktionen gegen den Irak führten zwar zu einer ökonomischen und sozialen Verwüstung des Landes und zur Aushöhlung der irakischen Staatlichkeit, nicht jedoch zu einer Schwächung des Repressionsapparates nach Innen. Der Staat ging zwar zunehmend all seiner Funktionen im Sozial-, Bildungs- und Wohlfahrtsbereich verlustig und verlor damit viele Aspekte von Staatlichkeit, allerdings blieb dem Regime der gesamte Repressionsapparat dieses Staates erhalten um auf rohe Gewalt gestützte Macht im Inneren aufrecht zu erhalten. Die UN-Sanktionen gefährdeten nicht im geringsten die Clique um Saddam Hussein, sondern kamen ihr auch noch zugute. Das Regime hatte damit das willkommenste Argument zur Hand um sich

überhaupt aller staatlichen Aufgaben zu entledigen. Mit dem Hinweis auf die UN und die angeblich dahinter stehenden dunklen Mächte des Zionismus und des Imperialismus, konnte sich das Regime all Aufgaben zu entledigen und die Gewinne aus dem „Oil for food“-Programm zu privatisieren. Ende der Neunzigerjahre gab es nur noch in jenen Vierteln von Bagdad und jenen Städten des sunnitischen Dreiecks eine funktionierende Infrastruktur an Spitälern, Straßen oder Stromversorgung, in denen ein hoher Anteil regimetreuer Bevölkerung zu finden war. Der Irak ging damit zunehmend jener Bereiche der Staatlichkeit verlustig, von denen normalerweise eine Bevölkerung für die Anerkennung der Herrschaft des Staates profitiert. Der Zusammenbruch des irakischen Gesundheits- und Bildungssystems war keineswegs automatische Folge des Embargos. Vielmehr nutzte die Regierung das Embargo um sich all dieser kostenintensiven Staatsaufgaben zu entledigen. Während die irakische Bevölkerung unter dem ökonomischen Niedergang der Neunzigerjahre litt baute sich Saddam Hussein in allen Städten des Landes ausufernde Luxuspaläste. Fast alle „Präsidentenpaläste“ und Luxusvillen von Günstlingen des Regimes entstanden nicht in der ökonomischen Blüte der 70er-Jahre sondern in der Phase des ökonomischen und sozialen Niedergangs der 1990er-Jahre.

Aus einem totalitären Regime, das jedoch noch immer einen Staat beherrschte, war damit zunehmend eine Clique von Warlords geworden, an deren Spitze Saddam Hussein als Meta-Warlord stand. Dabei bereicherte sich jedoch nicht nur die unmittelbare Umgebung Saddams am Embargo und den Embargobrechern, sondern ein ganzes Klientellsystem innerhalb und außerhalb des Irak. Freunde des Regimes wurden weltweit mit Ölgutscheinen⁷ für ihre „Solidaritätsarbeit“ entlohnt. Im Land selbst war – etwa für Kranke und Arme – das Überleben nur allzu oft von der Loyalität zum Regime bzw. zu den jeweiligen lokalen Eliten abhängig. Unter dem Deckmantel vordergründig weiter funktionierender staatlicher Strukturen löste sich die eigentliche Verwaltung so zunehmend zugunsten informeller Strukturen direkter Abhängigkeit auf.

VOM META-WARLORD ZURÜCK ZU DEN RIVALISIERENDEN RACKETS

Herrschaften personaler Abhängigkeiten, wie sie etwa unter modernen Warlords zu finden sind, besitzen einen hohen Grad an Instabilität. So konnte sich das irakische Regime zwar bereichern, allerdings nicht dauerhaft an der Macht halten. Der Sturz des Regimes durch eine US-geführte Koalition im Frühling 2003 war nur noch der letzte Anstoß zum Zusammenbruch eines Regimes, das jede andere Legitimation als die pure Gewalt verloren hatte. Selbst die letzte Bastion des Regimes, die Militärs und die Spezialtruppen der *Republikanischen Garde* brachen wie ein Kartenhaus zusammen. Der Krieg dauerte nicht nur wesentlich kürzer als erwartet, sondern führte auch zu relativ wenigen militärischen wie zivilen Opfern. Tausende irakische Soldaten gingen einfach samt ihren Waffen nach Hause.

In dieser Situation gelang es den neuen Besatzungsmächten zwar rasch die militärische und zivile Kontrolle zu übernehmen, allerdings brachte der völlige Zusammenbruch staatlicher Strukturen eine Menge von Problemen für die nähere Zukunft mit sich. Schließlich lösten die Besatzungsbehörden mit der irakischen Armee auch noch die letzte funktionierende staatliche Struktur auf. Statt die Führungspositionen mit Vertretern der demokratischen Opposition zu ersetzen, aber die Armee selbst beizubehalten, wurden die Soldaten einfach – unter Beibehaltung ihres Soldes – nach Hause geschickt. So entstand ein Potential von Bewaffneten, die nicht mehr in staatliche Strukturen eingebunden waren und damit leicht von neuen Warlords rekrutiert werden konnten. Ohne verbliebene staatliche Strukturen füllten neue Warlords das durch den Sturz des Meta-Warlords frei gewordene Vakuum in jenen Regionen auf, in denen nicht Strukturen der alten Opposition das Machtvakuum ausfüllen konnten.

Im Irak konnte somit kein funktionierender Staat übernommen und demokratisiert werden. Deshalb geht es seit dem April 2003 nicht nur um Demokratisierung, sondern um das, was im anglo-amerikanischen Diskurs als „nation-building“ bezeichnet wird, wohl aber besser als „Staatsaufbau“ zu benennen wäre.⁸

Das vorläufige Entstehen radikalislamistischer und ba'histischer Warlords im Zentralirak ist in dieser Phase zwischen

Staatszerfall und Staatsaufbau weit weniger überraschend als es auf den ersten Blick erscheint. Die ba'histische Herrschaft, die aus der ungezügelten Herrschaft der Rackets hervorgegangen war, ist am Ende ihrer Macht wieder an ihrem Ausgangspunkt angekommen und zum blanken Bandenterror mutiert.

STAATSTERROR, WARLORDS, DIE LIBERALE DEMOKRATIE UND DIE EMANZIPATION

Staatsterror durch illegitime Herrschaft und der Zerfall von Staatlichkeit in rivalisierende Warlords sind eng miteinander verbunden. Totalitärer Staat und Racket sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Liberale Demokratien stellen lediglich die Zähmung und Institutionalisierung der Urform der Herrschaft durch das Racket dar. Diese Zähmung bildet jedoch die Basis für weitere Schritte in Richtung einer allgemeinen Emanzipation. Demokratie stellt in diesem Sinne zwar nicht das Ziel von Emanzipation dar, allerdings ihre Basis. Erst die Institutionalisierung von Herrschaft in der Form einer bürgerlichen Demokratie ermöglicht es über diese hinaus zu gehen und in der allgemeinen Emanzipation das im Rahmen der Demokratie selbst uneinlösbare Versprechen des Liberalismus einzulösen. Der Kommunismus, als Aufhebung des Wertgesetzes und der Befreiung des Einzelnen von Staat und Kapital, ist nicht in der archaischen Konfrontation der Rackets zu erkämpfen, sondern nur über die Zwischenstufe der liberalen Demokratie. Wenn europäische Linke und „KommunistInnen“ also – wie im Irak – vermeintlich „rebellische“ Rackets gegen die Demokratie in Stellung bringen, schaufeln sie damit ihr eigenes Grab und werden zum Hindernis ihrer eigenen Ziele. Gerade im Falle der verschiedenen Despoten des Nahen Ostens ist es deshalb das Gebot der Stunde die Entwicklung bürgerlicher Demokratien zu unterstützen, auf deren Basis erst der Kampf um allgemeine Emanzipation möglich wird.

1 Adorno, Theodor W.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 3: S. 292

2 Horkheimer, Max: *Gesammelte Schriften*, Bd. 12: S. 288

3 Pohrt, Wolfgang: *Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliquen, Banden, Rackets und Gangs*. 2. Auflage, Berlin, 2000, S. 34

4 Zur Frühgeschichte der Ba'ith-Partei in Syrien und im Irak vgl. Hanna Batatu: *The Old*

Social Classes and the Revolutionary Movements of Irak. A Study of Irak's Old Landed and Commercial Classes and of its Communists, Ba'thists and Free Officers. New Jersey, 1978. S. 722 – 748

- 5 Im November 1963 übernimmt, wieder mit Hilfe der Militärs, Abd el-Salam Arif die Macht. Nach dem Tod Arifs wird im April 1966 dessen Bruder Abd el-Rahman Arif Präsident.
- 6 Kanan Makiya: *Republic of Fear. The Politics of Modern Irak. Berkeley / Los Angeles, 1998 (erstmalig 1989 unter dem Pseudonym Samir al-Khalil erschienen)*
- 7 Nach dem Sturz Saddams fanden wurden im Irak Dokumente gefunden, die belegen, daß das „Oil for Food“-Programm unter Mitwirkung der verantwortlichen UNO-Abteilung als persönliche Einnahmequelle Saddams sowie seiner Günstlinge mißbraucht wurde. Der US-Rechnungshof schätzte die illegalen Einnahmen auf 4,4 Milliarden Dollar aus Kommissionen und 5,7 Milliarden Dollar aus Schwarzmarkt-Aktivitäten. Saddam Hussein hatte einen Teil der Gelder für die Unterstützung palästinensischer Terrorgruppen ausgegeben. Unter den Begünstigten befanden sich jedoch auch Freunde Jacques Chiracs, der UNO-Exekutivdirektor des Hilfsprogramms Benon Sevan sowie der Kojo Annan, der Sohn von UN-Generalsekretär Kofi Annan. Auf einer Liste von EmpfängerInnen von Ölgutscheinen, die Anfang 2004 von der irakischen Zeitung al-Mada veröffentlicht wurde, befanden sich auch zwei Namen aus Österreich: die SPÖ-nahe „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) und der Innsbrucker Universitätsprofessor Hans Köchler. Auf späteren Listen tauchte dann auch der Name der FPÖ-nahen „Irakisch-Österreichischen Gesellschaft“ auf. Irakisch-Österreichische Gesellschaft und GÖAB schieben sich seither den „Schwarzen Peter“ gegenseitig zu und behaupten Opfer einer Verwechslung geworden zu sein.
- 8 Tatsächlich geht es dabei eher um den Aufbau von Staatlichkeit, denn von „Nation“. Auch wenn wir den Unterschied zwischen der deutschen und französischen Nationsdefinition mit einkalkulieren, so geht es in diesem Falle auch nicht um die Errichtung einer staatsbürgerlich definierten Nation, sondern primär um den Aufbau von Institutionen, also von Staatlichkeit im engeren Sinne.

RADIOPROGRAMM CONTEXT XXI

Wien – Orange 94,0 Freitag 13:00 – 14:00 Uhr
Graz – Helsinki 92,6 jeden Montag 10:00 – 11:00 Uhr
Klagenfurt – AGORA 105,5 / 106,8 / 100,9 jeden Donnerstag 19:00 – 20:00 Uhr

SUBVERSIVE THEORIE – “DIE SACHE SELBST” UND IHRE GESCHICHTE

von Johannes Agnoli

Die Transkription von Johannes Agnolis Abschiedsvorlesung an der FU Berlin. Beginnend mit dem alten Griechenland und dem Spartakusaufstand, über die Bauernkriege, die Renaissance und die Aufklärung hinweg, über Wilhelm Weitling, Karl Marx und Michail Bakunin bis in die Gegenwart hinein zeigt Agnoli was es heißt, den Antagonismus gegen Herrschaft und Ausbeutung zu praktizieren und ihn zugleich zu denken.

Eine Hörbuchproduktion von Eno Thierbach und Jens Kornacker. Gelesen von Cornelia Fiedler, Mela Mikes, Claudia Gessner, Eno Thierbach und Jens Kornacker.

Sendereihe für **Context XXI** gestaltet von Heidelinde Hammer, Birgitt Wagner und Jens Kornacker

14 Teile, 15 Kapitel

WAS BISHER GESCHAH:

Zur Sache selbst

Finsternis, Licht und Recht auf Widerstand

Eva, Prometheus, Antigone – Die Subversion der Ananke

Logos und Stasis – Die Dialektik der Polis

Isonomie, Naturecht und die Frauen

Res Publica als Klassenkonflikt

Zwei Schwerter und zwei Wahrheiten – Linien der Subversion im Hochmittelalter

Die “Dame Vernunft” und ihre Agitatoren

“Die Rebellion ist immer gerecht” – Thomas Müntzer und die Subversion der Bauern

Von der Utopie zum Königsmord – Die Radikalisierung der Volkssouveränität

Die Subversion wird praktisch – Leveller und Digger in der englischen Revolution

Zwischen Renaissance und Aufklärung – Spinozas negative Politik und Vicos Wahrheitskriterium

COMING SOON:

Das Prinzip Öffentlichkeit und die Subversion der Bürger

Die Revolution in der Revolution

Subversion auf deutsch

„AUSBILDUNG VON DIPLOMATISCHEM UND POLITISCHEM PERSONAL“

Interview mit Albert Issa

Prof. Dr. Albert Issa ist Vorsitzender des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Suleymania. Mit ihm sprachen Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger.

Wie bewerten Sie die Maßnahmen der irakischen Übergangsregierung seit dem 28. Juni 2004, als der Irak seine Souveränität erhielt? Bisher ist es ja noch nicht gelungen das Land zu stabilisieren.

Der Irak hat keine demokratische Tradition und ist seit der Staatsgründung 1921 das Zentrum von Gewalt und panarabischem Nationalismus. Sämtliche Generationen wuchsen mit dieser Ideologie auf und so verwundert es kaum, dass der Aufbau demokratischer Institutionen nicht von heute auf morgen vonstatten geht. Die Konzentrationsregierung unter Allawi konnte das auch nicht sofort erreichen. Immerhin gelang es aber den Irak so weit zu bringen, dass nun erstmals seit Jahrzehnten Wahlen möglich waren.

Sie haben soeben ein Buch über den Ba'thismus fertiggestellt. Aus welchen

Quellen speist sich die Ideologie des Ba'thismus?

Es gibt eindeutige Parallelen zum historischen Faschismus in Europa, die vom völkischen Nationalismus bis zum Führerkult reichen.

Das ba'thistische Denken sitzt noch tief in den Köpfen vieler Menschen, die Kontinuitäten sind auch hier im seit 1991 autonomen Kurdistan noch spürbar. Ich erlebe das tagtäglich im Umgang mit den verschiedensten Menschen. Der Ba'thismus wird uns deshalb leider noch lange begleiten. Er ist Teil der politischen Kultur geworden. Zur Zeit erleben wir vor allem im Zentralirak eine Allianz der ba'thistischen Banden mit dem radikalen politischen Islam.

Um die Wurzeln dieser Ideologie auszureißen, müssen wir zu allererst das irakische Bildungssystem radikal ändern. Nur so kann sich langsam eine demokratische Kultur entwickeln. Sonst steuern wir auf eine Situation hin in der es ein Fortwirken des Ba'thismus im politischen Denken gibt. Dass dies nicht so einfach ist, zeigt auch die Erfahrung mit dem Faschismus in Europa. In Deutschland und Österreich sind die Wurzeln des Nationalsozialismus auch heute noch nicht zur Gänze verschwunden. Anders kann ich mir nicht erklären, wieso etwa ein Jörg Haider in Österreich politische Karriere machen kann.

Unter einer Diktatur kann sich eine unabhängige Politikwissenschaft kaum entwickeln. Welche Rolle spielte sie jedoch nach 1991 in Kurdistan, nachdem sich große Teile Irakis-Kurdistans von der ba'thistischen Herrschaft befreien konnte?

Das Institut in Suleymania wurde erst 2004 gegründet. In Hawler bzw. Arbil, der zweiten großen Stadt des kurdischen Nordiraks, gibt es bereits seit 5 Jahren ein Institut für Politikwissenschaft. Unser Ziel ist

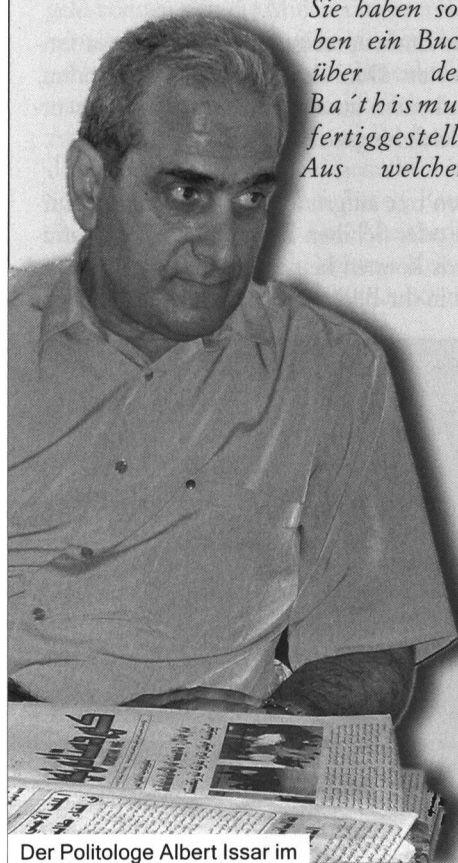
es, eine unabhängige Wissenschaft aufzubauen, kein Ideologieproduktionsinstitut wie in den Universitäten der Ba'thisten. Dabei sehen wir uns aber eine Reihe finanzieller und politischer Probleme konfrontiert. Wir haben z.B. kaum brauchbare Bücher im Bereich der Demokratieforschung, der Internationale Beziehungen, usw. Hier bräuchten wir dringend internationale Unterstützung.

Wie groß ist das Institut in Suleymania? Wo liegt der Schwerpunkt der Lehre?

Noch sind wir klein. Im ersten Semester hatten wir ca. 110 StudentInnen. Wir werden aber mit jedem Semester wachsen. Unser Ziel ist für das erste einmal die Ausbildung von diplomatischem und politischem Personal für den neuen Irak. Gerade in Kurdistan gibt es kaum ausgebildete Beamte und Politiker.

Kommt dabei die kritische Reflexion über Politik nicht zu kurz? In unserem Institut in Wien geht es nicht primär um die Heranbildung zukünftiger Politiker, sondern – zumindest einigen ProfessorInnen – um die Analyse und Kritik politischer Verhältnisse.

Sie dürfen nicht vergessen, dass wir hier in Kurdistan jahrzehntelang keinen Zugang zu Diplomatie, Politik und Verwaltung hatten. Wenn wir nun gleichberechtigte BürgerInnen des Irak sein wollen, dann haben wir hier viel nachzuholen und müssen erst einmal entsprechendes Personal ausbilden. Das ist eben die erste Stufe zur Etablierung einer kurdischen Politikwissenschaft. Erst wenn wir wirklich kurdische Politiker, Beamte und Diplomaten ausgebildet haben, können wir uns auch verstärkt der kritischen Betrachtung von Politik widmen. Ziel ist es nun vorerst StudentInnen ausbilden, die selbstständig denken und nicht notwendigerweise einer der beiden großen kurdischen Parteien angehören müssen.



Der Politologe Albert Issa im Interview. (Foto: Schmidinger)

In der zentralirakischen Stadt Falluja zeigten die salafitischen Islamisten welche Gesellschaft ihnen vorschwebt.

Nasi Missouri

- wurde 1966 in Dohuk geboren, kämpfte von 1985 bis 1988 als Peschmerga der kommunistischen Partei gegen das Ba'ath-Regime und lebt seit 1992 im Exil in Wien. Er ist Vertreter der Irakischen Kommunistischen Partei in Österreich.

TALIBAN IN FALLUJA

von Nasi Missouri

Die Stadt Falluja mit einer Viertelmillion EinwohnerInnen liegt westlich von Bagdad an einem wichtigen Kreuzungspunkt nach Syrien und Jordanien. Die Stadt ist umgeben von einem Grünlandstreifen mit Dattelpalmen. Bis zum Sturz Saddam Husseins war Falluja eine weitgehend unbekannte Provinzstadt, die jedoch einen auffallend hohen Anteil an Beamten, Geheimdienstangehörigen, Polizisten und Mitgliedern der Republikanischen Garden stellte. Als Vertreter des Regimes arbeiteten diese Männer aus Falluja in allen Städten des Irak. Nach dem Sturz des Regimes und der damit verbundenen Auflösung der Geheimdienste und der Republikanischen Garden kehrten sie jedoch nach Falluja zurück, wo sie sich versteckt hielten. Als ihnen Monate nach dem Sturz des Regimes klar wurde, dass ihnen keine Verfolgung drohte, kamen sie aus ihren Verstecken und wurden als ein Heer von Arbeitslosen in der Stadt sichtbar. Mit der Hilfe der Reste der Ba'ath-Partei konnten sie sich rasch wieder organisieren. Gleichzeitig wurden radikale salafitische Gruppierungen in der Stadt aktiv. So fand schon wenige Wochen nach dem Sturz Saddam Husseins die erste Demonstration gegen die USA in Falluja statt. Bald kam es zu ersten bewaffneten Angriffen auf die US-Truppen in der Stadt. Angesichts der offenen Grenzen des Irak fiel es arabischen Freiwilligen leicht in das Land einzusickern. Die besten Ausgangspunkte für diese arabischen Freiwilligen bildeten die arabisch-sunnitischen Städte, insbesondere das verkehrstechnisch und strategisch günstig gelegene Falluja, wo sie in der Umgebung ihre Lager aufschlugen. Der erste Angriff der US-Truppen mit Flugzeugen und Raketen nach dem Ende des Krieges richtete sich gegen ein solches Lager arabischer Mujahedin in der Umgebung von Falluja. Im Herbst 2003 nahm auch in anderen Städten des sogenannten „Sunnitischen Dreiecks“ die Gewalt zu. In Falluja übernahmen sukzessive die Mujahedin die Kontrolle über die Stadt und führen die Sharia nach dem Vorbild der Taliban in Afghanistan ein.

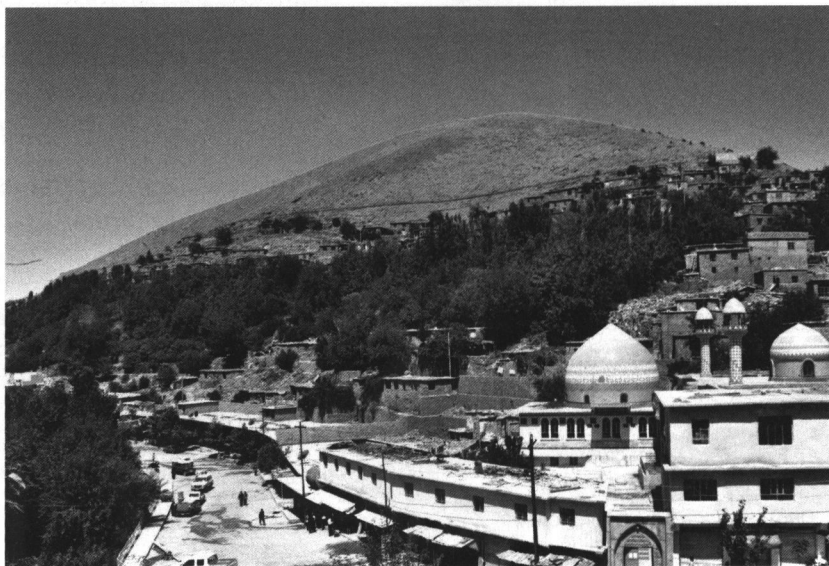
Der Traum dieser Gruppen war die Errichtung eines Khalifats (hilafa al-islamiya, islamischer Nachfolgestaat). Allerdings existieren keine schriftlichen Texte oder einheitlichen Theorien dieser Gruppierungen. Sie propagieren vielmehr einen weltweiten Gihad (alamiyat al-gihad) gegen den Westen, den „Zionismus“, „Amerikanismus“, „Imperialismus“ und alles andere Böse auf der Welt und bekämpfen diesen, wo auch immer sie sich Erfolg erhoffen: in Afghanistan, Tschetschenien oder eben im Irak. Im Irak erwählten sie Falluja zum Ausgangspunkt

ihres Gihad, um dort ein Regime wie das der Taliban in Afghanistan zu errichten.

Die insgesamt 80 Moscheen in der Stadt wurden von den Mujahedin zu Stützpunkten ihrer Bewegungen ausgebaut. Von dort gingen nicht nur die politischen, sondern auch die militärischen Aktivitäten aus. Dort übernachteten die arabischen Freiwilligen. In den Moscheen wurden Waffen gehortet, Gefangene gehalten und Geiseln vor laufender Videokamera enthauptet. In den Moscheen und in anderen Teilen der Stadt wurden Bilder von Bin Laden und Mullah Omar aufgehängt. Die Mujahedin mischten sich in das Privatleben der Bevölkerung ein. Der Bevölkerung wurde ihre Kleidung, ihre Nahrung und ihre Getränke vorgeschrieben. Die Frauen mussten nach afghanischem Vorbild eine schwarze Burka tragen. Den Männern wurde verboten ihren Bart zu rasieren. Musik, Gesang und Tanz wurden ebenso verboten wie das Fernsehen. Die Bibliothek der Stadt wurde verwüstet, die Bücher verbrannt. Das Sportstadion wurde zu einem Friedhof verwandelt. Die Familien wurden gezwungen, ihre Töchter ab dem Alter von zehn Jahren mit den Mujahedin zu verheiraten. Viele dieser Mujahedin haben bereits in jedem Land, in dem sie waren, junge Mädchen geheiratet und sind zusätzlich noch in ihrem Heimatland verheiratet. Die jungen Mädchen, die sie in einem Alter heiraten müssen, in dem sie in jedem anderen Land wegen Kindesmissbrauchs vor Gericht stehen würden, haben keine Chance jemals wieder ein eigenes Leben zu führen.

Die meisten Enthauptungen von Gefangenen fanden in Falluja statt. Den Geiseln wurde vorgeworfen, mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten und wurden meist sogleich hingerichtet.

Viele wurden nur aufgrund ihrer Identität als Kurden, Christen oder Schiiten hingerichtet. Die salafitischen Warlords können keinerlei Differenz ertragen. Alle, die nicht in ihr Bild der Umma (der islamischen



Wo einst die Ansar al-Islam die Bevölkerung terrorisierten ist nun wieder die Zivilgesellschaft eingekehrt. (Foto: Schmidinger)



Frauenzentrum von Wadi in Biara (Foto: Schmidinger)

Gemeinschaft) passen stehen auf der Abschussliste. Einige der Spezialisten für das Köpfen von Gefangenen wurden in Falluja geradezu berühmt. Sie glauben ihre Tätigkeit würde sie als Teil des Gihad direkt ins Paradies bringen. Nur wenige Geiseln konnten sich durch Zahlung von Lösegeld freikaufen. Mit diesem Lösegeld können sich die Mujahedin ihren Lebensunterhalt und ihre militärischen Ausgaben finanzieren. Weitere Einnahmen stammen aus Überfällen auf Reisende zwischen Bagdad, Syrien und Jordanien, denen Schmuck und Geld geraubt wird. Selbst Kinder wurden bei diesen Raubüberfällen angegriffen. Die Mujahedin sehen ihre Raubzüge als legitime Kriegsbeute, was im Islam als halal (erlaubt) gilt.

Trotz ihres Hasses auf die Amerikaner erlauben sie befreundeten Unternehmern für die US-Verwaltung z.B. Bauaufträge anzunehmen, wenn diese dann im Gegenzug einige Prozente als zakat (Armensteuer) an die Mujahedin abliefern. Eine weitere Säule ihrer Finanzierung stellen die Spenden aus Saudi-Arabien, anderen Golfstaaten und einigen Organisationen aus Europa dar.

Falluja stellte unter der Herrschaft der Mujahedin jedoch auch den Mittelpunkt der irakischen Anschlagindustrie. Im Industrieviertel von Falluja wurden die KFZ-Werkstätten zu Bombenwerkstätten umgebaut. Die Erfahrung der Automechaniker in den Werkstätten wurde

genutzt um Autobomben zu präparieren und Autos so zu konstruieren, dass sie möglichst tödliche Bomben transportieren können. Selbst die Fahrer wurden so mit dem Auto fixiert, dass sie das Auto nicht mehr verlassen konnten, sodass oft nach einem Anschlag die am Lenkrad fixierten Hände eines Selbstmordattentäters gefunden wurden.

Die Gehirnwäsche bei den Mujahedin funktioniert gut. Jeder Selbstmordattentäter lässt sich auf eine Liste von shahadat (Märtyrern) schreiben. Kommt er an die Reihe, verübt er seinen Anschlag und denkt, dass er sofort in das Paradies kommt. Die Selbstmordattentäter werden von ihren Kommandanten vor ihrem Anschlag unter den Einfluss von Medikamenten gesetzt. Auch bei anderen Angriffen werden Drogen eingenommen.

Früher waren diese Drogen und Tabletten in Falluja unbekannt. Sie wurden von den Mujahedin mitgebracht. Sie hatten sogar die Mohnsamen zur eigenen Heroin- und Opiumproduktion aus Afghanistan mit nach Falluja gebracht. Sie spekulierten wohl auf einen längeren Aufenthalt in Falluja.

Die Mehrheit der Bevölkerung Fallujas hatte keine Freude mit den Aktivitäten dieser salafitischen

Banden. Allerdings wurde jeder Widerspruch im Keim erstickt. Die Präsenz der bewaffneten Mujahedin auf den Straßen war zu erdrückend. Die Mujahedin hatten ihre Waffen nicht nur den ganzen Tag bei sich, gingen mit ihnen einkaufen oder in die Moschee, sondern schliefen sogar mit ihnen. Jeder, der ihre Herrschaft nicht akzeptierte, wurde aus dem Weg geräumt. Die Angst verfolgte die Frauen und Männer Fallujas wie ein Schatten. Selbst die Kinder hatten ihre Leichtigkeit verloren.

Die Mujahedin hatten gehofft lange an der Macht zu bleiben. Allein sie hatten sich damit verkalkuliert. Wo auch immer diese Terroristen hin kommen, folgt ihnen ihr eigenes Scheitern. Bin Laden war Bauunternehmer, der in Afghanistan zum Vernichtungsunternehmer wurde und die afghanische Bevölkerung in die Hölle schickte. In Tschetschenien haben die Mujahedin um Khattab und Bassajew mit ihrem Angriff auf Dagestan den zweiten Tschetschenienkrieg losgelöst und damit die Unabhängigkeit Tschetscheniens zerstört. Diese internationalen Gihadisten haben letztlich die Vertreibung der tschetschenischen Bevölkerung durch die russische Armee mitverursacht. Auch in Falluja haben sie nichts als Zerstörung hinterlassen. 70 Prozent der Bevölkerung sind geflüchtet, große Teile der Stadt zerstört. Zarkawi ist geflüchtet. Der Traum der Errichtung eines islamischen Gottesstaates ist zu einem Alptraum geworden.

LUECKE

die Cafe/Bar

Freihausgasse 3

Villach

täglich ab 18h

Ein Aufenthalt in Mosul im Oktober 2004 gewährte mir Einblicke in die Situation von religiösen und ethnischen Minderheiten und deren Terrorisierung durch Radikal-Islamisten und hinterließ einen zutiefst pessimistischen Eindruck.

Mirza Dinnayi

- ist Direktor des Qendil-Verlag & Info-Zentrums. Der Koordinator der „Yezidi Democratic Community“ lebt in Deutschland, studiert in Jena und ist Mitautor des Sammelbandes „Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?“ hg. v. Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger (Freiburg 2004).

ISLAMISTISCHER TERROR IN MOSUL

Zur aktuellen Situation von Yeziden im Irak

Von Mirza Dinnayi

Ich kann die verzweifelten Gesichtsausdrücke der Mosulis nicht vergessen, die unter Tags ängstlich durch die Straßen eilen und nur das Dringende in der Stadt erledigen. Spätestens am Abend sind dann alle in den eigenen vier Wänden, das Stadtzentrum wirkt um diese Zeit gespenstisch leer. Trifft man auf den menschenverlassenen Straßen dann auf seltsam maskierte Soldaten und Polizisten, fühlt man sich nicht unbedingt sicher. Die Sicherheitskräfte in Krisengebieten wie Mosul maskieren sich tatsächlich, denn die Angst vor den islamistischen Terroristen ist groß. Außer dem Irak gibt es wohl kaum ein Land, in dem sich die Exekutive vor den Kriminellen versteckt und fürchtet.

Ein weiteres prägendes Bild dieser Metropole, immerhin die zweitgrößte Stadt im Irak, sind die fast ausnahmslos kopftuchtragenden Frauen und ihre bärtigen Männer. Nicht alle sind religiös, nicht alle sind Muslime, doch die Situation zwingt die Menschen ihre Identität hinter islamischen Symbolen zu verbergen. Auch mein nicht-muslimischer Bodyguard hatte seinen Bart wachsen lassen um sich, und angeblich auch mich, vor einer möglichen Entführung oder einem Attentat zu schützen.

Vor der Universität nehmen wir uns ein Taxi, der Fahrer schiebt sofort eine Kassette in den Recorder und wir werden gezwungen „Lesen des Quaran“ in voller Lautstärke zu hören. Ich nutze meine „europäischen Kundenrechte“ und fordere ihn auf, diese blöde Kassette auszuschalten. Zu unserer Überraschung teilt uns daraufhin der Taxifahrer erleichtert mit, dass er Christ sei, doch Angst vor meinem bärtigen Bodyguard hatte. „Ich dachte er sei ein Islamist und bevor er mich mit Fragen nach meiner Religions- oder Volkszugehörigkeit in Schwierigkeiten brachte, schaltete ich lieber gleich die „Musik“ ein, die ich immer im Auto habe. Man weiß ja nie...“ Ohne dieser Quaran-Kassette, die ihn als braven Muslim ausweise, wäre es nicht möglich gewesen, in Mosul, die seit einem Jahr zur „Allah-Stadt“ mutiert ist, zu arbeiten.

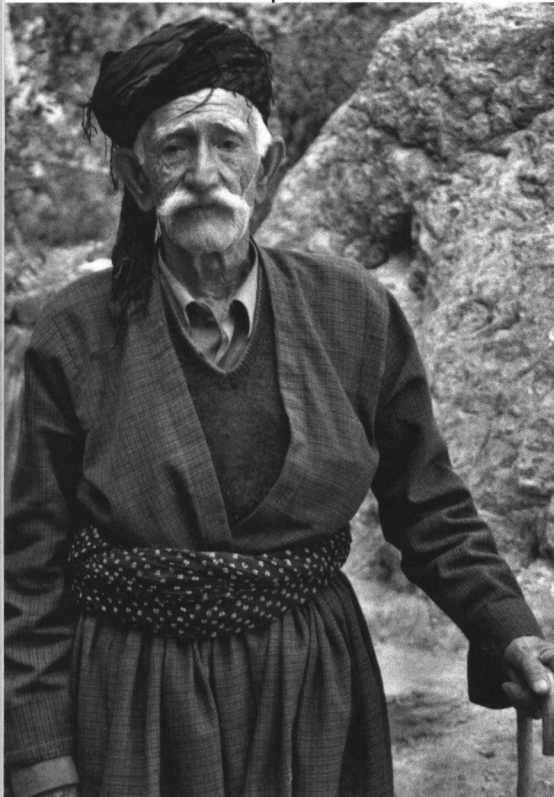
In den zwei Jahren nach der Befreiung von der Herrschaft des Ba'th-Regimes sind die Minderheiten, die unter Saddams Repressionsapparat massiv litten, wiederum Opfer von Terroristen geworden. Durch das Fehlen von Sicherheit und einer gewissen Stabilität im Land haben die Islamisten ein leichtes Spiel bei der Verbreitung von Angst und Terror.

Die multikulturelle Provinz Mosul, seit Jahrtausenden Wohngebiet unterschiedlicher Volks- und Religionsgemeinschaften, ist heute immer mehr Aufmarschgebiet für radikal-islamistische, in erster Linie wahabitische Gruppierungen, deren Jihad-Ideologie jener Al-Qaida's nahesteht. Der Kern ihrer Ideologie ist schnell erklärt: Jeder, der nicht sunnitisch-wahabitischer Muslim ist, ist ein Feind Gottes. Gläubige wiederum sind verpflichtet, jeden Feind Gottes zu töten, selbst unter Verlust des eigenen Lebens.

Nach dem Machtverlust der arabisch-nationalistischen Ba'th-Partei und sunnitischen Gruppierungen im Irak folgten die ersten freien Wahlen. All dies geschah vor den Augen der diktatorischen Nachbarregime u.a. Syriens und des Irans, die zurecht einen Dominoeffekt fürchten und nun gemeinsam mit den entmachteten Ba'thisten und sunnitischen Gruppierungen sowie islamistischen Kämpfern aus aller Welt das Land destabilisieren und im Chaos versinken lassen wollen. In ihrem unerbitterlichen Krieg gegen einen demokratischen Irak, in dem alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt leben können, stehen Attentate und Angriffe auf Minderheiten mittlerweile auf der Tagesordnung.

Unter diesen Minderheiten sind Yeziden¹ in besonderem Ausmaß betroffen, die Repression und Verfolgung gegen Mitglieder dieser Gemeinschaft hat mittlerweile dramatische Ausmaße angenommen. Folgende Ereignisse wurden allein im Jahr 2004 von verschiedenen Medien dokumentiert²:

Am 8. März 2004 wurde das Trinkwasser der yezidischen Khanik-Gemeinde in der Provinz Duhok von unbekannten Tätern vergiftet. Ein paar Tage zuvor waren anti-yezidische Flugzettel in den Straßen Mosuls aufgefunden worden. Mit dem altbekannten Vorwurf, dass Yeziden „Teufelsanbeter“ seien, wurde darin die Bevölkerung zu deren Vernichtung aufgerufen. Ein Arzt kam an den Folgen der Vergiftung ums Leben und mehr als 300 Menschen mit Vergiftungssymptomen suchten Arztpraxen, Krankenhäuser und Gesundheitsbehörden auf. Die kurdische Regionalregierung der *Kurdischen Demokratischen Partei* (KDP) unterließ jegliche Nachforschungen, es gab keinen Polizeibericht – obwohl einige AugenzeugInnen Unbekannte in einem roten VW in der Nähe des Tatorts sichteten – und schlussendlich verharmloste und bagatellierte man den Vorfall.



Nicht nur Yezidi und ChristInnen, auch angehörige anderer vorislamischer Minderheiten werden zum Angriffsziel radikalislamistischer Terrorgruppen: Kakai im Nordirak. (Foto: Schmidinger)

Am 23. August 2004 wurden zwei Yeziden namens Shakir Jangir (48 Jahre alt) und Shukri Ali (50 Jahre alt) von Islamisten in Mosul ermordet. Beide waren Händler, die seit mehreren Jahren in Mosul Geschäfte betrieben. Die Täter hinterließen einen Brief und teilten das Motiv für die Morde mit: „Sie waren ungläubige Gottesfeinde“. Nach diesem Ereignis verließen sämtliche Yeziden, die in einer exponierten Stellung arbeiteten, sowie Ärzte, Geschäftsleute, Hochschullehrer und Angestellte, ihre Dienststellen, Praxen und Geschäfte in Mosul.

Am 26. August 2004 wurde ein junger Mann Namens Qasim Khalaf in Mosul ermordet. Mit derselben Begründung: „Er war Yezide“.

Am 23. September 2004 verbreiteten Islamisten in Mosul einen Aufruf an alle Frauen, egal ob muslimisch oder nicht-muslimisch, der sie unter der Morddrohung dazu zwang, ab sofort das Kopftuch zu tragen. Es folgte ein Aufruf an sämtliche yezidische und christliche StudentInnen die Universität Mosul zu verlassen. Mehr als 600 yezidische StudentInnen wurden damit gezwungen zu Hause zu bleiben. Die *Assyrische Studenten-Gemeinde* veröffentlichte mehrere Erklärungen zu dieser Einschüchterung und Bedrohung ihrer Mitglieder. Doch das änderte an der Situation nichts. Bis heute wagten es weniger als 20 % der Yeziden auf die Universität Mosul zurückzukehren.

Am 30. November 2004 überquerte eine Gruppe von Reisenden, Yeziden aus Singar, den Tigris mit einem Miet-Boot. Dabei ertranken 36 Menschen, doch da es nur „wertlose Yeziden“ waren, konnte eine Untersuchung dieses Vorfalls durch die kurdischen Behörden nicht durchgesetzt werden. Nochdazu handelte es sich

beim Inhaber dieses Boots um einen Verwandten eines Mitglieds des KDP-Politbüros. So wird auch diese Katastrophe nie aufgeklärt werden.

Am 1. Dezember 2004 wurden acht yezidische Zivilisten aus dem Dorf Doghata (bei Mosul), am 5. Dezember 2004 fünf yezidische Zivilisten aus Singar in der Stadt Tilafer, ermordet. „Ungläubige Yeziden sind Gottesfeinde.“ – das war der Grund für die Ermordung dieser einfachen Arbeiter.

Am 7. Dezember 2004 wurden fünf junge Betonarbeiter der Bahzani-Gemeinde von Extrem-Islamisten westlich von Mosul ermordet. Sie hießen Zuhair Qaiser, Mithaq Salim, Aliyas Majun, Wisam Chicho, und Hakim Khalo. Hakim war gerade 17 Jahre alt, der einzige Sohn einer Mutter, die schon in den letzten zwei Jahren ihren Mann und den ältesten Sohn verloren hatte, und zwar aus dem gleichen Grund. Noch am selben Tag fand man die Leichen dreier anderer Yeziden im Stadtteil Wadi-Iga. Und am 8. Dezember 2004 wurden erneut fünf Leichen von Yeziden im Stadtteil Yarmuk gefunden.

Die Mordserie geht weiter. Die Attentate gegen Yeziden beschränken sich nicht auf Mosul sondern finden auch direkt in den Wohngebieten der Yeziden, wie Singar und Sheikhan, statt. Arabische und kurdische Medien stellen die Gründe für diese Attentate jedoch falsch dar. Man behauptet konsequent, dass es sich bei den oft enthaupteten Leichen um „Unbekannte“ handle, obwohl die Identität der Opfer immer bekannt war. Die Terroristen selbst haben die Identität ihrer Opfer verraten und sie gingen soweit, der Bevölkerung zu verbieten, die Toten ins Krankenhaus oder zum Friedhof zu bringen. Oft schreiten auch die Behörden nicht ein und schauen

aus Angst lieber weg. Wenn es auch unglaublich scheint: es passiert, dass Leichen von Yeziden in Mosul tagelang auf der Straßen liegen bleiben.

Unterstützung oder Schutz vor den Terroristen finden die Yeziden bei den kurdischen Behörden der KDP kaum, obwohl es einige Yeziden gibt, die hohe politische Ämter besitzen. Doch die Bevölkerung leidet unter den Schikanen der Behörden, die z.B. so aussehen, dass Yeziden in Scheikhan – natürlich „inoffiziell“ – seit der Machtübernahme der KDP kein Eigentum mehr kaufen können. Selbst dem yezidischen Bürgermeister wurde es verunmöglicht, ein Haus in der Stadt zu kaufen. Das yezidische Dorf Dushivan in der Nähe von Sheikhan ist von einigen muslimischen Kurden der KDP seit dem Sturz des Ba'th-Regimes quasi beschlagnahmt. Ähnlich sieht die Situation in Singar aus, wo die Verwandten eines ehemaligen Mitglieds des KDP-Politbüros mehrere Häuser beschlagnahmt haben. Mehr als 800 Wohngrundstücke wurden im letzten Jahr an Muslime in Singar verteilt. Und mehr als 750.000 US\$ wurde von letzteren in der Stadt Singar in Immobilien investiert, wohl mit dem Ziel, die demografische Struktur der Stadt zu manipulieren.

Und nicht zuletzt wurden bei der irakischen Wahl in der Provinz Mosul die Gebiete der Yeziden vernachlässigt. Die Minderheiten in Mosul, Christen, Yeziden und Shabak wurden an der Wahlbeteiligung behindert indem man keine Wahllokale und –dokumente zur Verfügung stellte. Auch das ist eine Art, Minderheiten zum Schweigen zu bringen: Man bietet ihnen bei Wahlen keine Möglichkeit, ihre VertreterInnen für das Parlament selbst zu wählen.

¹ Yeziden sind Angehörige einer der ältesten Religionsgemeinschaften Mesopotamiens, die heute hauptsächlich in den Provinzen Mosul, Sinjar und Sheikhan Regionen wohnen, wo sie etwa eine Halbe Million Menschen ausmachen. Außerhalb des Irak leben Yeziden heute in der Türkei, Syrien, Armenien und Georgien. Diese Religion unterscheidet sich von anderen monotheistischen Religionen durch ihre Philosophie und ihre eigenartige Gesellschaftskasten. Im Laufe der Jahrhunderte erlitten Yeziden etwa 70 Pogrome und zig-tausende wurden unter dem Vorwurf, sie seien sogenannte „Teufelsanbeter“, zwangsislamisiert. Unter der Ba'th-Diktatur folgten Wellen von Zwangsarabisierungen. Einen ausführlicheren Beitrag des Autors, „Die Verfolgung der „Teufelsanbeter“. Yezidi zwischen ba'thistischer Repression und sunnitischem Islamismus“, findet sich im Sammelband: „Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?“, Kreutzer/Schmidinger (Hrsg.), Freiburg 2004, S. 197.

² Folgende Quellen wurden verwendet:

Qendil-eZeitung: www.qendil.net (Archiv-Ausgaben von 2004)

Homepage: www.bahzani.de, sowie www.bahzani.org (Archiv-Ausgaben von August–Dezember 2004)

Homepage: www.ezidi-affairs.com (Archiv)

Homepage: www.rezgar.com (Unterschriftenkampagne gegen Wasser-Vergiftung in Khanik und

Unterschriftenkampagne gegen die Mörder von Christen, Yeziden und andere Minderheiten im Irak, Archiv 2004)

Kurdische Zeitung Hawlati (Archiv: März 2004)

Homepage: www.kurdishmedia.com (März 2004)

Pressemitteilungen Yezidischer Kulturzentren der Provinz Mosul, v.a. Yezidischer Verband in Bahzani und Singal Kulturzentrum (September–Dezember 2004)

NIMSAWI, DIE ÖSTERREICHER

Geschenke aus Europa

von Falah Muradkhin Shakir

Eine der schlimmsten Waffen, unter denen die iranische und die irakische Bevölkerung leiden musste, hieß „Nimsawi“ – es sind die berüchtigten „Noricum-Kanonen“. Ein Dankeschön an Österreich.

Falah Muradkhin Shakir ist der irakische Koordinator der Hilfsorganisation *Wadi* in Sulyemaniah (Nordirak) und überlebte als Kind den Giftgasangriff auf Halabja. Er studierte Geografie und Rechtswissenschaften in Hawler/Arbil und ist Mit-herausgeber der politik- und rechtswissenschaftlichen Zeitschrift „Yasa“.

Meine Begegnung mit Österreich beginnt in Halabja an der iranisch-irakischen Grenze zu Beginn der 80er Jahre. Der Iran attackierte damals irakische Dörfer und Städte in der Nähe der Grenze, doch meine Stadt lag bereits außerhalb ihrer Reichweite. Plötzlich hieß es, dass der Iran eine neue Waffe besitze, die bis ins Stadtzentrum von Halabja reiche und sogar bis Suleymania. „Nimsawi“ – damals hatten wir keine Ahnung, was das Wort bedeutet, wir waren noch Kinder. Oft mussten wir vor Angriffen flüchten und jemand schlug einen Unterschlupf vor. Dann sagte ein Erwachsener: „Nein, hier nicht, die Nimsawi erreichen diesen Ort“. Wir hatten Angst vor diesem schrecklichen Wort. Nimsawi waren voller Dynamit, zusätzlich waren sie auf zwei Seiten mit Gas gefüllt und besaßen eine Sprengkraft, die ganze Häuser in die Luft jagen konnten. Dieses großartige Geschenk des modernen Europas wurde großzügigerweise nicht nur an den Iran geliefert, sondern auch an die Ba'thisten im Irak. Somit konnten die BewohnerInnen jenseits beider Grenzen in die Luft gejagt werden.

Später ging ich zur Universität um Geografie zu studieren. Ich wusste nun, dass „Nimsa“ Österreich bedeutet, und wo dieses Land liegt, das dem Iran und dem Irak jene Mordkanonen lieferte.

Zweimal wurde unser Haus samt Hab und Gut von einer Nimsawi komplett zerstört und mein Bruder besitzt heute noch ein Foto von den Regierungstruppen, die mit einem Panzer kamen, um den Schaden zu sichten. Als Kind war ich vor allem beeindruckt und traurig über den großen Baum, der samt dem Haus in die Luft flog.

Von Halabja hört man immer nur im Zusammenhang mit 1988, als der große

Jahre. Damals gab es Zeiten, wo alle zwei Stunden zwei Nimsawi vom Iran aus auf Halabja gefeuert wurden. Es war ein psychologischer Zermürbungskrieg.

Wir wohnten in Halabja, aber wir waren nie in Halabja. Unser Leben verbrachten wir ständig auf der Flucht. Manchmal frage ich mich, wie wir es schafften, zur Schule und zur Universität zu gehen, unser Leben in den Griff zu bekommen und überhaupt zu überleben...

Ich kann mich an zwei Freunde in meinem Viertel erinnern: Soran und Lawan. Sie wollten zur Schule um ihre Zeugnisse abzuholen und wurden am Rückweg von einer Nimsawi zerfetzt.

Gab es damals Massenproteste auf den Straßen Österreichs?

Dort und anderswo in den großartigen Demokratien Europas und der Welt wurden und werden diese Waffen produziert. Doch man scheint die Hintergründe zu ignorieren, unser Schicksal war nie wirklich von Interesse. Die gefürchtetste Waffe kam aus Österreich. Dieses kleine Land hat sich nie bei uns entschuldigt. Wissen die Leute dort überhaupt, wie viele Menschen mit ihren Waffen hier getötet wurden? Ich habe nie von Demonstrationen mit über 30.000 Menschen auf den Straßen Wiens gegen die Waffenlieferungen an den Iran und den Irak gehört, nur von Demonstrationen dieser Größenordnung gegen den Sturz des Diktators.



Falah Muradkhin auf einer Nimsawi im Red Building, das ehemalige Folterzentrum der Ba'thisten in Suleymania, das heute als Museum und Gedenkstätte dient.
Foto: Kreuzer

Giftgasangriff der irakischen Armee unsere Stadt komplett zerstörte und über 5000 Menschen elendig sterben ließ. Doch die Angriffe durch Nimsawi begannen viel früher, im Zuge des ersten Golfkrieges, ab Anfang der 80er

FRAUENKÖRPER UND DER „AFRIKANISCHE BRAUCH“

FGM im Irak von Alicia Allgäuer

Obwohl die irakische Gesellschaft gemeinhin nicht für die Verbreitung weiblicher Genitalverstümmelung bekannt ist, machte eine neue Studie von Wadi deutlich, dass diese Praxis zumindest regional in einigen Teilen Irakisch-Kurdistans weit verbreitet ist.

Alicia Allgäuer ist Diplomsozialarbeiterin und Mitarbeiterin der im Irak tätigen Hilfsorganisation Wadi. Sie studiert Politikwissenschaft in Wien.

Während Tarafa Baghajati und SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi, beide Aktivisten der Initiative Muslimischer Österreicher/innen noch im Jänner 2005 die jüngste Studie von Wadi zum Anlass nahmen, einmal mehr den Vorwurf der „Islamophobie“ zu erheben und zu behaupten, dass dieser „afrikanische Brauch“ im Irak nicht existiere, ist die Verstümmelung weiblicher Genitalien im Irak selbst stärker zum Thema geworden. Zur Zeit wird gerade an einem Aufklärungsfilm gearbeitet. Selbst die PUK-nahe Kurdische Frauenunion machte FGM (female genital mutilation) erst kürzlich zum Thema.

Die jüngste Debatte über FGM im Nordirak war ein Resultat der frauengeführten mobilen Teams von Wadi, die seit 2003 Frauen und Kinder in ländlichen Regionen Irakisch-Kurdistans unterstützen. Nach über einem Jahr Betreuung durch die Teams hatten die Frauen genügend Vertrauen zu den Mitarbeiterinnen gefasst, um mit diesen über FGM reden zu können. Wadi führte in der Folge im Oktober und November 2004 eine Erhebung in ca. 40 Dörfern der Region Germian (im südlichen Nordirak) durch, deren Ergebnis zeigte, dass fast 60% der Frauen und Mädchen unter 10 Jahren beschnitten worden waren. Es wurden 1544 Frauen befragt, von denen 907 angaben, beschnitten worden zu sein. Es wird aber angenommen, dass die Zahl noch höher ist, da einige, die in dieser Auflistung als Nicht-Beschnittene aufscheinen, möglicherweise noch zu jung sind und diesem Eingriff erst unterzogen werden. Im Nordirak wird vor allem die so genannte „Sunnä-Beschneidung“ prakti-

ziert, bei der manchmal nur die Vorhaut der Klitoris eingeritzt oder entfernt wird oder – in den meisten Fällen – die Klitoris selbst teilweise oder ganz amputiert wird.

In einigen Dörfern zeigt die Aufklärung über die negativen Folgen weiblicher Genitalverstümmelung jedoch erste Erfolge, wie ein Bericht der mobilen Teams in der Region Germian zeigte. In Chala Soork (Sarqala Nahia), welches ca. 185 EinwohnerInnen zählt, sind alle Frauen über 20 Jahre beschnitten, sowie fünf von 20 Frauen unter 20 Jahren. Seit 2003 wurde niemand mehr beschnitten. In Duraji Village (Naujul Nahia), ca. 195 EinwohnerInnen, sind alle Frauen über 25 Jahren beschnitten, aber keine einzige unter 25 Jahren. Im Gespräch sagten die Frauen, sie wüssten Bescheid über die Wirkung von FGM auf das Sexualleben. Tapa Sauze (Rizgary Nahia), 80 EinwohnerInnen, sind jedoch immer noch alle Frauen über 11 Jahren beschnitten.

All diese Dörfer sind sehr arm. Problematisch sind vor allem die fehlende oder unhygienische Wasserversorgung sowie die unhygienische Bedingungen für die Frauen. Elektrizität fehlt meist ebenso, wie ein Arzt oder eine Schule. Erst im Mai 2005 zeigte der neue UNDP-Report für den Irak, dass auch in Kurdistan kaum Fortschritte in Bezug auf Bildung und medizinische Versorgung zu verzeichnen sind. Insbesondere die ländliche Bevölkerung konnte bisher nicht vom ökonomischen Aufschwung in den kurdischen Städten profitieren.

Für die Mobilen Teams von Wadi ist es oft schwierig die Leute von den Gesundheitsrisiken durch FGM zu überzeugen, denn viele DorfbewohnerInnen glauben, dass FGM ein Gebot des Islam wäre. Tatsächlich handelt es sich aber um einen präislamischen Brauch, der im Koran keinerlei Erwähnung findet. Zudem wird FGM auch keinesfalls in allen muslimischen Ländern praktiziert. Eine Charakteristik der islamischen Rechtstradition ist es jedoch, dass alles, was nicht verboten

ist, erlaubt ist. So wurden viele präislamische Bräuche im Koran nicht erwähnt und somit auch nicht verboten. Meist wird FGM in Berufung auf einen bestimmten Hadith praktiziert, demzufolge Mohammed einer Beschneiderin folgende Anweisung gab: „Nehme ein wenig weg, aber zerstöre es nicht. Das ist besser für die Frau und wird vom Mann bevorzugt.“ Dieser Hadith wird sehr unterschiedlich interpretiert, was das breite Spektrum der Meinungen über FGM unter MuslimInnen widerspiegelt. Eine Auslegung dieses Hadiths ist die, dass damit nur „leichte“ Formen von FGM erlaubt würden und Exzision sowie Infibulation, wie sie etwa im Sudan oder in Somalia praktiziert werden, verboten seien.

Von Wadi wird daher vor allem versucht, mit islamischen Geistlichen zusammenzuarbeiten – mit einigen Erfolgen. Manche Mullahs halten zwar an ihrer Unterstützung für die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung fest, andere unterstützen jedoch die Kampagne gegen FGM. Einige liberale sunnitische Geistliche treten öffentlich gegen FGM auf. Bereits 2001 haben einige von ihnen in Suleymaniah eine fatwa (religiöses Gutachten) dagegen erlassen. Auch im Fernsehen und Radio gab es Sendungen gegen FGM. Da es auf dem Land jedoch oft keine Elektrizität gibt, können diese Botschaften dort nur schwer verbreitet werden. Auch lokale Autoritäten beginnen langsam das Thema ernst zu nehmen. Mittlerweile ist FGM in Irakisch-Kurdistan strafbar. Wenn eine registrierte Hebamme bei einer Beschneidung ertappt wird, wird ihr die Lizenz entzogen. Aber die traditionellen „Beschneiderinnen“ in den Dörfern gehen ihrem Handwerk im Geheimen ihrer Häuser nach, worauf das Gesetz (noch) wenig Einfluss hat.

Die Wadi-Studie liefert jedoch nur ein erstes Dokument über die Existenz von FGM im Nordirak. Eine umfassende Studie sowie Aufklärungsfilme sind derzeit in Arbeit. Trotzdem wird es noch lange dauern die Praxis aus den Dörfern zu verdrängen.

1 Bei einer Diskussionsveranstaltung zum Irak, die vom Wiener Bildungszentrum der SPÖ am 19. Jänner dieses Jahres organisiert worden war, bestritt Al-Rawi aufs heftigste die Existenz von weiblicher Genitalverstümmelung im Irak, und wurde dabei von Herrn Tarafa Baghajati aus dem Publikum unterstützt, der sagte: „Wadi behauptet, dass es im Irak weibliche Genitalverstümmelung gäbe. Aber das ist ein afrikanischer Brauch, den es im Irak nicht gibt!“ vgl. <http://www.wadinet.de/news/Irak/newsarticle.php?id=643> <http://www.hagalil.com/archiv/2005/01/irak.htm>

2 Frauengeführte mobile Teams: Seit 2003 betreuen sechs mobile Teams Frauen und Kinder in den Regionen Mossul, Hawler/Arbil, Kirkuk, Suleymaniah, Halabja und Germian. Die Teams bestehen aus einer Ärztin und einer Krankenschwester, die Gesundheitsberatung und ambulante Untersuchungen

anbieten, sowie aus einer Sozialarbeiterin bzw. Psychologin, die den Frauen in rechtlichen und psychosozialen Fragen zur Seite steht. Die Aufklärung über Frauenrechte und die Thematisierung von Gewalt in der Familie tragen dazu bei, die gesellschaftliche Stellung von Frauen und Kindern zu stärken. Zusätzlich erhalten besonders bedürftige Familien materielle Unterstützung in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Medizin (vgl. www.wadinet.de).

3 Hadithsammlungen: Dokumente, in denen genaue Beschreibungen der Worte und Taten des Propheten festgehalten sind, die als Verhaltensmaßstab gelten. Sie wurden erst nach seinem Tod aufgeschrieben. Es existieren auch viele gefälschte Hadithe, weshalb die genaue Prüfung derselben unabkömmlich ist.

WER DIE WAHL HAT...

... und seine Stimme abgibt, nimmt Stellung

von Thomas von der Osten-Sacken

Es ist der Morgen des 30. Januar, Wahltag im Irak. Seit 12 Stunden darf sich kein Privatfahrzeug mehr auf den Straßen bewegen. Jeder Polizist in der Region ist im Einsatz, die Wahllokale sind aus Angst vor Selbstmordattentaten hermetisch abgeriegelt.

Th. v. d. Osten-Sacken
- war als offizieller Wahlbeobachter im Irak und ist Mitarbeiter von Wadi e.V.

Auch hier, im kurdischen Nordirak, der im Vergleich mit dem Rest des Landes als sicher gilt, wurden schärfste Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Am Abend vor der Wahl wurde deshalb Straße für Straße eine Ausgangssperre verhängt, bis sich kein Fahrzeug außer denen der Sicherheitskräfte mehr bewegen kann. Die Hauptstraßen Suleymanias, in denen in den Nächten zuvor die kommende Wahl mit Autokorsos bis in die frühen Morgenstunden gefeiert wurde, sind leer. Aber die Ausgangssperre hat nichts bedrohliches, die an jeder Straßenecke postierten kurdischen Polizisten dienen dem Schutz der Stadt und ihrer Bevölkerung. Noch Tage zuvor hatte Musab Abu Zarkawi im Namen der *Al Qaida-Irak* der „Demokratie den Krieg erklärt“ und angekündigt, am Wahltag würden seine Truppen die Straßen des Irak mit Blut waschen. Kurdistan könnte, so fürchtet man, ein vorrangiges Ziel von Anschlägen werden. Noch am Vortag warnte der kurdische Sicherheitsdienst *Asayisch* die wenigen internationalen Wahlbeobachter eindringlich vor möglichen Gefahren.

Die Stimmung am Abend vor der Wahl ist gespannt und festlich zugleich. Niemand weiß, wie der Irak in 24 Stunden aussehen wird, ob Tausende sterben werden müssen, ob die Wahlbeteiligung hoch oder niedrig sein wird. Die hysterische Stimmung, die in europäischen Medien geschürt wird, teilt allerdings niemand. „Warum berichten sie in Europa nur von Anschlägen und Toten?“, fragt Abdullah Sabir, Leiter einer lokalen Organisation, die Minen räumt. „Verfolgt man die BBC, dann entsteht der Eindruck, der ganze Irak versinke in Chaos. Menschen, die seit Tagen in Arbil und Suleymania feiern, werden dagegen nicht erwähnt.“

Zwar herrschte in Kurdistan nicht, wie im Süden des Landes, seit Monaten eine euphorische Stimmung, aber die letzten Tage des Januars wurden von den Parteien intensiv zum Wahlkampf genutzt. Seinen eigenen Beitrag hatte Zarkawi und der so genannte „irakische Widerstand“ zur Mobilisierung der Kurden geleistet. „Wenn Zarkawi der Demokratie den Krieg erklärt, gehe ich wählen, auch wenn ich die kurdischen Parteien nicht mag.“ Wie der Student Feridoon Amin denken viele: Zwar ist man den beiden großen Parteien *Kurdische Demokratische Partei* (KDP) und *Patriotische Union Kurdistan* (PUK), die Kurdistan seit 1991 regieren, überdrüssig, wünscht aber eine starke kurdische Präsenz in der neuen Bagdader Nationalversammlung. „Ich werde die kurdische Einheitsliste für Bagdad wählen, aber für den Stadtrat ungültig stimmen. Dies ist mein Protest.“ Drei Wahlscheine sollen die Kurden ausfüllen, den fast DIN A1 großen für das neue irakische Parlament, der äußerst unübersichtlich gestaltet, mehreren hundert Listen, Parteien und Kandidaten Platz bietet, den für das kurdische Regionalparlament in Arbil und schlussendlich den für die Parlamente in den Gouvernements. Nur hier treten die beiden kurdischen Parteien gegeneinander an, selbst für Arbil kandidieren sie auf einer Einheitsliste. „Diese Einheitsliste für das kurdische Regionalparlament ist ein Witz, ganz so als würden Kerry und Bush gemeinsam gegen Nader antreten“, meint dazu Akram Abdullah, der in einem kurdischen Ministerium arbeitet, „aber immerhin bekämpfen sie sich so nicht.“ Frisch sind noch die Erinnerungen an den jahrelangen innerkurdischen Parteienkrieg, dem Tausende zum Opfer gefallen sind und der Irakisch-Kurdistan Mitte der 90er Jahre paralyisierte. Nun planen nach Jahren der Trennung beide Parteien ihre Verwaltungen zusammenzulegen und bislang ist es ihnen gelungen, zumindest nach Außen, also gegenüber den Amerikanern und den arabischen Parteien, weitgehend mit einer Stimme zu sprechen. Intern aber ist das Misstrauen weiter groß. Im Vorfeld der Wahlen berichtete die unabhängige Zeitung *Hawlati* mehrmals von Versuchen der Parteien, Stimmen zu kaufen und ihren Einfluss im Herrschaftsgebiet des jeweils anderen auszudehnen. Der Norden Irakisch-Kurdistan mit der Hauptstadt Arbil steht bislang unter Kontrolle der KDP, der Süden wird von der PUK kontrolliert. Alle Ministerien gibt es entsprechend in doppelter Ausführung, selbst zwei nach Parteilinen getrennte Mobilfunknetze sind in Betrieb.

VON VERLUSTEN ZU GEWINNEN

Jetzt geht es darum, möglichst großen Einfluss in Bagdad zu gewinnen, nicht alte Rechnungen zu begleichen“, fährt Akram fort, „die Wahlen bieten uns eine einmalige Chance.“ Hat es die Geschichte bislang mit den irakischen Kurden selten gut gemeint, so sind sie die großen Gewinner des 3. Golfkrieges. Bislang Spielball regionaler Mächte und den Grausamkeiten der irakischen Regierung vergleichsweise wehrlos ausgeliefert, ist Kurdistan heute das in jeder Hinsicht am weitesten entwickelte Gebiet des Irak.



Eine alte Frau wird in Biara zur Wahlurne geführt. (Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

Das Städtchen Said Zadik am Wahltag mag dies verdeutlichen. Mit ungefähr 40 000 EinwohnerInnen eine kurdische Kleinstadt, in der drei Wahllokale eingerichtet wurden, vor denen schon morgens Hunderte in Schlangen anstehen, um ihre Stimme abzugeben, die wie tausende andere Ortschaften auch 1988 durch die irakische Armee ausgelöscht wurde; die BewohnerInnen brachte man entweder um oder deportierte sie. Zwischen Suleymania und Halabja gelegen war Said Zadik militärisches Sperrgebiet, wer die Region ohne Erlaubnis der Ba'ath-Partei betrat, wurde erschossen. Nun drängeln sich, teils in festlichen Kleidern, Frauen und Männer vor den Wahllokalen, lassen eine intensive Sicherheitskontrolle über sich ergehen, um dann, oft erst nach Stunden, zu den Wahlurnen vorgelassen zu werden. Vor fünfzehn Jahren stand hier kein einziges Gebäude mehr, nur der Friedhof erinnerte daran, dass sich hier einst eine Stadt befunden hat.

Alle, die hier leben, haben Jahre der Unterdrückung und Verfolgung hinter sich. Ein Enkel trägt seine 90jährige Großmutter auf den Schultern, die seit Jahren ihr Haus nicht mehr verlassen hat. Sie wollte unbedingt noch ihre Stimme abgeben. Familienangehörige helfen ihren analphabetischen Verwandten bei der Stimmabgabe. Aus allen Städten Kurdistans wird ähnliches berichtet: ein alter Mann in Kirkuk starb nach der Stimmabgabe, in Rania wurde in einem Wahllo-

kal sogar ein Kind entbunden. Wer kann, geht wählen: Es ist erst 10 Uhr morgens und Hamid Ameen, der Leiter des Wahllokales, erklärt stolz, schon fast die Hälfte aller registrierten Wähler hätten bereits ihre Kreuze gemacht. Auf dem Weg begegnen wir einer Gruppe aufgebrachter Dorfbewohner, die unseren Wagen anhalten und sich beschweren, bislang noch von keinem der Pendelbusse abgeholt worden zu sein. Sie fürchteten zu spät zu kommen und wir sollten ihre Beschwerde an die Wahlkommission weiterleiten. In diesem Moment kommt der Bus, die Logistik scheint vorbildlich organisiert, zumindest in der Provinz Suleymania.

Aus anderen Orten werden chaotischere Szenen berichtet, in einigen Gebieten des sunnitischen Dreiecks, wo der „Widerstand“ seine Hochburgen hat und die Parteien zum Boykott aufgerufen haben, wurden die Urnen zum Teil nicht ausgeliefert. Vor allem aus Mosul werden sich später VertreterInnen der assyrischen Minderheit bitter beklagen, dass sie am Wahlgang gehindert worden seien. Auch aus Kirkuk wird später berichtet, dass es zu groben Unregelmäßigkeiten gekommen sei. Die KurdInnen, die die Stadt für sich beanspruchen, hätten dafür gesorgt, dass viele doppelt oder dreifach hätten wählen können.

Ein Zeichen an die Welt

Wer aber an diesem 30. Januar über Land fährt und überall die gleichen

Szenen sieht: Menschen in langen disziplinierten Schlangen, die vor den Wahllokalen warten, trotz aller Drohungen durch den terroristischen Untergrund, Frauen, die nach Abgabe der Stimme stolz ihren mit blauer Tinte eingefärbten Finger zeigen, wer das sieht, der weiß, dass dieser Tag, trotz aller später registrierten Unregelmäßigkeiten das Gesicht des Nahen Ostens verändern wird, dass diese Wahl ein Erfolg sein wird. Entsprechend lässt überall die Anspannung schon am Morgen nach, Radiomeldungen zeigen, dass auch im Süden des Irak und in Bagdad, trotz einiger Anschläge, die Wahlbeteiligung hoch ist und es zu keinen größeren Zwischenfällen gekommen ist. Es scheint ganz so, als hätte der Ladeninhaber in Suleymania Recht behalten, der vor seinem Geschäft ein Plakat angebracht hatte mit der Aufschrift „Al Jazeera: Deine Terroristen werden diese Wahl verlieren.“ Und im Laufe des Tages ändert plötzlich auch dieser arabische Satellitensender, der hier als Sprachrohr der TerroristInnen verhasst ist, seine Berichterstattung. Hieß es am Morgen noch, einige Tausend IrakerInnen seien wählen gegangen, sind es jetzt bereits Millionen. Schon jetzt, lange vor dem amtlichen Wahlergebnis, ist klar, wer diese Wahl verloren hat. Es sind jene Gruppierungen, die sich „irakischer Widerstand“ nennen und mit blutigem Terror versuchten, den ersten freien Urnengang nach 30 Jahren Diktatur zu verhindern. Es sind dies die diktatorischen und autokratischen Nachbarländer des Irak, die diesen „Widerstand“ unterstützen. Und es sind all jene in Europa, die die Iraker nicht für fähig oder willens halten, diese Wahlen abzuhalten.

Dass diese Wahlen, allen Unkenrufen zum Trotz, landesweit erstaunlich professionell vorbereitet worden sind, zeigt sich in jedem Wahllokal, das wir in unserer Funktion als WahlbeobachterInnen besuchen. Stimmabgabe und Registrierung findet unter den Augen von Vertretern verschiedener Parteien und lokaler WahlbeobachterInnen statt. Dagegen haben sich nur wenige internationale BeobachterInnen registrieren lassen. Während die meisten europäischen Hilfsorganisationen, vor allem jene, die sich der Linken zurechnen, sich bewusst geweigert haben, diese Wahl auf diese Art und Weise zu legitimieren, hielten Sicherheitsbedenken viele andere ab.



Frauen und Männer warten getrennt auf Einlass ins Wahllokal, Said Zadik.
(Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

So ist diese Wahl vor allem von IrakerInnen für IrakerInnen organisiert; auch wenn offiziell die UN für die Vorbereitung verantwortlich zeichnet, waren gerade einmal ein paar Dutzend UN-MitarbeiterInnen in Bagdad anwesend und wäre es nach Kofi Annan gegangen, die Wahl wäre abgesagt worden. Es war einzig der Koalition und der irakischen Übergangsregierung zu verdanken, dass der Termin trotz aller Bedenken nicht verschoben worden ist. Und das Risiko war entsprechend groß. Wäre es dem so genannten Widerstand gelungen, wie angekündigt, „Blutbäder“ anzurichten und weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten an den Urnen erschienen, wäre dies Bestätigung all jener gewesen, die im Vorfeld so lautstark erklärt hatten, die IrakerInnen seien weder willens noch in der Lage per Stimmzettel eine neue Regierung zu bestimmen. Darüber ist man sich auch in Kurdistan bewusst: Immer wieder erklären uns vor den Wahllokalen Leute, diese Wahl sei ein Zeichen an die Welt, dass man die Demokratie wolle und dem Terrorismus eine Absage erteile.

Beindruckend sind vor diesem Hintergrund die Szenen aus Biara, einer kleinen Stadt an der iranischen Grenze, die jahrelang als Hauptquartier der islamistischen Terrororganisation *Ansar al Islam* unter Musab al Zarkawi diente. Diese *Al Qaida* nahe stehende Organisation hatte sich Ende der 90er Jahre in dieser unzugänglichen Bergregion festgesetzt und ein Taliban-ähnliches Regime errichtet. Frauen durften nur in Begleitung männlicher Familienangehöriger und tief verschleiert das

Haus verlassen, außer dem Koran wurde in Schulen nichts mehr gelehrt. Von hier koordinierte Zarkawi seine terroristischen Aktionen, bis ihn im Frühjahr 2003 die US-Army gemeinsam mit kurdischen Milizen vertrieb. Wir erreichen Biara gegen Mittag, das Wahllokal ist verwaist, aber nicht weil sich die Menschen hier in die Vergangenheit zurücksehnen, sondern im Gegenteil fast alle der 2000 Wahlberechtigten bis 12 Uhr ihre Stimme abgegeben haben. „Besonders hoch war die Beteiligung der Frauen“, erklärt Dilkwaz Ahmed, Wahlhelferin und Leiterin eines kleinen Frauenzentrums, das vergangenes Jahr eröffnet wurde. „Um 10 hatten sie bereits gewählt. Wir hoffen Zarkawi erfährt, was wir von ihm denken.“

Verwaist steht dagegen das Zelt der Referendumskampagne. Vor allen Wahllokalen ist diese Kampagne präsent und fordert die WählerInnen auf, sich für einen unabhängigen Staat Kurdistan oder einen Verbleib im Irak zu entscheiden. Besonderes Interesse wecken diese Zelte bei den WählerInnen nicht. Drei Tage später aber werden die OrganisatorInnen der Kampagne erklären, 2,1 Millionen Stimmen seien abgegeben worden und 98,5 Prozent hätten für Unabhängigkeit gestimmt. Die wenigsten allerdings schenken diesen Zahlen Glauben. „Jetzt ist nicht die Zeit über Unabhängigkeit nachzudenken. Wenn wir Kurden als gleichwertige Part-

ner in einem demokratischen Irak akzeptiert werden, wozu brauchen wir dann Eigenstaatlichkeit?“, meint Abdullah Sabir. Ob allerdings, sollten die schiitischen Parteien auf eine stärkere Verankerung des Islam in der Verfassung bestehen und es zum Streit um die Erdölstadt Kirkuk kommen, die nationalistische Bewegung in Kurdistan nicht an Zulauf gewinnen könnte, bleibt abzuwarten.

Denn auch wenn die Wahlen ein weitgehender Erfolg gewesen sind, wie abends Mohammed Salim, Verantwortlicher für ein Wahllokal in Suleymania, erfreut feststellt, haben sie keines der drängenden Probleme des Irak gelöst. Sie haben aber gezeigt, dass mit dem Sturz Saddam Husseins 2003 ein Prozess im Nahen Osten begonnen hat, den als irreversibel zu bezeichnen hoffentlich keine Übertreibung ist. Wenige Tage später versammeln sich in Beirut und Kairo Tausende im Protest gegen ihre eigenen Regierungen und auch der Ton der europäischen Medien ändert sich in den Tagen nach dem 30. Januar merklich. Um all die NahostexpertInnen, die zuvor erklärt hatten, warum im Irak Wahlen nicht möglich seien, ist es vorübergehend zumindest erfreulich still geworden.

Auf dem zeitgleich in Porto Allegre abgehaltenen *Weltsozialforum* dagegen demonstriert die Antiglobalisierungsbewegung am Wahltag tapfer gegen die „Wahlfarce“ im Irak und ruft zur Unterstützung des „irakischen Widerstandes“ auf.

Der blaue Finger, der zum Symbol für diese Wahl werden soll.
(Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

„WIR SIND ZWAR NOCH KEINE VOLLSTÄNDIG FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE...“

Ein Gespräch mit Naushirwan Mistefa Emin (PUK)

Naushirwan Mistefa Emin gilt als Stellvertreter Jalal Talabani und damit als zweitwichtigster Mann der *Patriotischen Union Kurdistans* (PUK). In der 1975 als Parteienfront gegründeten Bewegung hatte er nach der Ermordung von Shaswar Celal 1978 die Führung der Komele, der „Liga der Werktätigen“ übernommen. Aus dieser linken Fraktion innerhalb der PUK stammte der Großteil der aktiven Peshmerga. Nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 vertrat er die PUK in Bagdad und gehörte damit zu

den einflussreichsten kurdischen Politikern in Irak. Er spielte dabei nicht nur eine wichtige Rolle bei der Ernennung kurdischer Regierungsmitglieder, sondern auch bei der Wahl Jalal Talabani zum neuen irakischen Präsidenten. In der jüngsten Vergangenheit trat er zudem immer wieder als innerparteilicher Kritiker der PUK in Erscheinung, was seinen Ruf als integerem Politiker innerhalb der kurdischen Parteien entgegenkam. Mit ihm sprach Thomas Schmidinger in Sulemaniya.

Was bedeutet die Wahl Jalal Talabani zum Präsidenten des Irak für die Kurden und für den Irak?

Bis jetzt gab es eine Art politischer Apartheid im Irak. Wenn du ein Kurde bist, hast du kein Recht Präsident oder Premierminister zu werden. Selbst wichtige Ministerien, wie das Verteidigungs-, Aussen- oder Innenministerium waren für Kurden tabu. Wir wollen mit dieser politischen Tradition brechen und einen Staat auf Basis der Gleichheit aller Staats-

bürger aufbauen. Wenn wir wirklich gleich sind, dann können wir auch jede Position im neuen Irak einnehmen.

Bis jetzt waren wir weit weg von den Entscheidungen in Bagdad. Von jetzt an wollen wir ein Partner jener Gruppen sein, die Entscheidungen fällen. Deshalb brauchen wir eine starke Position in Bagdad.

Was bedeutet die Abmachung zwischen PUK und KDP, dass Jalal Talabani Präsident wird und Masud Barzani von der KDP Chef der Autonomieregion, für das Verhältnis zwischen den großen kurdischen Parteien? Ist das Amt des Präsidenten nicht ein weitgehend symbolisches und Bagdad noch immer weit weg von Kurdistan?

Nein, Bagdad ist die Hauptstadt des Irak und Kurdistan ist ein Teil des Irak.

Darf man das auch so interpretieren, dass die Wahl Talabani zum Präsidenten, Kurdistan wieder stärker in den Irak rückt? Garantiert die Wahl eines kurdischen Präsidenten die Einheit des Landes?

Ja, die neue Regie-

rung wird sicher zur Einheit des Landes beitragen. Die sunnitischen Araber haben nichts gegen die Wahl Talabani und wir konnten uns auch mit den Schiiten einigen. Die neue Regierung wird alle wichtigen Elemente der irakischen Bevölkerung zusammenbringen.

Gibt es einige Punkte, die für das Verbleiben der Kurden in einem gemeinsamen Staat unabdingbar sind? Oder anders gefragt: Könnten sie sich eine Situation vorstellen bei der die Kurden doch noch dem Irak den Rücken kehren könnten?

Nein, denn es ist im Interesse der Kurden im Irak zu verbleiben. Die Zeit kleiner Nationalstaaten ist vorbei. Wenn wir unsere nationalen Rechte als Kurden im Irak garantiert bekommen und zum wirklichen Partner werden, können wir die Unterstützung von 22 arabischen Staaten erhalten. Dann können zum Beispiel auch unsere StudentInnen von arabischen Universitäten in 22 Staaten profitieren. Unsere Wirtschaft kann vom arabischen Markt in 22 Staaten profitieren, von den arabischen Erfahrungen. Schließlich gibt es fast 300 Millionen Araber.

Was sind in diesem Falle die nächsten Ziele ihrer Partei? Wie positioniert ihr euch in Bezug auf Kirkuk oder die Frage eines laizistischen oder religiösen politischen Systems?

Kirkuk ist sicher für alle Kurden eine wichtige Frage. In Bezug auf einen islamischen Staat kann ich sie aber beruhigen. Niemand hier will ein religiöses politisches System, nicht einmal die schiitischen Parteien. Sie fordern lediglich den Respekt vor der Religion der Mehrheit der irakischen Bevölkerung ein, fordern aber kein theokratisches Regime.

In Europa gibt es jedoch nicht nur Angst vor einem islamischen Staat im Irak. Auch noch zwei Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins gingen große Teile der Linken in Europa auf die Straße um gegen den Krieg zu demonstrieren. Was denken sich irakische Linke dazu?



Die irakische Opposition zahlte einen sehr hohen Preis für ihren Kampf gegen Saddam Hussein, konnte ihn aber trotzdem nicht stürzen. Deshalb musste Saddam Hussein und das Ba'ath-Regime durch eine Intervention von aussen gestürzt werden. Die Situation hier war ähnlich jener in Deutschland unter den Nazis. Auch dort war die Opposition nicht in der Lage selbst die Diktatur zu stürzen. So sehen wir eine Parallele zwischen der amerikanischen Intervention im Irak und der Landung der Alliierten in der Normandie, die ja der Beginn zur Demokratisierung ganz Europas war. Die Demokratisierung des Irak ist ein Erfolg. Das haben nicht nur die Wahlen im Jänner gezeigt. Wir sehen bereits jetzt, dass der Wind der Demokratie hier in der Region vom Irak ausgeht. Es wird nun über die Verfassung in Ägypten debattiert, es gibt eine Frauenbewegung in Kuwait, Demonstrationen im Libanon und sogar in Saudi-Arabien fanden Gemeinderatswahlen statt. Das wäre ohne die Demokratisierung des Irak nicht möglich gewesen.

Sie waren einer der prominenten innerparteilichen Kritiker der PUK, die vor kurzem einen offenen Brief an Jalal Talabani geschrieben haben und darin innerparteiliche Reformen gefordert haben. Was sind denn die wichtigsten Kritikpunkte und Forderungen von ihnen an die eigene Partei?

Sehen sie, das ist der Hauptunterschied zwischen der PUK und anderen Parteien im Irak und im Nahen Osten. Wir haben ein gewisses Maß an Demokratie innerhalb unserer Partei. Wir können frei unsere Parteiführung kritisieren, unser Programm und unsere konkrete Politik diskutieren. Wie sie wissen wurde die PUK nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution 1975 gegründet. Wir begannen damals mit einem Guerillakrieg und einer Untergrundorganisation. In dieser Zeit eines harten und blutigen Kriegs mit dem Ba'ath-Regime war unsere Partei eine Guerillabewegung mit allen Strukturen die für die Bekämpfung des Ba'ath-Regimes notwendig waren. Jetzt wurden wir zu einer neuen Partei, die am politischen Prozess teilnimmt. Wir brauchen dafür andere Strukturen, andere Programme und Instrumente. Dafür ist es notwendig transparent zu arbeiten. Wir brauchen eine kollektive Parteiführung. Entscheidungen sollen in Zukunft kol-

lektiv gefällt werden. Und wir brauchen den Kampf gegen Korruption innerhalb der Regierung und der Partei.

Vor diesem Hintergrund wollen wir unser politisches Denken und Handeln erneuern und damit auch ein Modell für die anderen Parteien schaffen.

Und denken sie dass ihre Intervention Erfolg hatte? Sehen sie schon konkrete Resultate?

Ja, diese Intervention war sogar sehr erfolgreich. Nach den Regionalwahlen haben wir nun zum Beispiel ein neues Parlament. In diesem neuen Parlament wird unsere Fraktion in Zukunft immer wieder die Minister befragen. Wann immer der Verdacht auf Korruption auftaucht – und damit meine ich nicht nur Bestechung mit Geld sondern auch Nepotismus – werden wir den Minister zur Verantwortung ziehen. Unsere Fraktion wird das jährliche Budget überwachen und damit eine finanzielle Transparenz herstellen. Das neue Regionalparlament wird nicht nur die Funktionen des bisherigen Regionalrates haben, sondern ein voll funktionstüchtiges Parlament mit allen Kontrollrechten sein, das die Regierung bestellen und entlassen kann.

In Zukunft wird es also auch nur eine kurdische Regionalregierung geben und keine PUK-Regierung in Sulemaniya und eine KDP-Regierung in Arbil?

Ja, wir haben nun bereits ein gemeinsames Parlament und wir werden versuchen die Administration zwischen Sulemaniya und Arbil zu vereinheitlichen.

Führt die von ihnen angestrebte Erneuerung der PUK auch zu einer kritischen Debatte über Fehler der Vergangenheit?

Welche Fehler meinen sie?

Zum Beispiel den Mangel an Demokratie für andere Parteien. Es gab ja nicht nur den Parteienkrieg zwischen PUK und KDP, sondern auch die Repression gegen die ArbeiterkommunistInnen.

Kein einziger Arbeiterkommunist sitzt bei uns im Gefängnis. Wir hatten Kämpfe mit den jenen Fraktionen der Islamisten, die wie die Ansar al-Islam, Teil der al-Qaida sind. Es gibt eine Be-

drohung durch deren Terror. Europa hat uns ja nie geglaubt, wenn wir auf die Gefährlichkeit dieser Gruppierung aufmerksam gemacht haben. Aber die Arbeiterkommunisten haben ja damit nichts zu tun und sie können deshalb hier auch öffentlich arbeiten.

Ja, man sieht sie ja manchmal auch Flugblätter verteilen, aber sie beschwerten sich zum Beispiel darüber, dass ihre Partei nicht legal ist und immerhin kam es vor einigen Jahren bei der Schließung ihres Büros durch die PUK zu einigen Toten auf Seiten der Arbeiterkommunisten.

Wir würden es begrüßen wenn sie sich legal registrieren lassen. Aber sie anerkennen unsere Regierung nicht und deshalb haben sie sich nicht registrieren lassen. Was diesen Vorfall bei der Schließung ihres Büros betrifft waren es glaube ich nur vier oder fünf Tote. Das war noch vor dem Sturz Saddams Husseins und es war für uns eine sehr gefährliche Situation. Immerhin hatten sich nicht nur Iraker, sondern auch Iraner, Afghanen und Palästinenser bei ihnen verschanzt. Sie hatten auch sich damals durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit bei den Nachbarn sehr unbeliebt gemacht. Wir baten sie daraufhin nicht nur eine Genehmigung einzuholen, sondern auch ihr Büro an einen Ort zu verlegen wo sie weniger Leute stören. Sie haben sich jedoch geweigert diesen Anordnungen Folge zu leisten und danach kam es zu dieser Auseinandersetzung.

Heute könnten sie sich aber registrieren lassen und offen arbeiten?

Ja, jede Gruppierung die nichts mit dem Terror zu tun hat, kann heute hier arbeiten. Wir sind zwar noch keine vollständig funktionierende Demokratie, aber auf dem Weg dorthin.

Anmerkung: Dankenswerterweise hat Dipl. Ing. Hawrre Talabani, Aktivist der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), auf seinen Beitrag in Context XXI zugunsten des Interviews mit Naushirwan Mistefa Emin verzichtet.

OFFEN FÜR DIE BESTEN ARGUMENTE?

Über die Kultur des Argumentierens im Irak nach den Wahlen

Ein Kommentar von Hussain Ali Bawa

Die Ende Jänner abgehaltenen Wahlen im Irak sollen ausschlaggebend sein für die Bildung eines Übergangsparlaments. Dieses Parlament hat die Aufgabe eine Übergangsregierung zu wählen und eine ständige Verfassung für das Land zu entwerfen. Danach soll über den Verfassungsentwurf eine Volksabstimmung abgehalten werden. Anschließend wird auf der Grundlage der neuen ständigen Verfassung bis Ende Dezember 2005 ein neues Parlament und eine neue Regierung gebildet.

Die Gewinnerin der Wahl ist die schiitisch-dominierte *Vereinigte Irakische Allianz*, die 140 Mandate im Parlament errungen hat. Die KurdInnen wurden mit 75 Parlamentssitzen zweitstärkste Partei, gefolgt von der Partei des Ex-Premierministers Ayad Alawi, die 40 Mandate im Parlament erkämpfte.

Wer von diesen drei politischen Kräften mit wem koalieren wird, ist noch nicht klar. Obwohl es derzeit Verhandlungen zwischen den säkularen KurdInnen und den religiösen Schiiten gibt, wollen Letztere aber noch nicht die kurdischen Forderungen im Detail besprechen, nämlich den Föderalismus, den Anschluss der Provinz Kirkuk an die kurdische Region, Erdölanteile und die weitere Existenz der kurdischen Peshmerga's, der paramilitärische Kraft der kurdischen Parteien.

Auch eine Koalition zwischen den Kurden und Ayad Alawi würde im Parlament über keine Mehrheit verfügen. Aber falls sich Schiiten und die Gruppe um Alawi einigen, dürften die Kurden nicht mehr mit der Realisierung ihrer Forderungen rechnen!

Und auch wenn die kurdischen Parteien Teil einer Koalition werden sollten, kann trotzdem nicht ausgeschlossen werden, dass die Versprechen gegenüber den Kurden gebrochen werden.

Zusätzlich gibt es weitere Konfliktthemen, die die Arbeit eines funktionierenden Parlaments erschweren, wie auf der einen Seite der Schutz der Menschen- und Frauenrechte, und auf der anderen Seite die Frage des Islams als *eine* Quelle oder als *einzig* Quelle der Gesetzgebung, wie es schiitische Gruppierungen bevorzugen würden. Ob es zur Bildung einer reibungslosen Koalition kommt, die bis Mitte August 2005 – dem Fristende für die Erstellung eines Verfassungsentwurfs – alle diese Probleme bewältigt, ist fraglich.

Abgesehen von der miserablen sozialen und wirtschaftlichen Lage der irakischen Bevölkerung, hat der so genannte „Widerstand“ seine Terrorakte und Anschläge nach den Wahlen intensiviert. Der sich vor allem aus ehemaligen Ba'thisten und sunnitischen Islamisten rekrutierende „Widerstand“ hat in

den sunnitischen Regionen mit Boykottaufrufen und Terrorandrohungen die meisten Menschen dazu veranlasst, sich von den Wahlurnen fernzuhalten. „In der neuen irakischen Nationalversammlung werden die Sunniten, die einst den ba'athistischen Staatsapparat stützten, kaum vertreten sein. Offenbar wiederholt sich im Irak die zuvor in Algerien gemachte Erfahrung: je mehr sich Untergrundkämpfer isolieren, desto brutaler werden die Anschläge, und sie richten sich zunehmend gegen unbeteiligte Zivilisten.“ (Von der Osten-Sacken, *Jungle World* 7/05)

DIE FRAGE NACH DER LEGITIMITÄT

Auf die Frage, wie können alle BürgerInnen an der Ausübung der Macht mitwirken, hat der Soziologe Dahrendorf geantwortet: Die Demokratie ist die Stimme des Volkes, das Institutionen schafft, welche die Regierung kontrollieren und ihre gewaltfreie Ablösung ermöglichen. In diesem Sinn ist der „demos“, der Souverän, der den demokratischen Institutionen Legitimation verleiht.

Nicht die Demokratie, sondern die Wahlen sind die Stimme der Bevölkerung, wenn auch manchmal unvollkommen und nicht einwandfrei, weil der Demos nicht immer, auch nicht geschlossen in Erscheinung tritt. Das Volk drückt seinen Willen vor allem nur in Wahlen aus, deshalb sind nur die Gewählten in erster Linie für die Durchsetzung demokratischer Maßnahmen verantwortlich.

Was die Wahldemokratie betrifft, kommentiert der Demokratietheoretiker Sartori wie folgt: Wahlen setzen keine Programme in Kraft, sondern entscheiden, wer das tun wird. Wahlen entscheiden keine Sachprobleme, sondern sie entscheiden, wer sie entscheidet.

Wenn wir die Aussage von Sartori in Betracht ziehen, dann sind die Wahlen nichts anderes als eine Lizenz oder Genehmigung und das wird von der Einschätzung der liberalen Auffassung der Demokratie durch Jürgen Habermas bestätigt: „Wahlergebnisse sind eine Lizenz für die Übernahme der Regie-



Frauen warten in Said Zadik vor dem Wahllokal. (Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

Hussain Ali Bawa

- wurde 1949 in der Provinz Kirkuk im Irak geboren und studierte Politikwissenschaft im Bagdad. 1976 kam er nach Österreich und beteiligte sich 1999 bis 2004 an der Arbeitsgemeinschaft Föderalismus für Kurdistan in Koordination mit Uni.-Prof. Dr. Esterbauer (Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft – Innsbruck).

rungsmacht, während die Regierung vor Öffentlichkeit und Parlament den Gebrauch dieser Macht rechtfertigen muss.“ (Habermas, S. 289)

Für das irakische Volk sind die Erklärungen von Sartori zutreffend. Die verschiedenen Parteiprogramme sind von den Parteien gefertigt und festgelegt worden. Auch die Entscheidung über Sachprobleme ist Sache der Parteien und ihrer Abgeordneten in der irakischen Nationalversammlung und in der Regierung. Alles was im Regierungs- und Parlamentsbereich diskutiert und darüber entschieden wird, gehört den Parteien, weil sich die verschiedenen religiösen und ethnischen Parteien im heutigen Irak für die Avantgarde ihrer Gruppierungen halten.

Noch dazu hatten die WählerInnen nicht einmal die Möglichkeit zu wissen, wer die Programme dann in Kraft setzt und wer über Sachprobleme entscheidet, weil in den meisten Fällen (außer bei der Wahl von DirektkandidatInnen) handelte sich um geschlossene Parteilisten!

Die meisten sunnitischen Gruppierungen haben sich an den Wahlen nicht beteiligt, da sie diese für illegal und nicht legitim halten. Der einzige Faktor, der den stattgefundenen Wahlen ihre Legitimität verleiht, ist gemessen nach ihrer Stärke in der Nationalversammlung die *Kurdische Einheitsliste*. Daher wird jeder Versuch zur Ablehnung der kurdischen Forderungen den Mangel an Legitimität zur Folge haben.



In Biara im Wahllokal.
(Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

Die bloße Einführung bestimmter demokratischer Standards, wie die Ende Jänner abgehaltenen Wahlen, genügen nicht um den heutigen Irak in Richtung Demokratie zu führen, wenn die Gewählten nicht dazu fähig sind, das Land unter Kontrolle zu halten und noch dazu wenn ihre Legitimität angefochten wird.

In seinem Artikel „Legitimität und Wahlen“ hält der Soziologe Ralf Dahrendorf eine formale Mehrheit bei einer legalen Wahl für bedeutungslos, falls die Position der sunnitischen Moslems und der Kurden nicht ausdrücklich anerkannt wird. Die Wahlen allein garantieren keine Legitimität. Zwar sind Wahlen eine notwendige Bedingung für die Legitimität, sie genügen aber nicht, diese zu gewährleisten. Also ist Legitimität mehr als Legalität. Sie beruht auf dem, was die betreffenden Menschen für real halten. Eine Grundbedingung wäre das Ende des gewalttätigen Widerstands oder die Verhinderung einer drohenden Abspaltung. Denn ohne Legitimität kann es keine Stabilität in einem politischen System geben. In der Verfassung muss allen Bevölkerungsgruppen (wie TurkmenInnen, AssyrierInnen, ArmenierInnen, ..) ein Platz in den politischen Institutionen des Landes garantiert werden.

Solange die Rechte der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen in der Verfassung nicht garantiert sind und in der Tat nicht realisiert werden, kann nicht von einer Demokratisierung des Irak gesprochen werden. Die irakische Gesellschaft ist eine multi-ethnische und multi-kulturelle Gesellschaft und diese Tatsache muss anerkannt werden.

Zwar gibt es verschiedene Wege um Demokratisierung, Konfliktlösung und Friedenssicherung in geteilten Gesellschaften wie dem Irak zu erreichen – wie Föderalismus, Konkordanz, kommunale Repräsentation, kulturelle Autonomie. Das alles wäre für die diskriminierten Minderheiten im Irak wünschenswert, aber für die – ehemaligen oder aktuellen – arabischen Machthaber in Bagdad, egal ob säkular oder religiös, wird dies als Eindringen in ihrer Machtsphäre betrachtet.

Vor der Verabschiedung der irakischen Übergangsverfassung bis zum heutigen Tag sind irakische PolitikerInnen, Rechtsgelehrte und Rechtsexperten immer wieder damit

beschäftigt, Verfassungsentwürfe zu basteln! Artikel und Paragraphen von verschiedenen Verfassungen der westlichen Demokratien werden herangezogen und verglichen um Musterbeispiele zu finden. Niemand aber will zugeben, dass Demokratie sich nicht nur auf Verfassungsbestimmungen stützt, sondern dass sie mehr ist als das, nämlich eine Sache der Bewusstseinsentwicklung und der Evolution.

VORSCHLÄGE UND LÖSUNGSVERSUCHE! WAS NOCH?

In seinem Buch „Ethno-Nationalismus im Weltsystem“ hat Christian Scherrer 18 Prinzipien zwecks Konfliktlösung in multinationalen Staaten dargestellt. Es sollen hier nicht alle 18 Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden, sondern nur jene, die eine Koexistenz der verschiedenen Nationalitäten und religiösen Gruppen im heutigen Irak ermöglichen würden:

1) „gewaltlose Austragung von Konflikten; Verstärkung aller Mittel der friedlichen Streitbeilegung, ...“ (Scherrer, S. 131)

Konflikte ohne Gewalt zu lösen, setzt eine Kultur voraus, die bei den meisten IrakerInnen bis zum heutigen Tag nicht vorhanden ist. Die Gewaltanwendung im Irak ist ein Produkt der mesopotamischen (und orientalischen) Despotie. Der Irak wurde in seiner Geschichte seit Nabucco und der babylonischen Gefangenschaft mit dem Begriff „Autorität“ gleichgesetzt. Wo Autorität herrscht, ist die Gewaltanwendung nicht zu vermeiden. Das Wort „Autorität“ war und ist immer noch ein Synonym für das Land Irak. Die Autorität ist in uns Irakern verwurzelt: besonders die autoritäre Erziehung in der Familie, deshalb müssen wir zuerst als Neulinge anfangen: Nämlich mit der Demokratie jenseits des Staates, mit der Demokratie in der Familie!

2) „Förderung einer demokratischen Kultur mit breiter Partizipation, demokratische Verhaltenweisen auch der politischen Eliten und Beamten; Zivilisierung durch Einüben gegenseitigen Respekts und kultureller Toleranz, Entwicklung einer konstruktiven Konfliktkultur.“ (Scherrer, S. 131)

Was die Förderung einer demokratischen Kultur mit breiter Partizipation be-



Geduldig warten diese Bewohner Arbeds schon morgens um acht Uhr vor dem Wahllokal.
(Foto: R. Ynzenga/T. Osten-Sacken)

trifft, muss man fragen, wer das fördern soll, wenn den Eliten und den Beamten selbst demokratische Verhaltensweisen fehlen.

Bei dem Punkt „Zivilisierung durch Einüben gegenseitigen Respekts und kultureller Toleranz“ landen wir dann bei der „Politik der Anerkennung“.

Die Anerkennung des „Anderen“ und „durch Andere“ gilt als eine wichtige Bedingung der Herausbildung individueller und kultureller Identität und des Anspruchs auf eine „Politik der Differenz“. Die Möglichkeit eine eigene, sich von anderen unterscheidende, kulturelle Identität beizubehalten oder herauszubilden, ist an sich ein guter Schritt für die Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten. Im Irak muss aber ein gemeinsamer Nenner vorhanden sein, um das zu verwirklichen. Zwar spielte der Islam eine Zeit lang als gemeinsamer Nenner eine Rolle, das ist aber vorbei. Es handelt sich heute einerseits um Nationalitäten- und Interessenkonflikte und andererseits herrscht ein Kampf um die Macht zwischen säkularen und religiösen Gruppierungen.

IST EINE DELIBERATIVE DEMOKRATIE IM IRAK MÖGLICH?

Es kann vielleicht eigenartig klingen, wenn wir hier das Wort „deliberativ“ erwähnen. Deliberation (lat. Deliberatio

für Erwägung, Überlegung, Beratung) ist kein fremdes Wort für die islamischen Völker. „Al-Schura“ oder Beratung war und ist heute noch (besonders im Stammesstruktur) eine Institution für Konfliktlösung und Problembewältigung.

Auf Initiative der Kurden gibt es seit der Ein-

richtung der Schutzzone einen „Arabisch-kurdischen Dialog“ (al-hiwar al-arabi al-kurdi) und neuerlich ein *Zentrum für turkmenische Kultur*, wo Versammlungen zur Annäherung und zum Austausch von Informationen und Meinungen zwischen Kurden und anderen politischen Gruppierungen und Bevölkerungsteilen veranstaltet werden.

Auch in den öffentlichen Medien herrscht heute eine intensive Kommunikation über aktuelle politische Fragen und die Zukunft des Irak.

Dadurch besteht die Möglichkeit für die Partizipation von BürgerInnen in der Zukunft.

„Die Demokratie benötigt Deliberation, d.h. eine Kultur des Argumentierens, und sie braucht eine Gesellschaft von Staatsbürgern, die wenigstens dem Prinzip nach (und von Zeit zur Zeit) für die besten Argumente offen sind.“ (Walzer, S. 62) und in einer pluralistischen Gesellschaft kann die Legitimität nur durch Austausch von Argumenten und Konsens erreicht werden.

Ob wir wollen oder nicht, der heutige Irak ist in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite die Säkularen und jene, die die Entstehung einer Zivilgesellschaft befürworten. Auf der anderen Seite die religiösen Gruppen und Stammesge-



iz3w

283

Aufbrüche – Gesellschaftskritik in arabischen Medien

Revolutionen des Wissens
Ideologie und Bildung in
der arabischen Welt

Alles amerikanische Agenten?
Verschwörungstheorien in
der Kritik

Qaradawi gefährlicher
als Bin Laden?
Islam und Islamismus in
der Reformdebatte

Weitere Themen u.a.:

► Tsunami: Tourismus als Katastrophenhilfe ► Zweiter Weltkrieg:
Schauplatz Pazifik ► Videokunst:
Migration im Grenzraum ►
EU: Instrumentalisierte Identität

Einzelpreis € 4,-

informationszentrum 3. welt

iz3w ► Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0049)+761-740 03 · Fax -70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

sellschaft. Der Ausgang dieser Krise kann nur durch eine deliberative Politik folgen. Nur durch Argumentation der beteiligten BürgerInnen kann man die konfessionellen Kräfte und die „Stammeshäuptlinge“ von der politischen Bühne vertreiben. Ansonsten ist ein Bürgerkrieg nicht zu vermeiden.

Literatur:

Ralf Dahrendorf: *Die Krisen der Demokratie*. München 2002, S. 9

Ralf Dahrendorf: *Legitimität und Wahlen*; (<http://www.projectsyndicate.org/home/home.php4>)

Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung der Anderen*.

Frankfurt am Main 1999, S. 289

Walter Reese-Schäfer: *Jürgen Habermas*. Frankfurt/Main 2001

Giovanni Sartori: *Demokratietheorie*. Darmstadt 1997, S. 119

Christian P. Scherrer: *Ethno-Nationalismus im Weltsystem*.

Band 1: *Prävention, Konfliktbearbeitung, und die Rolle der internationalen Gemeinschaft*. Münster 1996, S. 126–132

Thomas Von der Osten – Sacken: *Wenn Wahlen etwas ändern*. *Jungle World* Nr. 7 vom 16. Februar 2005

Hans Vorländer: *Demokratie – Geschichte – Formen – Theorien*. München 2003

Michael Walzer: *Vernunft, Politik und Leidenschaft – Defizite liberaler Theorie*. Frankfurt am Main 1999, S. 62

EIN RICHTIGER WEG, ABER...

von Kasim Talaa

Die irakische Linke betrachtet die Wahlen zum Übergangsnationalrat mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Die Freude über die hohe Beteiligung wird nur vom Wahlergebnis getrübt.

Kasim Talaa ist Schriftsteller und Marxist. 1947 in Bagdad geboren, lebt er seit 1972 im Exil in Wien.

Dass im Irak nach 35 Jahren ba'athistischer Diktatur überhaupt erstmals freie Wahlen durchgeführt werden konnten, löste nicht nur bei irakischen KommunistInnen große Freude aus. Dabei fällt es nicht so sehr ins Gewicht, dass eine Wahl in einem Land, in dem nicht einmal ein genaues Bevölkerungsregister existiert und in dem Teile des Landes vom Terror heimgesucht werden, nicht problemlos ablaufen und damit automatisch nicht völlig fair sein kann. Die Tatsache, dass sie überhaupt möglich war, ist wichtiger als ihr konkretes Ergebnis.

Dieses Ergebnis war jedoch wenig überraschend. Als irakische Linke, hatten wir gehofft, dass die schiitisch-islamistisch dominierte *Vereinigte Irakische Allianz* (UIA) keine absolute Mehrheit erreichen kann. Was die Stimmen betrifft wurde diese Hoffnung auch nicht enttäuscht, allerdings bekam die UIA durch die vielen Stimmen für Kleinstparteien, die den Einzug in den Übergangsnationalrat verfehlten, schließlich mit 140 Sitzen doch eine absolute Mandatsmehrheit.

Bereits im Vorfeld der Wahlen zeigten die islamistischen Kräfte dauerhafte Präsenz in der Öffentlichkeit. Wo früher Bilder des Diktators Saddam Hussein hingen, waren nun Bilder führender Geistlicher zu sehen. Aber nicht nur damit übten sie sanften Druck auf die Bevölkerung aus. Insbesondere der niedere Klerus erklärte den ungebildeten Bevölkerungsschichten u.a. mit Rechtsgutachten (fatwa), dass sie in der Hölle schmoren würden, wenn sie ihre Stimme nicht für die UIA abgeben würden. In einer anderen fatwa hieß es, dass Männer, die für die für andere Parteien stimmen würden, vom Glauben abgefallen und damit automatisch von ihrer Frau geschieden wären. Auch wenn damit keine offene Gewalt oder Repression gegen Andersdenkende ausgeübt wurde, so sahen sich viele, die den Staat Jahrzehnte lang nur als angsteinflößenden Repressionsapparat kennengelernt hatten, an die Angst von

früher erinnert. Freies und widerständiges Denken ist in einer dermaßen nachhaltig traumatisierten Gesellschaft nur schwer möglich.

Für viele einfache WählerInnen der UIA war die Stimme für die „schiitische Liste“ keine Wahl für den schiitischen Islamismus. Vielmehr verbanden sie vor ihrem geistigen Auge den Säkularismus mit dem gestürzten Ba'th-Regime, während die schiitischen Geistlichen für sie die Opposition gegen den Ba'thismus repräsentierten. Insbesondere die verarmten und ungebildeten Klassen folgten damit der Argumentation der Geistlichen und stimmten mit der Wahl der UIA vor allem gegen den Ba'thismus.

Der Wahlsieg der „schiitischen Liste“ wurde zudem durch das Verbreiten von Umfragen, die den sicheren Sieg der UIA ankündigten, erleichtert. Die irakischen Medien verbreiteten noch am Wahltag selbst solche Umfragen. Viele WählerInnen, die noch nicht an demokratische Wahlen gewohnt sind, hielten damit den Wahlsieg der *Vereinigten Irakischen Allianz* für bereits vorgegeben und blieben überhaupt den Wahlurnen fern.

Der Mehrheit der WählerInnen wurde in der Öffentlichkeit suggeriert, dass es bei diesen Wahlen nicht um Ideologien oder Interessen ginge, sondern um ethnische oder religiöse Identitäten. Diese Ethnisierung der Wahlen wurde nicht nur von irakischen, sondern auch von arabischen und europäischen Medien mitbetrieben. Schließlich dachte die Mehrheit der WählerInnen es ginge darum, sich zu einer ethnischen oder religiösen Identität zu bekennen, also als KurdInnen die Kurdische Liste und als SchiitInnen, die schiitische Liste zu wählen. Mit dieser Unterordnung unter eine ethnische oder religiöse Identität beraubten sich die WählerInnen jedoch ihrem freien Willen und der Fähigkeit selbst die Geschichte zu gestalten. Vielmehr ordneten sich damit einem imaginären Schicksal unter, das je nach dem, von Gott oder dem historischen Auftrag der jeweiligen Ethnie bestimmt wird.

Der irakischen Linken schadete zudem ihre Zersplitterung. Neben der kommunistisch dominierten Volksunion, die letztlich zwei Mandate erreichte, kandidierte eine Reihe anderer säkularer und linker Gruppierungen. Nicht nur der Versuch einer

Allianz mit kurdischen Parteien, sondern auch Allianzen mit kleineren säkularen Parteien, wie der *Nationaldemokratischen Partei* oder der *Patriotischen Arabischen Bewegung*, scheiterten. Parteiegoistische Interessen dominierten über das Bemühen die Zukunft des Irak wirklich mitzubestimmen. Damit wurde vorerst eine historische Chance versäumt eine andere ökonomische, politische und gesellschaftliche Entwicklung im Irak einzuleiten.

Trotz der Zersplitterung sitzen nun fünf kommunistische Abgeordnete im neuen Übergangsnationalrat, zwei Abgeordnete der *Irakischen Kommunistischen Partei*, die über die Liste der Volksunion gewählt wurden, und drei Abgeordnete der *Kommunistischen Partei Kurdistans*, die über die Kurdische Liste gewählt wurden. Neben den KommunistInnen wurden weitere linke Abgeordnete über andere Listen gewählt. Trotzdem führte die Zersplitterung der Linken auch zu ihrer Niederlage.

Verstärkt wurde diese noch durch den Mangel an Wahllokalen für die insgesamt vier Millionen ExilirakerInnen. Obwohl allein in Wien über 5.000 ExilirakerInnen leben, gab es etwa in Österreich kein Wahllokal. Ebenso wenig in der Schweiz, Tschechien oder Italien. Wer wählen wollte, musste zwei mal nach München fahren, einmal zur Registrierung und eine Woche später zur Wahl. Gerade unter den ExilirakerInnen gibt es sehr viele linke Intellektuelle, die damit – teilweise aus finanziellen Gründen – von der Wahl ausgeschlossen wurden.

Aus dem Wahlsieg der UIA könnte sich ein islamisches politisches Projekt für den Irak entwickeln, das durchaus dem iranischen System ähneln könnte. Trotz des formalen Bekenntnisses zur Demokratie, haben die wichtigsten Kräfte der UIA, SCIRI und Da'wa, noch nicht ihrer Ideologie Abgeschworen, die die Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf Erden anstrebt. In den irakischen Medien wurde vor den Wahlen verbreitet, dass Ayatullah Sistani auf dem Islam als Hauptquelle der Gesetzgebung bestehen wolle, sollte die „schiitische Liste“ gewinnen. Sistani selbst dementierte dieses Gerücht bislang nicht.

Letztlich wird es jedoch auch an den säkularen Kräften des Irak liegen, ob dies verhindert werden kann.

HISTORISCHE SCHRITTE AUF DEM WEG DER BEFREIUNG

Positive Entwicklungen existieren im befreiten Irak ebenso wie der tägliche Terror

Ein Kommentar von Fuad Jaber

In der Zeit des Umbruchs im Irak sind auch positive Perspektiven auszumachen und Verbesserungen zu erkennen. Neben der alltäglichen Terrorgewalt und den Todesopfern sollte dieser Entwicklung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was das Ende des tyrannischen Saddam-Regimes den IrakerInnen bedeutete, ließ sich schon am ersten Tag erkennen, als an vielen Plätzen die Denkmäler niedergedrückt wurden, die Symbol für eine blutige Diktatur waren. Der Sturz der verbrecherischen Gefolgsleute Saddams, seines mörderischen Machtapparates und der Geheimdienste stellt einen ersten historischen Schritt auf dem richtigen Weg dar.

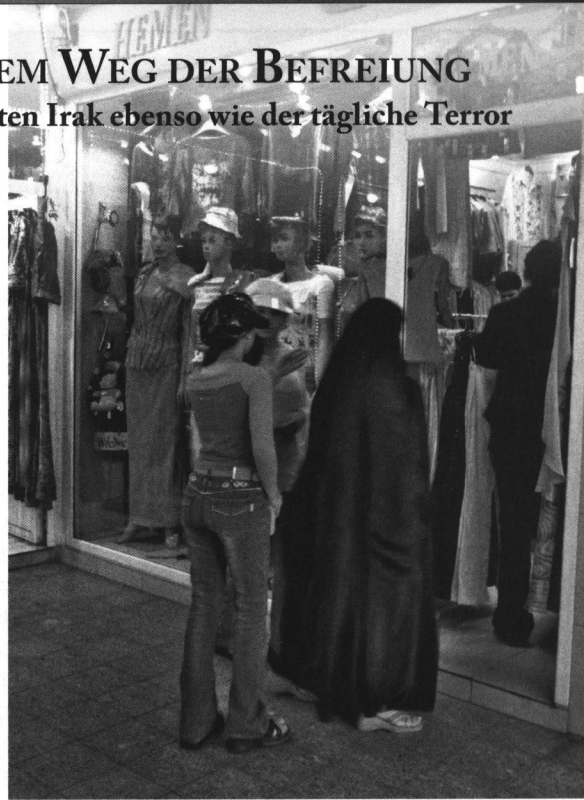
In verschiedenen friedlichen Formen wurde diese Freude in spontanen und organisierten Demonstrationen ausgedrückt und mit Festen ausgedrückt.

Seit dem hat der Irak viel erlebt. Eine historische Zeit, denn zum ersten Mal war man im Irak absolut

frei und konnte ohne Angst vor einer Diktatur leben.

VERBESSERUNGEN

Im Gegensatz zur Zeit unter dem ba'athistischen Regime haben nun die Massenmedien absolute Freiheit. Die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften ist mittler-



Shopping in Arbil. (Foto: Schmidinger)

weile auf 150 gestiegen. Es gibt mehrere unabhängige Fernsehstationen. In dieser Medienlandschaft ist nun die freie Meinungsäußerung unter irakischen BürgerInnen möglich.

Zum ersten Mal wurden eine provisorische Regierung und ein Parlament gegründet, in denen alle Nationalitäten und ethnischen Minderheiten des Irak vertreten sind und Mitsprache haben. Im Kampf gegen den Terror haben diese Institutionen auch Erfolge erreicht, denn der Aufbau einer demokratischen Atmosphäre ist eine wichtige Errungenschaft, ebenso wie die Wiedereingliederung des Irak in die arabische und internationale Gemeinschaft.

WAHLEN

Das Wahlergebnis ist in meinen Augen ein absoluter Erfolg. Es ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Demokratie, ein Weg auf dem die Rechte und Ansprüche aller ethnischen und religiösen Gruppen Platz haben und eingelöst werden. Es ist ein Triumph für die IrakerInnen und eine Niederlage für die Terroristen und alle reaktionären Nachbarstaaten des Irak.



Auch der Radsport ist wieder im Irak angekommen. (Foto: Schmidinger)

Fuad Jaber

- Vertreter der Kommunistischen Partei Kurdistan/Irak, lebt seit 1979 in Wien.

STELLUNGNAHME VON CONTEXT XXI

zum tätlichen Übergriff auf eine proisraelische Veranstaltung

Bereits bei einer Veranstaltung zum Gedenken an das Novemberpogrom 2003 war es zu Übergriffen seitens der Gruppe Sedunia gekommen. Schon damals störten sich deren anti-imperialistische GesinnungsgenossInnen weniger an der Idee, eine Veranstaltung gewaltsam zu stören, die auch von Holocaustüberlebenden besucht bzw. mitorganisiert wird. Schließlich würden diese Opfer des NS von Antideutschen vereinnahmt. Vielmehr war den Distanzierungsschreibern von Ast, AIK oder Linkswende die aufrichtige Sorge um das Ansehen der Antiimperialistischen Sache zu entnehmen.

Das politische Soziotop, dem diese Gruppen zugehören, begrüßt emphatisch jede antiisraelische Vernichtungsphantasie, so auch den Traum von der „islamischen Bombe“. So war es wenig verwunderlich als am 9. März eine Veranstaltung von Café Critique im KPÖ-Kulturzentrum Siebenstern gewaltsam verhindert wurde.

Nachdem bereits zuvor massive Drohungen auf „Indymedia“ gegen die VeranstalterInnen ausgesprochen wurden, verschafften sich an jenem Abend rund eine Stunde vor Veran-

staltungsbeginn über 30 linke VerteidigerInnen der iranischen Nuklearpläne mit Brachialmethoden Zutritt zum Veranstaltungsraum.

Dabei wurde nicht nur auf VeranstalterInnen eingepöbelt, sondern auch gezielt auf eine Redakteurin von **Context XXI** losgegangen, die die Veranstaltung anhören und für eine **Context XXI**-Radiosendung aufnehmen wollte. Beim Versuch die Geschehnisse zu dokumentieren, wurde sie von einem Stuhl heruntergerissen und fiel auf den Rücken. Sie wurde so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden musste. Eine Anzeige wegen Körperverletzung wurde eingebracht.

Als Hausherrin des Siebensterns bat die KPÖ die Polizei nicht, den Saal zuräumen. Die AngreiferInnen wurden nur aufgefordert den Saal zu verlassen, andernfalls würden Anzeigen wegen Störung einer Versammlung drohen. Da nur wenige den Raum verließen, nahm die Polizei von dem Rest die Personalien auf. Die Veranstaltung konnte jedoch nicht mehr stattfinden, da die KPÖ nicht mehr bereit dazu war, womit sie dem

erstickten Angriff noch nachträglich zum Erfolg verhalf.

Durch ihr zögerliches Verhalten ermöglichte es die KPÖ weiters, dass sich die eben expedierte Gruppe erneut vor dem Lokal versammeln und mit unmissverständlichen Gesten und Parolen die noch im Lokal befindlichen VeranstalterInnen und ZuhörerInnen durch das Fenster bedrohen konnte.

Unter den StörerInnen fanden sich u.a. Mitglieder der Kommunistischen Initiative, des ArbeiterInnen Standpunkt (Ast), der Antiimperialistischen Koordination (AIK), Antifaschistische Linke (AL), Linkswende sowie mit Martin Krenn (Unitat) und Gerfried Tschinkel (Unique) zwei ÖH-Funktionäre. **Context XXI** verurteilt diesen Übergriff aufs schärfste und fordert die ÖH dazu auf, ihre Zusammenarbeit mit Krenn und Tschinkel zu überdenken.

Die Redaktion

Context XXI

im Buchhandel

Buchhandlung Chaj
Praterstraße 40
1020 Wien

Buchhandlung Winter
Landesgerichtsstraße 10
1010 Wien

Südwind Buchhandlung
Schwarzspanierstr. 15
1090 Wien

Wagnersche Universitätsbuchhandlung
Museumstraße 4
6020 Innsbruck

Infoladen Wels
Spitalhof 3
4600 Wels

Buchhandlung Bayer
Kreuzgasse 6
6800 Feldkirch

Buchhandlung Pröll
Entenbachgasse 11
6800 Feldkirch

Buchhandlung Pulverturm
Bahnhofsstraße 14
6700 Bludenz

Buchhandlung Brunner
Bahnhofsstraße 3
6840 Götzis

Buchhandlung Brunner
Bahnhofsstraße 10
6830 Rankweil

Buchhandlung oh* 21
Oranienstraße 21
10999 Berlin

Buchhandlung Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Buchhandlung Schwarze Risse
Kastanienallee 85
10435 Berlin

Nautilus Buchhandlung
Friedensallee 7-9
22765 Hamburg

VON PAULUS ZU LUTHER

Der Protestantismus und die Erneuerung des Glaubens

Zweiter Teil einer psychoanalytisch orientierten Kritik des religiösen Antisemitismus

von Andreas Peham

Nachdem im ersten Teil zunächst das Christentum oder die christliche Ideologie, die ihrem Wesen nach narzisstisch (antisemitisch) ist, und dann insbesondere der Katholizismus im Zentrum der Kritik gestanden ist, soll nun dem Protestantismus Lutherischer Prägung Augenmerk geschenkt werden. Vorher möchte ich aber ausgehend von Luthers geistigem Lehrer, dem Hl. Augustinus, noch einmal kurz auf das Problem der Körperlichkeit und die Sexualphobie zu sprechen kommen. Gerade hier lassen sich nämlich auch zahlreiche Parallelen zum Islamismus, der im abschließenden dritten Teil behandelt werden soll, erkennen.

Andreas Peham lebt in Wien und betreibt dort ziemlich wilde Psychoanalysen des Alltags.

ERWECKUNGEN

Die Regression auf den reinen Narzissmus¹ bedeutet notwendig, „sich von jeder fleischlichen Bindung loszusagen, einschließend des eigenen körperlichen Ichs. Man muss es hassen und zurückweisen.“² Wie viele Märtyrer des Jihad war auch Augustinus (354–430) leiblichen Genüssen zunächst ganz und gar nicht abgeneigt. Als er zu Beginn seines dritten Lebensjahrzehnts als Christ erweckt wurde, begann ihm die Sexualität zur Krankheit zu werden. Wiederholt beklagte Augustinus seine jugendlichen Ausschweifungen. Jedoch blieb es nicht bei den Selbstanklagen, vielmehr verschob er den Hass auf sein körperliches Ich und seine Vergangenheit auf die Ungläubigen: „Der Gerechte wird sich freuen, dass er Rache schaut; er wird seine Füße baden im Blute der Gottlosen.“³ Auch seine antisemitischen Verbalinjurien sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. Da der anti-narzisstische Judaismus es vermochte, den Triebfaktor zu integrieren, bietet sich dem Narzissten hier „eine Ad hoc-Unterstützung“ für seine antisemitischen Projektionen, „und eben deshalb wird er auch angegriffen, weil der Jude all dessen beschuldigt wird, was der andere sich im Namen der Reinheit verbietet.“⁴ Entsprechend der affektiven Nähe zur nicht integrierten Analität bezeichnete Augustinus die Juden und Jüdinnen nicht nur

(in Tradition der Evangelien) als „Kinder des Teufels“, sondern auch als „aufgepöbelten Schmutz“. Daneben ist er einer der ersten Hetzer, der das „fremdartige Aussehen der Juden heranzieht: ‚triefäugige Schar‘.“⁵

Die christliche Leib- und Triebfeindlichkeit kam jedoch erst im 13. Jahrhundert (und in auffallender Parallelität zur Verdammung des „jüdischen Wuchers“) so richtig zur Geltung, als sich eine regelrechte Geißlerbewegung mit kirchlicher Legitimation breit machte. In einer der Regeln für Franziskaner hieß es: „Der Geist des Herren jedoch will, dass das Fleisch abgetötet und verachtet, geringgeschätzt, zurückgesetzt und schimpflich behandelt werde.“⁶ Man quälte sich aber nicht nur selbst, sondern tötete vor allem (entsprechend der antisemitischen und frauenfeindlichen Verschiebung des Hasses) die Körper von Juden/Jüdinnen und „Hexen“ ab.

In der asketischen Abgeschiedenheit hörte man auch auf sich zu waschen und zu essen. „Der Asket strebt danach, den Geist vom Körper zu befreien, mithin das Tun völlig zugunsten des Denkens auszu-schließen. Psychoanalytisch gesprochen: Zurückweisung einer nicht in das Selbst integrierten Analität zugunsten des Narzissmus der Reinheit.“⁷

ANTI-ÖDIPALER HASS

Mit 22 Jahren hatte auch Martin Luther (1483–1546), dieser „Erfinder der Innerlichkeit“ (Adorno), sein Erweckungserlebnis: Er entsagte den sexuellen Genüssen und sperrte sich in ein Augustiner-Kloster. Die Mitgliedschaft in einer Gruppe von Identischen kann auch als eine der Abwehrformen gegen die Ausbildung des ödipalen Über-Ichs begriffen werden. Es handelt sich hierbei um eine „narzisstische, auf Spiegel projizierte Regression (...)“. Diese Spiegel sind die Mitglieder einer ‚auserwählten Bruderschaft‘, die sich unter diesem Zwecke unter dem Schutz einer primitiven, narzisstischen magischen Mutterfigur bildet: eines Meisterdenkers, eines Idols, einer charismatischen Persönlichkeit, eines Messias, einer Religion, einer Ideologie“.⁸ Auf diesen Aspekt wird bei der Behand-

lung der „Moslembrüder“ im letzten Teil noch ausführlicher zu kommen sein.

Bevor Luther, fixiert auf die Vorstellung von der Sündhaftigkeit und Wertlosigkeit diesseitigen Lebens, die Juden und Jüdinnen als Projektionsfläche für seine nicht-integrierte Analität entdeckte, verschob er den dazugehörigen Hass im Geist der Reinigung auf den Vatikan. An dieser Rebellion gegen die Kirche als Verwalterin des christlichen Schuldgefühles, welche anbietet, die Menschen bei Gott von ihren Sünden loszukaufen, und sich so „in eine anale und ödipale Situation ein(schreibt)“⁹, stieß sich etwa Heinrich Heine in seinem Essay „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“. Gegenüber Luthers rigorosem Dualismus von Geist und Materie habe der Katholizismus einiges voraus gehabt: Der Reformator hätte nicht begriffen, „dass der Katholizismus ein Konkordat war zwischen Gott und Teufel, d.h. zwischen dem Geist und der Materie, wodurch die Alleinherrschaft des Geistes in der Theorie angesprochen wird, aber die Materie in den Stand gesetzt wird, alle ihre annullierten Rechte in der Praxis auszuüben. Daher ein kluges System von Zugeständnissen, welches die Kirche zum Besten der Sinnlichkeit gemacht hat.“¹⁰ Für Heine bestand die Rückschrittlichkeit der Reformation daher im Kampf gegen den Ablasshandel. Am Beispiel des Dank der „Sünde“ ermöglichten Baus des Petersdoms in Rom, diesem „Monument sinnlicher Lust“, schreibt er: „Dieser Triumph des Spiritualismus, dass der Sensualismus selber ihm seinen schönsten Tempel bauen musste, dass man eben für die Menge Zugeständnisse, die man dem Fleische machte, die Mittel erwarb, den Geist zu verherrlichen, dieses begriff man nicht im deutschen Norden.“¹¹

Heine rechnet es Luther jedoch hoch an, dass er sich von den verfälschten griechischen und lateinischen Versionen der Bibel ab- und statt dessen dem hebräischen Original zugewandt hat. Das ging „jedoch nicht ohne die skandalöse Kontaktaufnahme mit den Mördern Gottes“¹². Auch begrüßte er an Luther und dem Protestantismus dessen „den Geist befreiende Tendenz“¹³, die implizite Rückkehr zu den Ursprüngen im jüdischen Monotheismus, wie sie sich etwa in der Erneuerung des Bilderverbotes oder dem Sturz Marias vom göttlichen Thron äußerte.

Tatsächlich legte Luther „wenigstens theologisch den schlimmsten antijüdischen Sumpf trocken.“¹⁴ Die real existierende Reformation und die Deutsche Ideologie von Luther, diesem Nationalisierer des Christentums, bis Hegel vor Augen, fiel Heines Urteil jedoch zwiespältig aus. Er erkannte, dass sich der „alte Dualismus von Geist und Natur (...) in Luther nicht aufhebt, sondern verschärft. (...) Luther stellt nicht nur die Weichen zum naturentwertenden Geist des Deutschen Idealismus, sondern tradiert als dessen Unbewusstes jenen ‚düsteren Wahn der Mönche‘, der sich im Sensualismus seiner ‚Tischreden‘ in Richtung Juden“¹⁵ austobt.

NARZISSTISCHE KRÄNKUNG

Mit Schriften wie „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei“ (1523) wollte Luther die Juden und Jüdinnen missionieren. Wie jede narzisstische Kränkung wurde auch die Zurückweisung des reformatorischen Angebotes an die Juden und Jüdinnen von Luther mittels Antisemitismus geheilt. „Jede narzisstische Kränkung von einer gewissen Stärke löst eine solche Aggressivität aus, dass das Subjekt zur Regression gezwungen wird. Diese Regression mobilisiert ihrer Tiefe entsprechend die dem Ich vorhergehenden Kerne, das heißt eine zentrale Handlungsinstanz pränatalen, phylogenetischen Ursprungs, die im wesentlichen durch Aggression und primitiven Narzissmus strukturiert ist. Genau aus dieser Formation können erschreckende archaische Imagines hervorgehen, die aus all dem bestehen, was der reine Narzissmus des Subjekts nicht akzeptiert: das Schmutzige, Unreine, Bestialische, Ansteckende, Lüsterne, Dämonische... Der narzisstische Antisemit projiziert diese Imagines auf den Juden: Eben deshalb muss er vernichtet (verbrannt) werden.“¹⁶ Ähnliches lässt sich übrigens auch von Mohammed berichten, wobei sich seine Aggression aber eher in rassistischen Sätzen rationalisierte. Tatsächlich kennt der Koran keine jüdische Über- oder Allmacht, die ja ihren Ausgang im Gottesmordvorwurf hat, vielmehr verweist die Rede von Juden und Jüdinnen als „Schweine“ oder „Aff“ mehr auf den Rassismus als auf den Antisemitismus.

Der antijüdische Hass Luthers ist jedoch nicht nur durch die Zurückweisung motiviert, sondern auch bereits durch die Nähe zu den „Mördern Gottes“ (Heine), wie sie sich aus seiner Wiederentdeckung der Heiligen Schrift im hebräischen

Original ergab. Vom Klerus bereits als verkappter „Jude“ beschimpft, musste er die christliche Enterbungstheologie, den Bruch mit dem alten Bund, aufgreifen und weiter radikalieren. Die „Nähe zur jüdischen Tradition“ vergrößerte die Versuchung des Protestantismus, seine „eigene Identität durch Negation der jüdischen zu sichern.“¹⁷ Der Protestantismus erneuerte den Anspruch, der legitime Erbe des alten Israels zu sein und im Gegensatz zum Judentum die Schrift richtig zu interpretieren.

PAULINISMUS

Vor allem aber zog Luther im Gefolge von Paulus den Trennstrich zwischen dem Glauben und dem Gesetz/den guten Taten nach: Weil die Juden und Jüdinnen am Glauben festhielten, eine Erlösung sei nur das Ergebnis der Einhaltung des Gesetzes, machte sie Luther zu den „Feinden Christi“. Ihre „Gottlosigkeit“ bestehe darin, „dass sie durch ihr eigenes Tun, durch ihre Gerechtigkeit errettet werden wollen.“¹⁸ Schon 1522 sprach Luther in seiner Vorlesung zu den „Römerbriefen“ ein „Wort wider die Anmaßung der Juden und zum Lobpreis der Gnade und zur Zerstörung jeglichen hoffärtigen Vertrauens auf die Gerechtigkeit und guten Werke“¹⁹. In den „Schmalkaldischen Artikel“ (1537) kamen „die entscheidenden – unüberbrückbaren – Unterschiede zwischen seiner Theologie und dem Judentum zum Ausdruck (...): Die Menschen sind allzumal Sünder und werden ohne Verdienst gerecht aus Gottes Gnade und durch die Erlösung Christi in seinem Blut. Gesetz, Werk, Verdienst haben für die Erlösung keine Bedeutung, allein der Glaube macht gerecht.“²⁰ Luther vertrat also „einen extremen Paulinismus“²¹, der das Heil nur im Glauben ohne allem menschlichen Tun sehen wollte und konnte. Das „jüdische Beharren auf menschlicher Verantwortung vor Gott und die Forderung nach rechtem Tun“ erschien ihm, der „alles außerhalb des *sola fide* als teuflische Sucht des Menschen zum Selbstruhm vor Gott verstand“²², als Gotteslästerung.

In seiner berüchtigten Hetzschrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) aktualisiert und kodifiziert Luther die gesamte mittelalterliche Judenfeindschaft: Er fordert, die Synagogen anzuzünden, die Häuser der Juden und Jüdinnen zu zerstören, sie dann in Ställen als „Gefangene im Exil“ zu konzentrieren, ihnen ihre Gebetsbücher, den Talmud und die Bibel wegzunehmen, den Rabbinern bei

Todesstrafe zu verbieten Unterricht zu erteilen und rituelle Handlungen zu setzen, sie zur Zwangsarbeit zu zwingen, obwohl es eigentlich besser sei, sie zu verjagen, ihnen den Wucher zu untersagen, ihnen ihren gesamten Besitz zu nehmen, da dieser durch Wucher geraubt und gestohlen sei.

Stand schon Luthers Anrennen gegen den Ablasshandel im Zeichen der Reinheit und der nicht-integrierten Analität, so wird dieses Motiv im Ressentiment gegen den („jüdischen“) Wucher noch mal deutlicher. Insbesondere in seinen „Tischreden“ ist „die Verknüpfung des Judentums mit analen und koprophagen Phantasien ein durchgehender Topos“²³. Der Wucher als der hässlichste Repräsentant der Analität wurde auch judaisiert, weil die Juden und Jüdinnen es vermocht hatten, diese Triebkomponenten zu integrieren. Dazu kam der magische Charakter einer undurchschauten Geldwirtschaft, in welcher der Zins quasi durch Zauberhand geschaffen wurde. Es waren stets die Juden und Jüdinnen, welche mit den ihnen zugeschriebenen Taten oder Absichten halfen, das Unerklärliche leicht erklärbar zu machen. Auch die zweite (gesellschaftliche) Natur fordert Opfer, und die AntisemitInnen waren bereit, diese in Pogromen und dann in Auschwitz darzubringen. Über den Stellenwert des bis heute (in spontan-antikapitalistischen Diskursen) beliebten Bildes von der Vertreibung der Händler und Wechsler aus dem Tempel, dieser Ikone eines wild um sich schlagenden Narzissmus, gibt auch eine Hitler-Rede (12. 4. 1922) Auskunft: „In grenzenloser Liebe lese ich als Christ und Mensch die Stelle durch, die uns verkündet, wie der Herr sich endlich aufraffte und zur Peitsche griff, um die Wucherer, das Nattern- und Ottergezücht hinauszutreiben aus dem Tempel! Seinen ungeheuren Kampf für unsere Welt, gegen das jüdische Gift, den erkenne ich heute nach zweitausend Jahren, in tiefster Ergriffenheit am gewaltigsten an der Tatsache, dass er dafür am Kreuz verbluten musste.“²⁴

Schon 1572 schritt man im Geiste Luthers zur Tat: Seine Anhänger brannten die Berliner Synagoge nieder und verjagten die Juden und Jüdinnen. Dass sich die zweite und dritte Reformation (Calvin, Osiander, Zwingli, Capito usw.) von Luthers Pogromaufrufen absetzte, verweist auf die Tatsache, dass es in letzter Instanz die konkreten historischen (politischen und ökonomischen) Bedingungen sind,

die über den Grad der Verbreitung des Antisemitismus und seiner Radikalität entscheiden. Der Protestantismus in Ländern oder Städten, in welchen die kapitalistische Entwicklung fortgeschrittener war, kannte den Hass auf das Geld und den Wucher nicht in diesem Ausmaß. Vor dem Hintergrund der eigenen blutigen Verfolgung kann hier auch von „einer gewisse(n) existentielle(n) Solidarität mit dem Schicksal der Juden“²⁵ gesprochen werden. Es ist der Status der jeweiligen Kirche im Verhältnis zum Staat, der über den Grad der Ausbreitung und Heftigkeit des Antisemitismus entscheidet. Bei Luther als dem Begründer eines deutschen (Landes- und dann Staats-)Christentums kamen religiöse und politische (nationale) Motive des Antisemitismus zur Deckung. In der Folge verstärkten sie sich wechselseitig am deutschen Sonderweg zum Volksstaat.

PATHOLOGIEN

Abschließend seien noch kurz die Versuche von Christian Knoop und Thomas von der Osten-Sacken, eine „Psychopathologie des Islamisten“²⁶ zu entwerfen, besprochen. Die Autoren stellen richtigerweise das Geschlechterverhältnis ins Zentrum ihrer Analyse. Tatsächlich ist der Islamismus auch als wildgewordene (extrem narzisstische) Männlichkeit zu begreifen. Aber anstatt von der aktualisierten Kastrationsangst in zerfallenden Gesellschaften oder krisenhaften (Modernisierungs-)Prozessen und dem Fetischismus als Abwehrversuch zu reden, wird einer der Fetische selbst (die „Ehre“) für das Ganze genommen. Ausgehend vom nicht weiter hinterfragten Kon-

zept der (Männer-)„Ehre“ versuchen die Autoren dann den Beweis zu führen, dass die männlichen Mitglieder der Umma über kein entwickeltes Über-Ich verfügen, sondern abhängig bleiben von äußeren Instanzen. Dieses, am autoritären Charakter des bürgerlich vergesellschafteten Individuums erprobte (und eigentlich auch schon hier veraltete) Analyseraster läuft stets Gefahr die verinnerlichten Autoritäten zu affirmieren. Auch Knoop und Osten Sacken argumentieren vor dem unausgesprochenen Hintergrund der bürgerlichen Gesellschaft, die so jede Pathologie verliert. So wird Freud als Kronzeuge des Zivilisationsprozesses angeführt, ohne seine Warnungen vor dessen Folgen und Begleiterscheinungen zu erwähnen. Das Unbehagen überkommt die Autoren erst beim Betrachten der fremden Kultur.

Anstatt also schon das Konzept der „Ehrhaftigkeit“ zu kritisieren, stoßen sich die Autoren dann an der Tatsache, dass diese nicht „Teil eines ins Über-Ich übernommenen Wertekanons“ sei, sondern als Inhalt und Ziel religiöser Vorschriften äußerlich bleibe. Aber warum soll derartiger Zwang verinnerlicht werden? Ist die Befreiung von ihm nicht leichter, wenn er äußerlich bleibt? Eröffnet die Äußerlichkeit der Kontrollinstanz nicht viel mehr Möglichkeiten des Ausweichens, ja der Flucht vor dem Zwang durchs Kollektiv? Hier wird der Hintergrund der Autoren gar ein protestantischer. Jedoch wird er diesmal ausgesprochen, wenn das Fehlen eines Äquivalents zur „christlich vermittelten Buße“ beklagt wird.

Das eigentliche Problem des Textes, in dem die richtigen Fragen gestellt werden, besteht jedoch darin, dass streckenweise ein falsches Verständnis der Freudschen Kategorien vorherrscht. So können „äusere Zwänge“ nicht sublimiert werden, und die Sexualität stellt keine „Form der Sublimierung“ dar. Vor allem aber wird ein falscher Gegensatz aufgemacht: Es ist nicht das Gewissen, welches das Christentum vom Judentum (Gesetzt) unterscheidet, sondern der Glaube. Gegen Freud wird die Existenz eines äußerlichen Regelwerkes als Ursache für das „Fehlen einer internalisierten Kontrollinstanz“ betrachtet. Demnach dürfte sich auch im Judentum kein Gewissen ausgebildet haben.

Als Synkretismus von Judentum und Christentum ist der Islam vielmehr charakterisiert durch das (aktuell sehr konfliktvolle) Nebeneinander von Gesetz und Glaube. Der Islamismus, der wie der europäische Faschismus auch als ein Aufstand „zorniger junger Männer“ gegen das Gesetz begriffen werden kann, versucht dieses Nebeneinander zugunsten des Glaubens aufzulösen. Darüber soll uns der Stellenwert der Scharia im Islamismus nicht hinwegtäuschen: Sie dient dort eben nicht wie das Gesetz der strikten Trennung des Menschen vom Göttlichen, sondern steht vielmehr unter dem Stern der Reinheit der Umma, dieser grandios-narzisstischen Verschmelzungsphantasie. Davon soll im abschließenden dritten Teil ausführlich die Rede sein.

Anmerkungen:

- 1 Der Narzissmus wurde im ersten Teil als dem intrauterinen Leben vergleichbarer Zustand absoluter Glückseligkeit vorgestellt. Im Entwicklungsverlauf gerät dieser Narzissmus in Konflikt mit der ödipalen Reifung und der sich beständig erneuernden (unbewussten) Erfahrung der Kastration als schmerzhaftes Erkenntnis, dass die Grenzen des Körpers und Genießens sehr viel enger gesteckt sind als die des Begehrens. Gegen dieses notwendige Aufgeben der Illusion der Allmacht, welches begleitet wird von der Integration der Analität, regt sich jedoch Abwehr: Neben der Vermeidung mittels Fetischismus die Regression auf die Stufe der phantasmatischen Einheit mit der Mutter. Auf der Ebene der Beziehungen kommt es zum Rückfall in den anfänglichen (prägenitalen oralen und/oder analsadistischen) Modus der totalen Beherrschung des Objektes.
- 2 Grunberger, B.; Dessuant, P.: Narzissmus, Christentum, Antisemitismus. Eine psychoanalytische

Untersuchung. Stuttgart 2000, S. 163

3 zit. n. Czermak, Gerhard: Christen gegen

Juden. Reinbeck b. Hamburg 1997, S. 41

4 Grunberger...a.a.O., S. 172

5 Krämer-Badoni, Rudolf: Judenmord, Frauenmord, Heilige Kirche. München 1988, S. 26

6 ebd., S. 85

7 Grunberger...a.a.O., S. 272

8 ebd., S. 70

9 ebd., S. 371

10 zit. n. Kreis, Rudolf: Antisemitismus und

Kirche. In den Gedächtnislücken deutscher

Geschichte mit Heine, Freud, Kafka und

Goldhagen. Reinbek b. Hamburg 1999, S. 142

11 zit. n. ebd.

12 zit. n. ebd., S. 140

13 ebd., S. 141

14 ebd.

15 ebd., S. 142f.

16 Grunberger...a.a.O., S. 361

17 Stegemann, Ekkehard.: Der Protestantismus.

Zwischen Neuanfang und Beharrung, in:

Strauss, Herbert A. et al. (Hg.): Der

Antisemitismus der Gegenwart. Frankfurt

a. M.; New York 1990, S. 49–65; hier: S. 51

18 Ehrlich, Ernst L.: Luther und die Juden, in: Strauss,

Herbert A.; Kampe, Norbert (Hg.): Antisemitismus.

Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt

a. M.; New York 1985, S. 47–65; hier: S. 48

19 zit. n. ebd., S. 53

20 ebd.

21 Grözinger, Karl-Erich: Die „Gottesmörder“,

in: Schoeps, Julius H.; Schlör, Joachim (Hg.):

Antisemitismus. Vorurteile und Mythen.

München, Zürich 1995, S. 57–66; hier: S. 63

22 ebd., S. 65

23 Kreis...a.a.O., S. 285

24 zit. n. ebd., S. 13

25 Stegemann...a.a.O., S. 53

26 vgl. Context XXI, Nr. 8/2004, S. 13ff

Kolonialhistoriker stellen an Hand des Völkermords an den Herero und Nama einen Zusammenhang zwischen kolonialem Genozid und Holocaust her – und sehen keinen Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus.

VON NAMIBIA NACH AUSCHWITZ?

Die Genozidforschung scheint deutschen Traditionen auf der Spur

von Birgitt Wagner

Angesichts der expliziten Vernichtungsabsicht der deutschen „Schutztruppe“ während des Kolonialkriegs 1904 – 1908 in Deutsch-Südwestafrika liegt die Überlegung nahe, ob dieser Völkermord als isoliertes Ereignis in der deutschen Geschichte gesehen werden kann oder nicht vielmehr in die Entwicklung hin zum Holocaust eingebettet werden muss. In Context XXI 8/2004 hat Thomas Schmidinger in seiner Rezension des Sammelbandes „Völkermord in Deutsch-Südwestafrika“ die Ereignisse bereits ausführlich beschrieben: die explizite Absicht des neuen militärischen Befehlshabers von Trotha, die Herero in ihrer Gesamtheit zu vernichten, die er noch vor seinem Eintreffen geäußert hatte; der Dursttod der bereits geschlagenen Herero in der Wüste und das massenhafte Sterben der wenigen Überlebenden nach Aufhebung des Schießbefehls in Konzentrationslagern, an bewusster Vernachlässigung und Zwangsarbeit.

KOLONIALKRIEGE UNTERLIEGEN KEINER REGULIERUNG

Im Krieg gegen die Herero und Nama trafen zwei theoretische Linien zusammen: seit etwa 1870 war die Militärtheorie Clausewitz' vom „totalen Krieg“, nach der moderne Kriege mit extremer Härte geführt werden müssten, um den Gegner bereits mit dem ersten Schlag zu besiegen, besonders in Deutschland hegemonial geworden. Wichtiger noch war mit Sicherheit der koloniale Kontext für den Schritt zum Völkermord, da aus europäischer Perspektive ein Unterschied bestand zwischen „zivilisierten“ Gegnern, denen man mit einem gewissen Maß an Achtung und Respekt begegnete, und dem Kampf gegen „unzivilisierte Völker“, der derartige Rücksichtnahme nicht erforderte. Ganz folgerichtig galten denn auch Abkommen zur Regelung von Kriegshandlungen wie die Haager Landkriegsordnung von 1899 für einen Krieg von Weißen gegen Weiße – der Krieg gegen kolonial beherrschte Bevölkerungen war davon ausgenommen.¹

Aber auch die Vorstellung eines „Rassenkrieges“ war ideologische Unterfütterung einer Kriegsführung, die für den Gegner keinen Respekt entwickeln wollte. In dieser Vorstellung des Kampfes zwischen der „weißen“ und der „schwarzen Rasse“ war es geradezu Kennzeichen der Situation, dass es einen totalen Sieger und einen totalen Verlierer geben musste. Die Theorien des Sozialdarwinismus boten so gleich doppelten Nutzen: zum Einen konnte sich ein Mann wie von Trotha gleichsam in einer Verteidigungsstellung wähnen, die jeglichen Schlag gegen den Gegner rechtfertigte – gekämpft musste schließlich werden, und einer musste unterliegen. Zweitens bot der Sozialdarwinismus ein scheinbar wissenschaftliches Argumentationsmuster, dessen neutraler Jargon die Täter als Werkzeuge der Geschichte von jeglicher persönlicher Verantwortung

freisprach: die „schwächeren Völker“ seine ohnedies zum Untergang bestimmt.

Auf dieses biologistische Konzept von „Rasse“ stützt sich die Argumentation zu Gunsten einer Kontinuität: im anthropologischen Rassismus treffen sich die Beschreibung und Definition kolonisierter Bevölkerungen genauso wie der slawischen Bevölkerung Osteuropas, und auch die Entstehung des Antisemitismus speiste sich aus der neu entstandenen „Wissenschaft“ der Rassenlehre.

Der deutsche Kolonialhistoriker Jürgen Zimmerer beispielsweise sieht als einigendes Band divergierender Aspekte der NS-Ideologie und der NS-Politik zum einen den Rassismus und zum anderen die Großraumpolitik mit der damit verbundenen „Ökonomie der Vernichtung“. Wenn man Rassismus zudem als umfassende „Biologisierung des Gesellschaftlichen“ betrachte, würden die Opfer der Zwangssterilisation, der Ermordung „lebensunwerten Lebens“, die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Juden als Opfer der gleichen menschenverachtenden Ideologie erkennbar. Der Krieg gegen die Herero und Nama weise bei genauerem Hinsehen deutliche Parallelen zum dem zwischen 1941 und 1945 geführten „Vernichtungskrieg im Osten“ auf; auf Grund des geringen zeitlichen Abstands von nur 40 Jahren könne von einer militärischen Tradition des „Rassen“- und Vernichtungskrieges gesprochen werden.²

DAS „VOLK OHNE RAUM“ BLICKT JETZT NACH OSTEN³

Die These, dass die grausame Behandlung der slawischen „Untermenschen“ der des Gegners in einem Kolonialkrieg entspreche, hat viel für sich. Osteuropa wurde von den Nationalsozialisten als angestammter deutscher Kolonial- und Siedlungsraum betrachtet. Adolf Hitler: „Der Kampf um die Hegemonie der Welt wird für Europa durch den Besitz des russischen Raumes entschieden; er macht Europa zum blockadefesten Ort der Welt. [...] Die slawischen Völker hingegen sind zu einem eigenen Leben nicht bestimmt. [...] Der russische Raum ist unser Indien, und wie die Engländer es mit einer Handvoll Menschen beherrschen, so werden wir diesen unseren Kolonialraum regieren.“⁴

Und ganz offensichtlich war der Krieg in Osteuropa, anders als die Feldzüge in Westeuropa, eben ein Vernichtungskrieg. Die Genfer Konvention wurde zwar sehr wohl auf die Gefangenen der westlichen Alliierten, nicht aber auf die sowjetischen Kriegsgefangenen angewendet, die zu Millionen erschossen wurden oder in Lagern zugrunde gingen. Und auch die slawische Zivilbevölkerung wurde massenhaft getötet, um „Lebensraum“ zu gewinnen. Hier trifft

sich die nationalsozialistische Planung mit der Utopie einer Siedlungskolonie wie Deutsch-Südwestafrika, was die Imagination eines „reinen“ Neuanfangs mit idealen Ausgangsbedingungen angeht. Gleichzeitig ist diese Argumentation jedoch wenig geeignet, eine Verbindung zum Holocaust herzustellen.

Wenn Dominik Schaller von der *Arbeitsgruppe für Genozidforschung* an der Universität Zürich schreibt, dass „Juden, Polen und Russen zur potentiellen Kolonialbevölkerung eines deutschen Reiches in Osteuropa [mutierten], als völkische Gruppen nach dem Ersten Weltkrieg den Osten Europas als neuen „Lebensraum“ entdeckten“⁵, so vereinfacht er in unzulässiger Weise: Auch wenn der Holocaust und der Vernichtungskrieg in Osteuropa – nicht ganz zufällig – räumlich und zeitlich parallel stattfanden, so handelt es sich doch um zwei geschichtliche Phänomene, die eine getrennte Betrachtung erfordern. Ähnlich argumentiert Jürgen Zimmerer, wenn er auf die strukturellen Parallelen des biologischen Rassismus gegenüber Schwarzen wie gegenüber Slawen und Juden hinweist.⁶

Beide Argumentationen sind nur tragfähig, wenn die Unterschiede zwischen anthropologischem Rassismus und Antisemitismus ignoriert bzw. abgestritten werden. Der Antisemitismus spielt jedoch in der deutschen Tradition eine fundamental andere, geradezu die zentrale Rolle – auch wenn in beiden Fällen eine Gegnerschaft in einem imaginierten „Rassenkrieg“ konstruiert wird.

OHNE ANTISEMITISMUS IST DEUTSCHLAND NICHT ZU DENKEN

Seit Beginn der Definitionsbemühungen, was „deutsch“ sei, also mit der Entstehung der deutschen Nation seit Beginn des 19. Jahrhunderts, bildete „jüdisch“ den ideellen Gegensatz, an Hand dessen die Konstruktion des Deutschen

vorgenommen werden konnte. Schon bei Fichte findet sich die Behauptung einer vollkommenen Unvereinbarkeit, der zufolge es unmöglich sei, einem Juden deutsche Bürgerrechte zu gewähren. Diese Rolle als „Gegenrasse“ blieb eine Konstante und wurde mit Vorliebe in Zeiten des deutsch-nationalen Aufbruchs manifest – so zum Beispiel während der so genannten Revolution von 1847/48, die von den schlimmsten Pogromen seit den „Hep-Hep-Unruhen“ begleitet wurde.

Weiter vorangetrieben wurde diese Entwicklung durch den modernen Antisemitismus, für den die Juden die leibhaftige Personifizierung aller als negativ abgelehnten Aspekte der Moderne abgaben – vom Kapitalismus über den sozialen Wandel bis hin zur allgemeinen Undurchschaubarkeit und Unberechenbarkeit des Weltgeschehens. Das Phantasma des „Weltjudentums“ mit seinen allgewaltigen Herrschaftsplänen war entstanden, immer aufs Schönste kontrastiert durch das angeblich bodenständige und verwurzelte „Deutschtum“.⁷

Rassismus und Antisemitismus spielen hierbei für den psychischen Haushalt des bürgerlichen Subjekts zwei völlig unterschiedliche Rollen. Wo die rassistische Wahrnehmung einen „Untermenschen“ ortet, der als Inbegriff aller vor-bürgerlichen Eigenschaften und Triebe verabscheut wird, sind die Jüdinnen und Juden dem Antisemiten die Verkörperung des Widerspruchs, den das bürgerliche Subjekt in sich selbst zu ertragen hat: der Abstraktheit von Markt und Staat, die die Erfüllung seiner Rolle als Warenbesitzer und Staatsbürger fordern, ohne dem konkreten Individuum jemals seine weitere Notwendigkeit und damit Existenz garantieren zu können. In Zeiten der Krise entfaltet sich diese Projektion in konkreter Vernichtung, um im Juden das eigene Bedrohtsein durch die Abstraktion auszumerzen und sich so zu stabilisieren

– eine Vernichtung, für die heute als Chiffre „Auschwitz“ steht und die, auch wenn sie im besetzten Osteuropa stattfand, rein gar nichts mit kolonialer Expansion zu tun hatte.⁸

Gleichzeitig rückt bei einer Einnäherung des Holocaust auf die Geschehnisse im besetzten Osteuropa aus dem Blickfeld, dass die antisemitische Politik von Stigmatisierung, Diskriminierung und Beraubung in Deutschland sofort nach der Machtübergabe an die NSDAP 1933 begann. Diese „vorbereitenden“ Maßnahmen, besonders Definition und Kennzeichnung von Jüdinnen und Juden, waren aber Vorbedingung für die Durchführung des Holocaust. Eine Argumentation, die im Dienste der Kontinuitätsthese die Vernichtung der europäischen Juden und den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa in Eins setzt, klammert dem gegenüber die Deutschen genauso wie die aus den westeuropäischen Ländern deportierten Juden einfach aus, deren Ermordung wiederum keineswegs mit kolonialen Siedlungsplänen erklärt werden kann. Es wurden eben alle Juden umgebracht, derer die Deutschen habhaft werden konnten, und dies nicht als überzählige Bevölkerung, sondern als Vertreter des „Weltjudentums“.

Insofern scheint es wenig wahrscheinlich, dass die Deutschen – deren antisemitische Vordenker bereits in den 1880/90er-Jahren vom „Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“ schwadronierten und von der Notwendigkeit, „den giftigen Tropfen der Juden aus unserem Blut [loszuwerden]“ – ohne den Völkermord an den Herero am „ultimativen Tabubruch der Vernichtung anderer Ethnien“ gescheitert wären. Groß genug war der wahnhaft Hass gegen die Juden schon lange; ihn auszuleben, fehlte bis 1933 weniger ein geeignetes Vorbild denn die Verfügungsgewalt über den staatlichen Machtapparat.

1 Marx, Christoph: *Kriegsgefangene im Burenkrieg*. In: Overmans, Rüdiger *In der Hand des Feindes*, Köln 1999, S. 255–256

2 Zimmerer, Jürgen: *Holocaust und Kolonialismus*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51/2003 S. 1103, 1117

3 Das Motto ist dem 1926 erschienenen gleichnamigen Roman von Hans Grimm entnommen, dessen Handlung noch in Südafrika angesiedelt ist.

4 Rede Adolf Hitlers vom 17.9.1941

5 Schaller, Dominik, Boyadjian, Rupen, Berg, Vivianne, Scholtz, Hanno (Hg.),

Enteignet – Vertrieben – Ermordet. Beiträge zur Genozidforschung, Zürich 2004, S. 187

6 Zimmerer, ebd., S. 1103 ff

7 Zur deutschen Nationwerdung siehe Scheit, Gerhard, *Die Meister der Krise*, Freiburg 2001, sowie Gruppe r.a.be., *Auf Deutschkurs*, <http://deutschkurs.open-lab.org>

8 Joachim Bruhn, *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*, Freiburg 1994

HANOCCA À LA TCHÈQUE

Tschechien ist anders

von Verena Pejic

Die jüdischen Gemeinden in Prag bemühen sich seit 1989 an eine breite Öffentlichkeit zu gehen und verzeichnen dabei einige Erfolge.

Verena Pejic

- unterrichtet in Wien Geschichte, Psychologie und Philosophie.

Das Jüdische Museum und die Überlebenden-Organisation *Theresienstädter-Initiative* arbeiten eng mit Schulen zusammen, organisieren Lehrer/innen/seminare, deren Teilnehmer/innen ihr Wissen im Unterricht weitergeben. Die seit 1990 bestehende Föderation jüdischer Gemeinden, ein Dachorgan für die jüdischen Gemeinden und alle anderen jüdischen Gruppen und Institutionen in der Tschechischen Republik haben – neben ihren Hauptaufgaben, die Sorge um Entschädigung für Holocaust-Opfer, das Schaffen von sozialen Programmen für ältere Personen und Bildungsprogrammen sowie der Erhalt von Synagogen, Denkmälern und Friedhöfen – sich die Gewinnung neuer Mitglieder und Interessenten/innen als Ziel gesetzt. Ein weiterer Effekt der ursprünglichen Absicht gegen die fortschreitenden Assimilation der tschechischen Juden und Jüdinnen zu wirken, ist das Erwecken von großem Interesse an jüdischer Tradition bei der nicht-jüdischen Bevölkerung.

Gedenktage wie der Jom haShoa werden unter starker Beteiligung der tschechischen Bevölkerung in der Pinkas Synagoge begangen. Die Pinkas Synagoge ist heute wieder der zentrale Gedenkort für die ermordeten tschechischen Juden und Jüdinnen. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ wurde sie wegen „Renovierungsarbeiten“ geschlossen. Die „Renovierung“, die bis zur „Wende“ dauerte, bedeutete unter anderem die Übermalung der Namen der Ermordeten.

Das unlängst renovierte jüdische Viertel „Josefov“, ist für das immer attraktiver werdende Reiseziel Prag auch ein wichtiger Tourismusfaktor. 2004 kamen landesweit 3,6 Millionen Gäste, für 2005 werden noch mehr erwartet. Für die meisten von ihnen ist „Josefov“ fixer Bestandteil des Reiseprogramms. Die Synagogen, Friedhöfe, der Golem und Kafka und jede Menge koscherer Restaurants garantieren für die passende Schtetlromantik. So ist „Josefov“ ähnlich wie andere vergessene Inseln der jüdischen Kultur im ehemaligen Ostblock eine Mischung aus engagierter Erinnerungsarbeit und kommerzieller Inszenierung.¹

In diesem Klima scheint eine selbstbewusste Gemeinde zu entstehen, deren Selbstverständnis sich wesentlich aus drei Elementen konstituiert, die nicht getrennt betrachtet werden können:

- Die Wiederentdeckung jüdischer Geschichte nach dem Kommunismus, der kaum Möglichkeit bot sich damit zu beschäftigen.
- Die Ablehnung des Sowjetkommunismus als Antizionismus.

- Die Unterstützung Israels nach der Staatengründung und der pro-israelische Geist des Prager Frühlings 1968.

VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Ich habe mich im Juli 2004 mit Dr. Tomas Kraus, Vorstandsmitglied der *Föderation der jüdischen Gemeinden in der Tschechischen Republik*, unterhalten. Die Föderation war lange Zeit dominiert von eher liberalen und reformorientierten Kräften. Erst nach Redaktionsschluss erreichte mich die Nachricht, dass sich diese Kräfte in einem heftigen Machtkampf mit eher orthodoxen Mitgliedern befinden. Dieser brachte die Föderation mittlerweile an den Rand einer Spaltung.

Neben den ca. 3000 registrierten Mitgliedern der Föderation gibt es noch geschätzte 15.000–20.000 Personen, die der jüdischen Gemeinschaft angehören, die Religion aber nicht ausüben und/oder nach dem jüdischen Gesetz, der Halacha, Nicht-Juden/-Jüdinnen sind. Tomas Kraus erklärt die Zugehörigkeit so:

Gedenktage wie der Jom haShoa werden unter starker Beteiligung der tschechischen Bevölkerung in der Pinkas Synagoge begangen.

Heute ist das anders, es fängt an sich zu öffnen, weil wir nach dem israelischen Rückkehrgesetz die Statuten überarbeitet haben, d.h. ein Großeltern-Teil ist genug um Jude/Jüdin zu sein. Wir meinen, wenn das in Israel gültig ist, warum dann nicht bei uns? Und so öffnen sich die Gemeinden und Vereine, d.h. dass wir vieles für dieses Reach-out Programm machen. Man kann nur schätzen wie erfolgreich das sein wird.

Um welche Maßnahmen handelt es sich bei dem Reach-out-Programm der Föderation?

Da laufen zwei große Projekte in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium.

Eines davon ist diese Taskforce²: Staaten, die den Holocaust in den Unterricht bringen, das Projekt ist für Lehrer und Lehrerinnen, die hier Seminare besuchen. Das ist sehr erfolgreich und das Interesse ist sehr hoch.

Das zweite Projekt „Die verschwundenen Nachbarn“ ist sehr interessant. Schüler und Schülerinnen suchen in ihrer Heimat nach den Spuren von Juden/Jüdinnen. Das ist wichtig für die Kinder, weil sie über sich selbst etwas erfahren. Ziel ist es über die ehemaligen Nachbarn einen Aufsatz zu schreiben.

Und letztes Jahr haben wir ein riesiges Marketing für Chanukka gemacht. Es gab überall Plakate

und Posters, nicht nur in Prag, sondern auch auf der Autobahn. Das Motiv auf den Plakaten war ein Weihnachtskranz-ähnliche Chanukka-Leuchter und wir haben gesagt: „Ist Chanukka nicht auch ihr Feiertag? Wenn ja, wenn Sie Interesse haben, bitte kommen Sie in die Synagoge, da werden Sie Antwort finden.“

Die Kapazität der Synagoge beläuft sich auf 700 Leute, wir dachten es wird voll sein. Gekommen sind aber 2000 Leute. Wir wissen nicht warum diese Leute gekommen sind, vielleicht nur weil sie neugierig waren. Und dann: Was machen wir mit dem Leuten weiter? Wie sollen wir weiterarbeiten? Aber das Potential ist da.

Wurden die Posters mit antisemitischen Parolen verunstaltet?

Nein, hier bei uns ist das nicht so. Im Allgemeinen herrscht keine antisemitische Stimmung. Das größte Problem ist der Rassismus gegen die Roma. Antisemitismus war und ist immer nur am Rande. Es existiert, aber es ist ein Problem am Rande. Antisemitismus wird vom Innenministerium auch nicht als gesondertes Problem behandelt, sondern im Rahmen des Rassismus allgemein.

Von unserer Seite, d.h. von der Föderation, anderen Organisationen wie B'nai B'rith, der Prager Gemeinde und den Verbänden der jüdischen Jugend soll jetzt ein Zentrum geschaffen werden, um die Zusammenarbeit mit den Behörden zu erleichtern, um z.B. zum Innenministerium regelmäßigen Kontakt zu haben.³

Die extrem rechte Partei Republikanska strana Ceskoslovenska unter Miroslav Sladek erlangte bei den Parlamentswahlen 1992 sechs Prozent der Stimmen, d.h. 14 Sitze im Parlament. 1998 verloren sie diese Sitze und gelten heute als marginalisiert. 2001 hat sich eine neue Vereinigung, der Nationale Soziale Block, formiert, unter deren Dach sich viele rechtsextreme Organisationen sammeln. Sie wollen als politische Partei anerkannt werden und in Wahlen eintreten. Wie schätzen Sie die Chancen einer solchen „Partei“ künftig ein?

Die haben keine Chancen. 1998 waren die schon weg. Miroslav Sladek existiert nicht. Es gibt keine rechte Partei, sondern eine Gruppe, die gerne eine

Partei gründen möchte, aber die sind ganz am Rande. Das sind Antisemiten, 3000–5000 Leute. Das Innenministerium hat sie nicht als Partei akzeptiert.

Die extreme Rechte rekrutiert ihre Mitglieder zum großen Teil über rechte Musik auf privaten Veranstaltungen. Wie reagiert die tschechische Polizei darauf?

Das ist kompliziert für die Polizei. Die Rechten machen sehr viel über das Internet und sie haben gute Kontakte zu Deutschland und Russland. Jetzt gab es einen Fall über die Skinheadgruppe Kolowrat. Der Sänger wurde auf dem Flughafen verhaftet.⁴

Bei rechten Konzerten kann die Polizei nicht eingreifen, weil sie das privat machen. Sie mieten eine Bierstube, um Geburtstag zu feiern. Nicht einmal der Besitzer weiß oft vom tatsächlichen Hintergrund. Die Polizei kann das nur filmen und die Personen identifizieren.

Sind Übergriffe von Neonazis oder Rechts-extremen auf Juden/Jüdinnen in Prag bekannt?

Überhaupt nicht, aber es gibt Hakenkreuzschmierereien und Schändungen auf Friedhöfen. Da gab es etwa einen Fall von jungen Leuten, die haben einen Friedhof nicht weit von Prag geschändet, die Grabsteine zerstört, und sich gegenseitig dabei gefilmt und einer davon hat es der Polizei gegeben. Die Eltern mussten die Renovierung der Grabsteine bezahlen. Es wurde auch der Friedhof in Tarnov, auf dem die weibliche Opfer eines Todesmarsches begraben sind, schon zweimal geschändet immer an einem bestimmten Datum, entweder am 9./10. November oder am Geburtstag von Hess.⁵

Nach dem ersten Weltkrieg wurde die erste tschechoslowakische Republik gegründet. Ihr Präsident, Tomas Masaryk, oft als „Judenfreund“ beschimpft, ist bekannt für seinen Spruch, dass Rassismus und Antisemitismus in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz hätten. Tatsächlich waren die Juden und Jüdinnen in Tschechien gleichberechtigt, wenn auch der latente Hass gegen sie weiterlebte. Als am 15. März 1939 Hitlers Truppen einmarschierten, war die humane Republik am Ende. Von 118.310 Juden/Jüdinnen aus den tschechischen Ländern

konnten 26.100 emigrieren, 78.000 wurden im Holocaust ermordet.

Nach dem Krieg und der kommunistischen Machtübernahme schlug die Tschechoslowakei zunächst eine freundliche Politik gegenüber Israel ein. Sie war der wichtigste Waffenlieferant für den neuen jüdischen Staat, der gegen fünf arabische Armeen kämpfte. Außerdem wurden die Piloten der israelischen Luftwaffe hier ausgebildet. Die Beziehungen CSSR–Israel wurden jedoch nach einer sowjetischen Kampagne abgebrochen.⁶ Tomas Klaus meint dazu:

Ja, dann war das vorbei, als klar war, dass Israel kein kommunistischer Staat werden wird. Und dann war die Politik anders. Der Antizionismus war staatlich vorgeschrieben, das war ein verhüllter Antisemitismus.

Höhepunkt dieser Propagandakampagne bildete der Slansky-Prozess 1952. Dieser größte Schauprozess der tschechischen Nachkriegszeit führte zur Hinrichtung zahlreicher Juden, die hohe Stellungen innehatten. Slansky war seit 1945 Generalsekretär der tschechoslowakischen KP. Im September 1951 wurde er abgesetzt, zwei Monate später verhaftet und im November 1952 wegen angeblicher titoistischer und zionistischer Verfehlungen zum Tode verurteilt und mit elf anderen Delinquenten hingerichtet. Der Prozess zog noch zahlreiche Verurteilungen in den folgenden Jahren nach sich. Auf die jüdische Gemeinde wirkte sich diese Einschüchterung so aus:

Die Gemeinde existierte nicht. Das war eine Gruppe von älteren Leuten, die regelmäßig in der Synagoge kamen. Aber das war alles, es gab kein anderes Programm. Es wurde alles von Staatsangestellten mit Mikrofonen und Kameras beobachtet. Man musste als Jude/Jüdin damit rechnen im Beruf diskriminiert zu werden. Die jüngere Generation scheute sich in Kontakt mit der Gemeinde zu sein, um ihren Kindern das Leben nicht schwer zu machen. Die jüdische Kultur war offiziell tabuisiert.

PRAGER FRÜHLING

Der Prager Frühling 1968 brachte für die tschechischen Juden und Jüdinnen eine kurze Reprise der Masaryk-Zeit. Nach dessen Niederschlagung flohen weitere 6.000 Juden/Jüdinnen aus dem Land. Tomas Klaus vergleicht die Situa-

tion der Prager DissidentInnen mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967:

Es gab eine ganz starke politische Parallele mit dem Sechs-Tage-Krieg. Die haben gekämpft und gewonnen. 1968 war die CSSR in der selben Lage gegen einen übermächtigen Gegner. Nur wir konnten nicht kämpfen und gewinnen.

Teilweise wurde von Moskau behauptet, der Prager Frühling wurde von den Juden ausgelöst. Das hing damit zusammen, dass viele jüdische Persönlichkeiten beteiligt waren, das waren Prominente des Prager Frühlings, z.B. der Ökonom Prof. Goldsticker oder der Arzt Frantisek Kriegel. Den haben sie am meisten gehasst.⁷

Was hat sich seit 1989 speziell an der Situation der jüdischen Gemeinde verändert?

Alles hat sich verändert. Nach der Wende ist alles frei, wir können machen was wir wollen.

Wie ist die offizielle Berichterstattung über Israel und den Nah-Ost-Konflikt in Tschechien?

Die Berichterstattung ist ganz einmalig, weil bei uns – ich spreche nicht über die Randzeitschriften der Rechten oder Linken – ich meine die großen Zeitungen und das Fernsehen. Wenn das auch nicht ganz Pro-Israel ist, dann ist es mindestens objektiv. Bei uns sind noch immer die Wurzeln da, die Atmosphäre

Alle Kommentare, die zu CNN – das ist ja ganz schrecklich – von den tschechischen Journalisten/innen beigefügt wurden, die sind ganz anders. Z.B. die Frage der „Mauer“: Bei uns in den Medien wurde gesagt, das ist doch keine Mauer, die gibt es nur auf einem kleinen Gebiet und sonst ist es eine „Barriere gegen den Terrorismus“. Wenn es in den Zeitschriften Antisemitismus gibt, dann ist es bei den linken., z.B. „Halo Noviny“, das ist eine tägliche linke Zeitung mit netten Artikeln über unsere jüdische Mitbürger/innen und auf der nächsten Seite steht dann, wie schlecht die Zionisten und Israelis seien.

Was sind die Perspektiven und Entwicklungstendenzen der Föderation?

Wir haben viel vor. Es gibt da zwei Perspektiven.

Erstens: Die Gemeinde attraktiv zu machen, die Leute, die hier sind, zu unterstützen. Ich bin überzeugt, es gibt genug Potential. Wir müssen uns mit den eigenen Leuten befassen.

Zweitens: Viele Leute kommen jetzt aus dem Osten. Nach dem EU-Beitritt kommen Leute aus ökonomischen Gründen, z.B. aus Russland, da ist die Sprache ähnlich, wenn diese Leute kommen, dann muss sich die Gemeinde darum kümmern.

der ersten Republik von Masaryk. Und dann ist es die Nachwirkung von 68, wo viele Politiker und Intellektuelle von heute bereits tätig waren, und Israel war das Vorbild dieser Leute.

pakistani food **حلال** essen für alle

ٹیسٹ ان لیمیٹڈ

DER WIENER DEEWAN

all you can eat ~ KOSTET ... WAS IHR WOLLT ~ pay as you wish
BUFFET ~ ZUSTELLUNG ~ CATERING ~ MO – SA ~ 10 – 23
9., LIECHTENSTEINSTRASSE 10 ~ TEL: 9251185
U2; 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44; 40A: SCHOTTENTOR; 1, 2, D; 40A: BÖRSE

good food good mood

Anmerkungen:

1 Vgl.: <http://www.hagalil.com/czech/tschechisch-0.htm>

2 Die Task Force for international Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research wurde 1998 von Schweden, den USA, Großbritannien, Israel und Deutschland gegründet. Polen, Tschechien, Frankreich, die Niederlande, Italien und Österreich sind inzwischen beigetreten, siehe: www.taskforce.org

3 Im April 2004 fand in Prag eine Veranstaltung mit dem Titel „Altneue Chance“ gegen Antisemitismus statt. Shimon Samuels, der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Europa äußerte sich hoffnungsvoll, dass Tschechien mit seiner Auffassung gegenüber Israel die Meinung der Europäischen Union beeinflussen könnte, siehe: Martina Schneibergova. Altneue Chance im Kampf gegen Antisemitismus, in: Tagesecho, 20.04.2004.

4 Kolowrat ist eine russische Skinheadband, deren Sänger, Denis Gerasimow, im Sommer 2004 verhaftet wurde. Er wurde von einem Prager Gericht zunächst von der Beschuldigung, neonazistisches und nationalsozialistisches Gedankengut zu propagieren, freigesprochen. Nach einem Einspruch der Staatsanwaltschaft wurde er jedoch wieder verhaftet. Nun wartet er im Gefängnis auf einen neuen Prozess.

5 Rudolf Hess gilt als Integrationsfigur für die tschechische extreme Rechte. Er dient als „Vereiniger der weißen Nationen“ zur Überbrückung des schizophrenen

Charakters des tschechischen Rechtsextremismus, der sich durch starken Antigermanismus auszeichnet. So haben sich auch die tschechischen Faschisten in den 20er und 30er Jahren wegen Hitlers Antislawismus mit Mussolini identifiziert. In der Praxis wurden sie von der NSDAP seit Ende der 20er Jahre finanziell unterstützt. Vgl.: Petr Slunec: Vom Charakter der heutigen Rechten in Tschechien. Bericht von der Konferenz „Grenzüber tretungen – Umgang mit dem Anderen“, 7.–9. Sept. 2001 in Berlin; in: http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/moe_konferenz/tschech.htm

6 Vgl.: Andrea Übelback: Tschechische Republik – Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, in: www.antisemitismus.net/osteuroopa/tschechien.htm

7 Kriegel verurteilte 1968 als Präsident der Nationalen Front die sowjetische Invasion und weigerte sich, den Moskauer Vertrag zu unterzeichnen; später zählte er zur Bewegung Charta 77. Der Hass der Politbürokratie gegen ihn und ihre Furcht vor ihm waren so ausgeprägt, dass er 1979 selbst auf der Intensivstation polizeilich überwacht, seine Grablegung verboten, sein Leichnam an unbekanntem Ort verbrannt wurde. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin hatte Kriegel 1968 wegen seiner unbeugsamen Haltung Prügel angedroht und erklärt, als galizischer Jude habe dieser kein Recht, das tschechoslowakische Volk zu vertreten. Vgl.: Arno Lustig: Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Berlin 2001, S. 303ff.

HELVETIA HUMANA?

Vom Beitrag der schweizerischen Politik zur Festung Europa

von Erica Burgauer

Das Bild, das die Schweiz von sich am liebsten präsentiert, ist die (angeblich) heile Alpenwelt des „Heidi“. Wenn's etwas politischer zu und her gehen soll, dann gefällt sie sich am besten in der Rolle als Depositarstaat der Genfer Konventionen und als Heimat des IKRK, als Paradebeispiel für praktizierte Humanität. Doch wehe, wenn diese Bilder gefährdet sind, wie zum Beispiel, als es um die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg ging, oder als anfangs der 90er Jahre statt „Heidiland“ plötzlich der „Needlepark“ (die offene Drogenszene mitten in der Stadt Zürich, in nächster Nähe zu Bahnhofstrasse und Bankpalästen) in ausländischen Medien von der FAZ bis hin zur New York Times Schlagzeilen machte. Flüchtlings- und Drogenpolitik, die dem Image der Schweiz so großen Schaden zuzufügen imstande waren und sind, finden in den sogenannten „Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht“ ihren gemeinsamen Niederschlag und entlarven die Eigenart der helvetischen Humanitas.

VOM ANTIJUDAISMUS...

Die schweizerische Flüchtlingspolitik entwickelte sich seit Ende des 19. Jahrhunderts in erster Linie als Abwehr jüdischer Immigration. Diese war nach Ansicht judenfeindlicher Politiker notwendig geworden, nachdem Staaten wie die Niederlande und die USA die Schweiz ultimativ aufgefordert hatten, die Emanzipation ihrer wenigen jüdischen EinwohnerInnen umzusetzen und die Niederlassung jüdischer Menschen allgemein zuzulassen, wollte sie als Handelspartnerin mit diesen Staaten im Geschäft bleiben. Immerhin wollte man nun wenigstens zu verhindern versuchen, dass diese unerwünschte Bevölkerungsgruppe ungebührlich anwuchs. Es folgten die Einführung verschärfter Grenzkontrollen und eines allgemeinen, aber vor allem auf jüdische MigrantInnen zielenden Visumszwangs. Die ansässige jüdische Bevölkerung war zudem weitaus schärferen Einbürgerungsbedingungen unterworfen als andere AusländerInnen. Das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG), das 1931 in Kraft trat, basierte auf diesen besonders restriktiven Grundsätzen. Die Ausländer- und die Asylpolitik waren und blieben vom Konzept der Abwehr geprägt.

Was die Drogenpolitik anging, hatte die Schweiz wie die meisten europäischen Staaten stark auf Repression gesetzt – Erkenntnisse über die gravierenden medizinischen und sozialen Folgen für die Süchtigen weitgehend ignorierend, ebenso wie Einsichten in das ökonomische Interesse des Drogengrosshandels an eben dieser Repression. Die Verfolgung von Junkies und Kleinsthändlern liess sich medial prima inszenieren und rechtfertigte auch den fortwährenden Ausbau der polizeilichen Überwachung. Doch die Süchtigen lösten sich trotz der permanenten Jagd nicht einfach in Luft auf; die „Szene“ bildete sich nach ihrer angeb-

lichen Auflösung jeweils in einem anderen Quartier wieder neu.

... ZUR HETZE GEGEN „KRIMINELLE ASYLANTEN“

Die Szene liess sich selbst mit polizeilichen Großaufgeboten nicht vertreiben; die Quartierbevölkerung war empört, und vor allem anderen: das Image im Ausland litt (siehe oben) beträchtlich. Die Politik reagierte panisch und hilflos. Nicht nur Taten waren gefragt, sondern Sündenböcke. Und die waren schnell gefunden: Nachdem der Polizei bei den zahllosen Razzien auch Asylsuchende ins Netz gegangen waren, wurde die ganze Misere pauschal den sogenannten „kriminellen Asylanten“ zur Last gelegt. Als ob es kein Strafrecht gebe, mit dem kriminelle Aktivitäten geahndet werden könnten, und weil von rechts die Zwangsinternierung von Süchtigen und die Wiedereinführung der Todesstrafe für Dealer gefordert worden war, wurde – von der rot-grünen (!) Zürcher Regierung – quasi als „kleineres Übel“, ein neues Gesetz zur Verschärfung des ANAG auf den Weg gebracht. Unter widerwilligem Applaus von rechts.

Das bis dahin gültige ANAG hatte bereits erlaubt, Menschen für 30 Tage zu internieren, denen „eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen werden kann“; Voraussetzung war die rechtsgültige Verurteilung zu mindestens einem Monat Haft. Dies schien den Behörden nun aber nicht mehr zu genügen. Im November 1993 wurde ein Gesetzesentwurf für Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht vorgelegt. Im begleitenden Bericht wurde zwar ausdrücklich betont, der schweizerische Drogenhandel werde nicht durch Asylsuchende kontrolliert, doch gebe es bei den wenigen tatsächlich Kriminellen einen Vollzugsnotstand, der nur mittels einer Gesetzesänderung behoben werden könne. Das neue Gesetz sah vor, Asylsuchende „ohne geregelten Aufenthalt“ zunächst für drei Monate in Vorbereitungs-, anschliessend für sechs Monate (mit einer Verlängerungsoption um weitere drei Monate) in Ausschaffungshaft setzen zu können. Eine weitere Möglichkeit sollte sein, ihnen zeitlich unbefristet das Betreten oder Verlassen eines bestimmten „Rayons“ (Kanton, Region, Ortschaft) zu verbieten. Als Haftgrund genügt(e) der blosser Verdacht, dass eine Person ohne geregelten Aufenthalt sich der Ausschaffung entziehen wolle.

Ein fundamentales Rechtsgut, die Unschuldsvermutung, wurde damit für diese illegalisierten Menschen aufgehoben. Dabei wurde (und wird) offenbar von der Vorstellung ausgegangen, eine Flucht lasse sich planen und organisieren, wie das ein ordentlicher Schweizer mit seinem Urlaub tut; dass Reisepapiere nicht einfach vorhanden sind und je nach Art der Verfolgung auch nicht beschafft werden können, scheint hierzulande vielen ebenso wenig vorstellbar wie die Notwendig-

Seit 10 Jahren sind die „Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht“ in Kraft, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Schweiz möglichst wenigen Flüchtlingen Asyl gewähren muss. Ein Rückblick.

Erica Burgauer

- ist Historikerin und lebt in Zürich; sie leitete 1994 die Kampagne gegen die Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht.

keit von Flucht überhaupt. Dies zeigt sich auch darin, dass die Schweiz zahllose auch von anhaltenden Bürgerkriegen betroffene Staaten als „safe countries“ qualifiziert und mit etlichen von ihnen auch sogenannte Rückübernahmeabkommen für Flüchtlinge abgeschlossen hat. Haft ohne Strafprozess und Beugehaft, beide in der Schweiz verboten, sollten nun im Ausländerrecht zur Anwendung gelangen. Den Zwangsmaßnahmen wurden ganze Familien, einschliesslich Kinder ab 15 Jahren unterworfen; was mit noch jüngeren Kindern zu geschehen habe, blieb unerwähnt – und ungeregt. Zur Beruhigung des humanitären Gewissens wurde den SchweizerInnen versichert, die Haftgründe würden regelmässig richterlich überprüft und die betroffenen AusländerInnen getrennt von kriminellen Häftlingen „untergebracht“.

HUMANITÄRES FEIGENBLATT

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs begann in flüchtlingsnahen und kirchlichen Kreisen die Debatte darüber, mit welchen Mitteln ein solches Gesetz zu verhindern sei. Im Vordergrund stand die Idee, das Referendum zu ergreifen. Allerdings wurde schnell klar, dass die geschürten Ängste auch vor diesen Gruppierungen nicht halt gemacht hatten. Immer wieder war auch hier die Rede davon, dass man dem Schutz von Dealern vor der Strafverfolgung nicht Hand bieten wolle – es schien klar zu sein, dass der Drogenhandel durch AusländerInnen kontrolliert werde. Die Vorurteile gerade bei Linken führten auch zu einer fatalen Verknüpfung: das Parlament hatte kurz zuvor beschlossen, der UNO-Konvention gegen Rassismus beizutreten. Da gegen war von rechten und rechtsextremen Kreisen, die sich ihren rassistischen, antisemitischen Mund nicht gesetzlich verbieten lassen wollten, das Referendum ergriffen worden. Die sogenannten fremdenfreundlichen Kreise fürchteten nun, Aktivitäten gegen die „Zwangsmaßnahmen“ könnten bewirken, dass die rassistische Stimmung im Lande noch weiter zunehme und das Referendum gegen den Beitritt zur UNO-Konvention deshalb erfolgreich wäre. Mit diesem Argument wurde versucht, Druck auf die GegnerInnen der Zwangsmaßnahmen auszuüben. Den wenigsten dieser Konventions-BefürworterInnen schien klar zu sein, dass gerade die unmissverständlich rassistisch unterfütterten Zwangsmaßnahmen die Intention der Konvention umfassend un-

terlaufen. Nur wenige UnterstützerInnen der Flüchtlinge ließen sich nicht beirren: gerade die Verknüpfung der beiden Vorlagen sollte zeigen, dass der behauptete Antirassismus, sollte er mehr als ein humanitäres Feigenblatt sein, auch die Konsequenz haben müsse, die Zwangsmaßnahmen zu verhindern.

Doch es half nichts: Nach fast diskussionsloser, überhasteter Verabschiedung des Gesetzes durch beide Kammern des Parlaments wurde klar, dass weder die Landeskirchen noch die Sozialdemokraten die Unterschriftensammlung gegen die Zwangsmaßnahmen unterstützen würden. Auch bei der eigentlichen Abstimmungskampagne hielten sie sich „vornehm“ zurück, was nicht nur gravierende finanzielle Folgen hatte, sondern vor allem auch dazu führte, dass die KritikerInnen der Vorlage kaum mediale Aufmerksamkeit fanden. Die Folgen waren abzusehen: Dem „reduzierten“ Beitritt zu UNO-Konvention wurde mit überwältigendem Mehr zugestimmt; in der drei Monate später angesetzten Abstimmung fanden die Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht dann ebensoviele BefürworterInnen – das Feigenblatt war installiert.

DIE NÄCHSTE SCHRAUBENDREHUNG

Zehn Jahre sind seit der Inkraftsetzung vergangen. Die städtischen Drogenprobleme konnten – ohne sichtlichen Einfluss der ausländerpolitischen Massnahmen – weitgehend entschärft werden. Auch dem Drogenhandel ist eine Wirkung der Zwangsmaßnahmen nicht anzumerken. Nicht gelöst werden konnte allerdings das herbeigeredete Problem des „Asylmissbrauchs durch sogenannt kriminelle Asyltouristen“. Die Justiz hat wiederholt Klagen von Menschen gutgeheissen, die sich gegen die Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Wehr setzten – so z.B., wenn die Schweiz mit möglichen Herkunftsstaaten Informationen über Betroffene austauscht und sie damit zusätzlich gefährdet. Und wenn sich keine Reisepapiere beschaffen lassen, müssen die Betroffenen wieder freigelassen werden.

Dies konnte allerdings nicht verhindern, dass mehrere Personen

als direkte Folge von Zwangsmaßnahmen und Ausschaffungen ums Leben kamen. Und obschon die Zahl der Asylgesuche den tiefsten Stand seit 1988 erreicht hat, erlässt das zuständige Justizdepartement weitere Verschärfungen, so dass *Amnesty International* unmissverständlich das „Gebot der Menschlichkeit verletzt“ sieht. So wird abgewiesenen Asylsuchenden neuerdings jede Nothilfe verweigert. Die Folgen sind so gravierend, dass inzwischen selbst die sonst so zurückhaltenden Landeskirchen Priester und Pfarrer unterstützen, welche nun für den Staat mit dem Angebot von Unterkunft, Nahrung, Kleidung und medizinischer Versorgung in die Lücke springen: sie lassen verlauten, es gebe Zeiten, da sei ziviler Ungehorsam aus Gründen der Humanität unumgänglich. Gut möglich, dass ausgerechnet die Kirchen, deren Haltung gegenüber Fremden in Not im letzten Jahrhundert alles andere als rühmlich war, nun also dafür sorgen könnten, dass die Schweiz erneut etwas für ihre Imagepflege tun muss.

PHASE2 MÄRZ 05

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

»MISSION ISLAMISMUS«

NEUER ANTISEMITISMUS
UND ANSÄTZE
GEGEN DIE REGRESSION

AUSGABE NR 15

enthält u.a.:

MATTHIAS KÜNTZEL: »Islamismus, Faschismus und NS«

THOMAS SCHMIDINGER: »Unser Kampf mit den Juden«

UDO WOLTER: »Nicht im Namen des Anderen«

KRITIK & PRAXIS BERLIN: »Islamismuskritik – Jenseits von Rassismus und Antisemitismus?«

ILKA SCHRÖDER: »Europe's Hidden War against the US«

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE
UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

ZUM GELEIT

von Lotte Tobisch-Labotyn

Er geht mir ab, und je älter ich werde, desto mehr.

Es war bei einer Einladung im Frühjahr 1962, als ich ihn zum ersten Male traf. In der Wohnung des ehemaligen Burgtheaterdirektors Josef Gienlen, dem Schwager des Pianisten Eduard Steuermann, bei dem der junge Adorno im Jahre 1925 in Wien sein Klavierspiel perfektionierte, während er zur gleichen Zeit bei Alban Berg Musiktheorie und Kompositionslehre studierte. (...)

Wenn er sich glücklich fühlte, strahlte sein Wesen eine berührende kindliche Freude und Dankbarkeit aus, die so ganz im Gegensatz standen zu dem stets unverändert bleibenden, wissenden und forschenden Blick aus seinen besonders großen, dunklen, ein wenig asymmetrischen Augen, die mich immer an die faszinierenden Augen des alten Goethe auf K. A. Schwerdgeburths Zeichnung aus dem Jahr 1832 erinnerten.

Ich weiß nicht, woran es lag, dass schon diese erste Begegnung durch eine gegenseitige spürbare Zuneigung geprägt wurde; aber ich weiß, dass diese Sympathie allein gewiss nicht ein ausreichend tragfähiges Fundament gewesen wäre für die Brücke, die über die unterschiedlichen Generationen, sozialen Positionen, Formen der Intellektualität und Temperamente den weltberühmten Philosophen und die noch junge, mäßig erfolgreiche Schauspielerin zu einer jahrelangen, innigen – doch immer platonisch gebliebenen – Freundschaft zusammenführte.

Wo das Verbindende, das Gemeinsame dieser sonderbaren Beziehung zu finden ist, erhellt Adorno in seinem Brief vom 20. November 1964, den er mir anlässlich des Todes seines Lehrerfreundes Eduard Steuermann schrieb:

»... wenn es etwas Tröstliches gibt, und davon zu reden, ist fast schon vermessen – dann liegt es darin, daß Du es warst, von der ich die Nachricht empfang. Unser Verhältnis hat ja auch dies Merkwürdige, daß es, trotz unseres Altersunterschiedes – ich bequem Dein Vater sein – etwas von einer Jugendfreundschaft hat durch all die Fäden, die von Dir zu meiner Jugend und zu deren bestimmten Erfahrungen sich spinnen. Es hat im Namen dieser späten und anachronistischen Jugendfreundschaft etwas unendlich Sinnvolles, daß uns nun gerade der Augenblick aneinanderknüpft, in dem einer der letzten und wichtigsten Menschen mir weggerissen wurde, der noch mit der eigenen Jugend mich verbunden hat, und der,

wie ich es auch von mir glaube, nichts von dem geopfert oder verraten hat, was in der Jugend ihn bewegte. Ich bin dankbar dafür, daß Du da bist und ich Dich habe ...« (...)

Als er, 22-jährig, nach Abschluss seines Philosophie Studiums von Frankfurt nach Wien kam, war der große Aufbruch in die Moderne zwar längst unter den Trümmern, die der Erste Weltkrieg zurückgelassen hatte, begraben, – aber davon spürte er offenbar wenig. Im elitären Kreis um Schönberg und Berg, finanziell unabhängig, beschäftigte sich Adorno in Theorie und Praxis mit kunstphilosophischen Problemen, vor allem jenen der Musik. Er sah sich als Künstler, der sich bei den Großen der »2. Wiener Schule« weiterbilden wollte.

Wohl aus der sicher schmerzhaften Erkenntnis, dass er dem höchsten Anspruch, den er immer an sich stellte, auf diesem Gebiet nicht genügen konnte, verließ er Wien bereits wieder im Herbst 1925. Er kehrte zurück nach Frankfurt und zur Philosophie, die von nun an sein Leben bestimmte. Aber die Musik blieb zeitlebens ein wesentlicher Bestandteil seines Denkens.

So wie Amorbach, die Sommerfrische seiner Familie, für ihn Inbegriff seiner Kindheit war, so wurde Wien für ihn das Synonym für jenen Abschnitt seiner Jugend, in dem er als Musiker Antworten auf die ihn bewegenden Fragen suchte, die er Jahre später, als Philosoph, fern von Wien, in der Polarität des dialektischen Denkens zu ergründen wusste.

Die Briefe Adornos an mich sind sicherlich nicht vergleichbar oder auch nur in einem Atemzug zu nennen mit jenen, die er mit seinen bedeutenden Zeitgenossen, Fachkollegen, Verlegern oder Studenten wechselte, und die letztlich – wie er einmal belustigt einen seiner Studenten zitierte – von ihm »für die Ewigkeit« verfasst – wurden, gewissermaßen als Ergänzung bzw. Kommentar zu einem jeweiligen Thema, durchaus im Bewusstsein einer möglichen Veröffentlichung.

Die vorliegenden Briefe – sowohl seine wie meine – sind nicht im entferntesten unter diesem Aspekt geschrieben worden. Darum berichten sie auch ohne Rücksicht-

nahme oder Vorsicht vom Tagesgeschehen, von Zuständen und Menschen – ob prominent oder nicht. Manches Urteil von mir über Ereignisse und Personen ist aus heutiger Sicht nicht mehr aufrechtzuerhalten, viele angesprochene Probleme sind kaum mehr als solche zu erkennen, und dennoch hatten einige durchaus Spätfolgen – gute und auch ungute.

Wenn ich, nach langem Überlegen, gerade jetzt mein Placet zur Veröffentlichung unseres Briefwechsels gegeben habe, dann deshalb, weil zu erwarten war, dass anlässlich seines hundertsten Geburtstages der Buchmarkt mit Adorno-Sekundärliteratur überschwemmt werden wird und Zeitungen und Magazine mit unzähligen Adorno-Artikeln erscheinen werden. Mit Publikationen, die wohl nur in einem sehr geringen Maße dazu beitragen werden, in der vielfältigen und äußerst widersprüchlichen Persönlichkeit des Philosophen Adorno den so sehr verletzbaren, empfindsamen und liebesbedürftigen Menschen aufzuspielen, der im Schatten seines Genies lebte und zeitlebens etwas von dem Kind in sich trug, dem seine großbürgerliche, tadellose Erziehung »das Weinen verboten hatte«.

In den Briefen seiner letzten zwei Lebensjahre schreibt Adorno wiederholt über seine ernsthafte Absicht, mit Gretel nach seiner Emeritierung zeitweise wieder in Wien leben zu wollen, um sich hier noch einmal ganz seinen musikalischen Ambitionen und dem Komponieren zu widmen. Wir hatten dafür schon Pläne geschmiedet und überlegt, wie die Sache zu arrangieren wäre. Aber dazu kam es nicht mehr.

Als Adorno einmal im Zusammenhang mit seiner lebenslangen Liebe zu Wien gefragt wurde: »Warum gerade Wien?«, antwortete er: »In Wien steht mein Gartenzwerge – Was er wohl damit sagen wollte, sich gedacht hat? – Ich glaube, man sollte sich davor hüten, auf diese Frage mit einer vorschnellen Antwort zu reagieren, denn über alles, was Adorno gedacht und gesagt hat, lohnt es sich – in jedem Falle – gründlich nachzudenken.

Er geht mir ab, und je älter ich werde, desto mehr.

t Auszüge aus dem Buch Theodor W. Adorno/Lotte Tobisch: Der private Briefwechsel. Hg. v. Bernhard Kraller und Heinz Steinert. Literaturverlag Droschl: Graz 2003. Abdruck des Vorwortes mit freundlicher Genehmigung des Verlages.

ÜBER WIDERSTAND UND REGENSCHIRME

Drei Empfehlungen

von Alexander S. Emanuel

Georg Stefan Troller: Das fidele Grab an der Donau. Mein Wien 1918–1938. Wien 2004.

Georg Stefan Troller: Dichter und Bohemiens. Literarische Streifzüge durch Paris. Wien 2003.

Karin Stögner: Traum-Zeit Moderne – das ewige Bild der Weiblichkeit. Eine Annäherung an Walter Benjamins Passagen-Werk. Braumüller-Verlag: Wien 2004.

Der diesjährige *Theodor Kramer Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil* geht an einen meiner Lieblinge: an Georg Stefan Troller. Er schrieb das sehr autobiographische Drehbuch zu Axel Cortis Trilogie „Wohin und Zurück“. Die drei Filme gehören wohl zu dem, was mich vom Bildschirm herab am meisten berührt haben. Wien 1938 – Prag, Paris, Marseille – der Zwischenstop in Casablanca wird übersprungen – New York. Der Traum eines Jugendlichen, in der Fremde verloren, vom Wilden Westen, von Santa Fe, die Rückkehr to Old Europe als GI, die endgültige Vertreibung, diesmal nicht durch den Wiener Mob, sondern durch die Wiener Normalität.

Der 1921 in Wien geborene Georg Stefan Troller lebt heute in Paris. In seinem neuen Zuhause verfasste er fürs deutsche Fernsehen seit den 60er Jahren drei Jahrzehnte lang seine berühmten und beeindruckenden Personenbeschreibungen und sein *Pariser Journal*. Vor zwei Jahren erschien dann auch ein Buch über Paris: Dichter und Bohemiens. Ein verrückter Streifzug durch eine verrückte Stadt, voller Geschichte und Geschichten. Genauso lesenswert, weil genauso ins Vergessene und Unbekannte ausschweifend ist sein neuestes Buch: Das fidele Grab an der Donau – mein Wien 1918–1938. Im Zentrum des Geschehens:

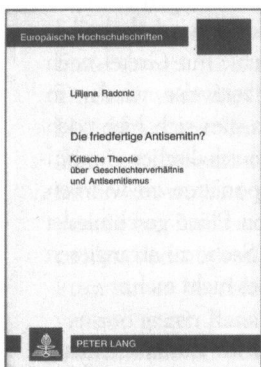
Georg, der gymnasiale Jäger nach Autogrammen und seine bald massakrierte Welt.

In Trollers Parisbuch ist natürlich auch von den Regenschirmen der Armen: den Passagen, die Rede. Also von jenen überdachten Gassen, die Paris durchziehen und denen Walter Benjamin seine letzte große Arbeit gewidmet hat: das Passagen-Werk. Eine ganz besondere Annäherung zu diesen Regenschirmen und vor allem zu Benjamin hat Karin Stögner in *Traum-Zeit Moderne* – das ewige Bild der Weiblichkeit unternommen. Die Autorin, Mitarbeiterin des Instituts für Konfliktforschung, hat jene Ansätze bei Benjamin gesucht und gefunden, die man durchaus als feministisch bezeichnen kann. Indem Benjamin die Geschichte des Kapitalismus und seiner Herrschaftsformen anhand der Kulisse beschreibt, die Paris ihm geboten hat, erzählt er auch von der „ewigen Wiederkehr des immer Gleichen“ in den zwischenmenschlichen Beziehungen und den damit verbundenen Unterdrückungen und Revolten. Karin Stögner geht jenen Gedanken Benjamins nach, welche die Weiblichkeit in der Moderne evozieren und führt die LeserInnen dabei in die schrillsten und dunkelsten Ecken sowohl der Seine-Stadt, wie auch der bürgerlichen Gesellschaft. „Wie in der antiken Sklavenhaltergesellschaft war auch in der bürgerlichen die Gleichheit der Herrschenden zu haben nur über die Beherrschung anderer. Die Verblendung von Moderne und Antike entlarvt derart die Scheinhaftigkeit von bürgerlicher Gleichheit und Freiheit, die in ihrer Partikularität die Geschlechtergrenzen verschärfte und die Versklavung der Massen in der Lohnarbeit erforderte.“ (Stögner, S.28)

UND ES GIBT IHN DOCH!

von Judith Goetz

In *Ljiljana Radonic* „Die friedfertige Antisemitin“ wird das Modell eines weiblichen autoritären Charakters aktualisiert.



Die friedfertige Antisemitin?

– Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u. a., 178 Seiten, 39,- Euro, ISBN: 3-631-53306-3

Die Kritik an Freuds Weiblichkeitstheorie stellt in der Diskussion rund um Geschlechterverhältnisse keine Neuheit dar. Ebenso bekannt ist der Vorwurf, dass Adornos Modell des autoritären Charakters an ein männliches Subjekt gebunden ist. Ljiljana Radonic versucht in ihrem 2004 erschienen Werk die Debatten und Fortführungen bei-

der theoretischer Ansätze zusammenzufassen und gleichzeitig für ein Konzept eines weiblichen autoritären Charakters brauchbar zu machen. Sie verwirft dabei nicht nur Freuds biologistische Argumentationen, sondern auch einige Ansätze seiner feministischen

Kritikerinnen und wirkt nicht zuletzt auch den theoretischen Auseinandersetzungen entgegen, die Frauen ein mangelndes Interesse am Antisemitismus unterstellen.

Ausgehend vom Verweis auf die gesellschaftliche Bedingtheit weiblicher Identitätsbildung, eignet sich Radonic die altbekannten Grundpfeiler der freudschen Psychoanalyse und die Erkenntnisse der Kritischen Theorie in Bezug auf Antisemitismus an, um die Frage nach dem psychischen Gewinn von Antisemitismus geschlechtsspezifisch zu erklären. Den Mittelpunkt und eigentlichen Meilenstein ihrer Forschungsarbeit stellen dabei die kritische Auseinandersetzung mit Frauen im NS und de-

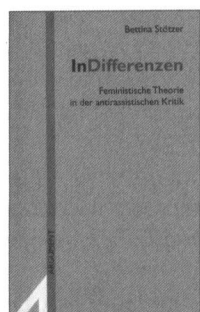
ren Rezeption in der „Neuen deutschen Frauenbewegung“ dar. Radonic thematisiert somit, was der Großteil deutschsprachiger feministischer Schriften der letzten 60 Jahre verabsäumt hat. In einer tiefen Auseinandersetzung mit historischen Fakten liefert sie eine Vielzahl von Belegen, die Frauen als aktive Täterinnen und Profiteurinnen des NS-Regimes verurteilen. Gleichzeitig wirkt Radonic auch der oftmals postulierten Friedfertigkeit und dem Opferstatus der Kategorie „Frau“ entgegen, wie sie sich in Margarete Mitscherlichs Werk „Die friedfertige Frau“ finden lassen. Im Vordergrund werden dabei jene, den Holocaust verharmlosenden Tendenzen dieses Denkens analysiert, die in erster Linie den Wunsch nach einer identitätsstiftenden Bezugnahme befriedigen wollen, indem sie die grausame Mittäterinnenschaft deutscher Frauen im NS ausblenden.

In Anlehnung an eine Studie über antisemitische Persönlichkeiten, die 1944 in den USA mit Frauen durchgeführt wurde, kommt die Autorin zu dem Schluss, dass „die Funktionsweise und der psychische Gewinn des Antisemitismus“ bei Männern und Frauen gleich wären, da beide über die gleiche Persönlichkeitsstruktur verfügen, die Inhalte, der auf Juden und Jüdinnen projizierten verdrängten Wünsche und Regungen ihrer narzisstischen Kränkungen jedoch unterschiedlich.

Trotz ihrer Schärfe, Präzision und Detailhaftigkeit ist Radonic vorzuwerfen, dass sie neuere feministische Ansätze aus ihrer Analyse vollkommen ausklammert, kaum bis keinen Bezug nimmt auf die Anwendbarkeit ihrer Ergebnisse auf andere Phänomene wie Rassismus, und auch die Notwendigkeit der von Freud und Adorno ausgesparten Patriarchatskritik innerhalb einer umfassenden Gesellschaftsanalyse nur marginal betont.

DER FEMINISMUS UND SEIN ANDERES

von Jutta Sommerbauer



Auch in **Bettina Stötzers** Buch
über antirassistischen Feminismus
gibt es einige „blinde Flecken“.

InDifferenzen. - Feministische Theorie in der antirassistischen Kritik. Argument Verlag, Hamburg 2004, 200 Seiten ISBN 3-88619-293-8, Euro 18,40,-

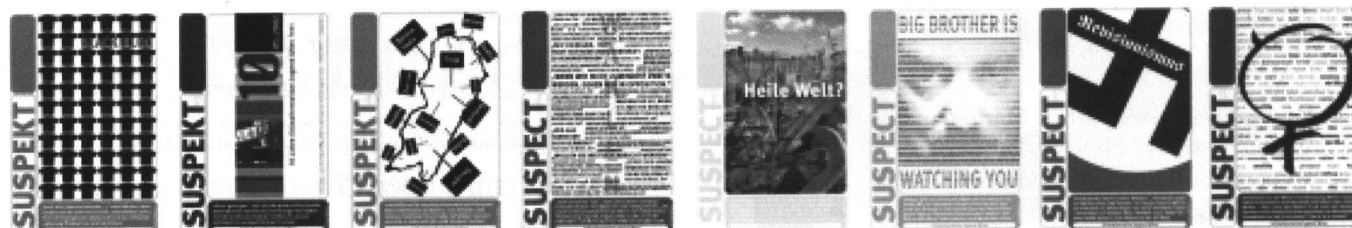
Antirassistische Perspektiven im Feminismus weiterzuentwickeln: Dieses Ziel verfolgt Bettina Stötzers Untersuchung *InDifferenzen*. Ausführlich und kenntnisreich legt die Autorin die Entwicklungslinien der antirassistisch-feministischen Kritik in der Bundesrepublik dar und kritisiert deren verspätete Aufnahme durch Frauenforscherinnen, die die Einwände lange Zeit als Randthema betrachtet haben. Erst in letzter Zeit sei hier ein „Kurswechsel“ bezüglich der Beachtung von „Differenzen zwischen Frauen“ festzustellen. Stötzer erarbeitet Elemente dieser Kritik: die falsche Gleichsetzung von Rassismus und Sexismus, ein vereinheitlichender Patriarchatsbegriff, die Annahme einer universellen Struktur der Geschlechterdifferenz sowie die Kulturalisierung der „fremden Frau“.

Die Autorin begibt allerdings eine zweifache Fehleinschätzung, wenn sie behauptet, dass „mit der Ausnahme einer relativ umfangreichen Literatur über das Verhältnis von Frauen zum Nationalsozialismus [...] die Phänomene Nation, nationale

Identität und Nationalismus im feministischen Diskurs bis in die Mitte der 90er Jahre eher Tabuthemen [waren]“ (43). Gerade die Auseinandersetzung mit NS und Antisemitismus spielt in der Frauenforschung – wie übrigens auch in der aktuellen antirassistischen Debatte – keine herausragende Rolle. Auch in Stötzers Werk führen diese Fragen sowie die Einwände jüdischer Frauen ein Schattendasein. Dass die Autorin den NS als „spezifische Form des Nationalismus“ (43) begreift, illustriert nur zu eindrücklich ein Defizit der Differenzen-Debatte im Allgemeinen: einen Begriff von Antisemitismus und Rassismus zu haben.

Nach der Besprechung der literarischen und theoretischen Entwürfen afro-deutscher Frauen, der interkulturellen Frauenforschung oder des Konzepts der „Dominanzkultur“ von Birgit Rommelpacher geht es Stötzer darum, diese mittels poststrukturalistischer Kritik am binären Denken zu vertiefen. Hierbei bezieht sie sich auf Trinh Minh-ha's Denkfigur der „un/an/ geeigneten Anderen“ sowie Gloria Anzaldúas „mestiza“. Diese würden in ihrer Unabgeschlossenheit keine Festschreibung von Differenzen erlauben. Wiewohl Stötzer zugibt, dass Dekonstruktion „kein Zaubertrunk“ ist, scheint sie doch an dessen magische Wirkung zu glauben. Konkretere Anwendungen liefern da die Arbeiten von Encarnación Gutiérrez Rodríguez, die die postkoloniale Perspektive mit einer Analyse sozialer und institutioneller Praxen verbinden. Dieser Strang der Debatte scheint ergiebiger, denn die an Judith Butler geschulten Theoretikerinnen bleiben vorwiegend bei Gedankenspielen und reproduzieren auf einer abstrakteren Ebene das, was sie dem Multikulturalismus so erbittert vorwerfen: das Zelebrieren kultureller Differenzen.

AEP Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft	AEP-Informationen Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft Jahresabo € 15,00 erscheint vierteljährlich
Müllerstrasse 26 6020 Innsbruck Telefon & Fax: 0512-583698 aep.frauenbibliothek@aon.at www.aep.at	AEP-Frauenbibliothek Montag 16.30 – 19.30 Donnerstag 10.00 – 12.00 Feministische Theorie Frauenbewegung und Politik Frauengeschichte und Psychologie Romane und Krimis ...und vieles mehr



SUSPECT

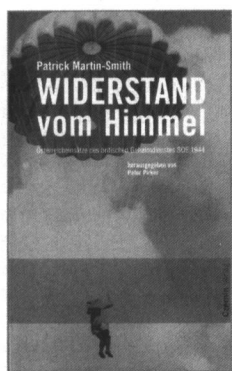
Grünalternative Jugend Wien
Lindengasse 40, 1070 Wien

→ www.gajwien.at/suspect ←



WIDERSTAND VOM HIMMEL

von Katrin Auer



Widerstand vom Himmel. Österreichsätze des britischen Geheimdienstes SOE 1944. Herausgegeben von Peter Pirker. Czernin Verlag: Wien 2004, 415 Seiten, 27,- Euro.

Um die NS-Vergangenheit in ihrer ganzen Tiefe und Tragweite aufdecken zu können, hat Peter Pirker, der Herausgeber dieses Buches das Motto „Grabe, wo du stehst“ in die Tat umgesetzt und ein historisches Dokument veröffentlicht, dass nicht nur für die regionale Geschichtsschreibung Kärntens, sondern für die Auseinandersetzung mit Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus eine unschätzbare Bedeutung hat.

Kern des Buches ist das Manuskript des britischen Geheimdienstagenten Patrick Martin-Smith von seinen Einsätzen in Kärnten und Osttirol im Jahr 1944 ausgehend von Friaul.

Von der Fallschirmlandung Mitte Juni 1944 in Friaul, über die Kontaktaufnahme und Kooperation mit italienischen PartisanInnen und österreichischen Wehrmachtsdeserteuren bis zu der fast aussichtslosen Suche nach anti-nazistischem Widerstand in der österreichischen Mehrheitsbevölkerung und der Rolle der Kosaken als Mittäter der Nazis auf italienischem Gebiet berichtet Patrick Martin-Smith. Dabei liest sich dieser Text nicht wie eine faktenorientierte militärische Berichterstattung, sondern wie eine Erzählung, in der die beteiligten Personen Gestalt annehmen, Atmosphären spürbar sind und Geschehnisse lebendig werden. Gleichzeitig sind in allen Schilderungen der politi-

sche Hintergrund und die geheimdienstlichen Überlegungen präsent. Dieses historische Dokument liest sich streckenweise tatsächlich wie ein Abenteuerroman. Doch auch politische Analysen, die zum einen das wahre Gesicht Österreichs und die Fehleinschätzungen der Alliierten zeigen, kommen nicht zu kurz:

„Niemand von uns hätte an einem Einsatz teilgenommen, der Widerstand in Österreich vorantreiben sollte, ohne davon auszugehen, dass die Österreicher im Grunde Antinazis waren und das Land ein widerwilliger Teil des Großdeutschen Reiches war; kurz, Österreich eine nationale Identität sowie den Wunsch hatte, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Dass diese Überzeugung eher auf Glauben denn auf Tatsachen beruhte, gehörte zu den ersten schmerzhaften Erfahrungen, mit denen Rudolf und Francis konfrontiert waren“, schildert Martin-Smith die Erlebnisse zweier SOE-Kollegen (S. 112).

Ergänzend dazu hat Pirker, der das Manuskript auch ins Deutsche übersetzt hat, tiefgehende historische Recherchen angestellt, die den LeserInnen den breiteren historischen Kontext sowie die Lebensgeschichten hinter den Decknamen der ehemaligen SOE-Agenten und Partisanen vermitteln.

In seinem Resümee stellte Martin-Smith schlussendlich fest: „Von unserem beschränkten Blickwinkel aus schien uns, dass vor allem zwei Dinge Österreicher dazu bewegten zu realisieren, dass Hitlers Krieg verloren war – der Vorstoß der Alliierten vom Süden und der Vormarsch der Russen vom Osten her, letzterer erfüllte sie mit Angst, ersterer mit Hoffnung.“ (S. 226)

VERANSTALTUNGSHINWEISE

WIDERSTAND VOM HIMMEL

Dienstag, 14. Juni 2005
in der Britischen Botschaft
(Jauresgasse 12, 1030 Wien)
1030 Vienna.

Buchpräsentation: Patrick Martin-Smith:
Widerstand vom Himmel. Österreichsätze
des britischen Geheimdienstes SOE
1944. Hg. v. Pirker, Peter. Wien 2004.

mit dem Herausgeber Peter Pirker und dem Deserteur
und Sprecher des Personenkomitees für die Opfer der
NS-Justiz Richard Wadani, sowie Eric Sanders, einem ge-
bürtigen Wiener und ehemaligen Mitarbeiter von SOE.

KRIEG HEIMATLOSER
FINANZZENTREN GEGEN
DIE VÖLKER

Veranstaltung mit Thomas Haury (Freiburg i.B.)

**Antisemitische Motive aus der
Anti-Globalisierungsbewegung**

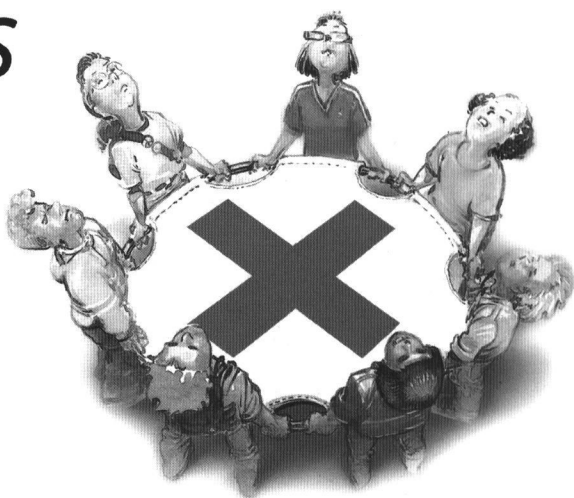
23. Juni 2005, 19:30 h
Zentrum Karl der Grosse,
Kirchgasse 14, 8001 Zürich
(Tram 4 oder 15 bis Helmhaus)

Eine Veranstaltung der Gruppe gegen
Antisemitismus und Antizionismus
Zürich

Mehr Infos unter www.dasbildungswesen.at



Rette das
Bildungswesen!
Geh wählen!

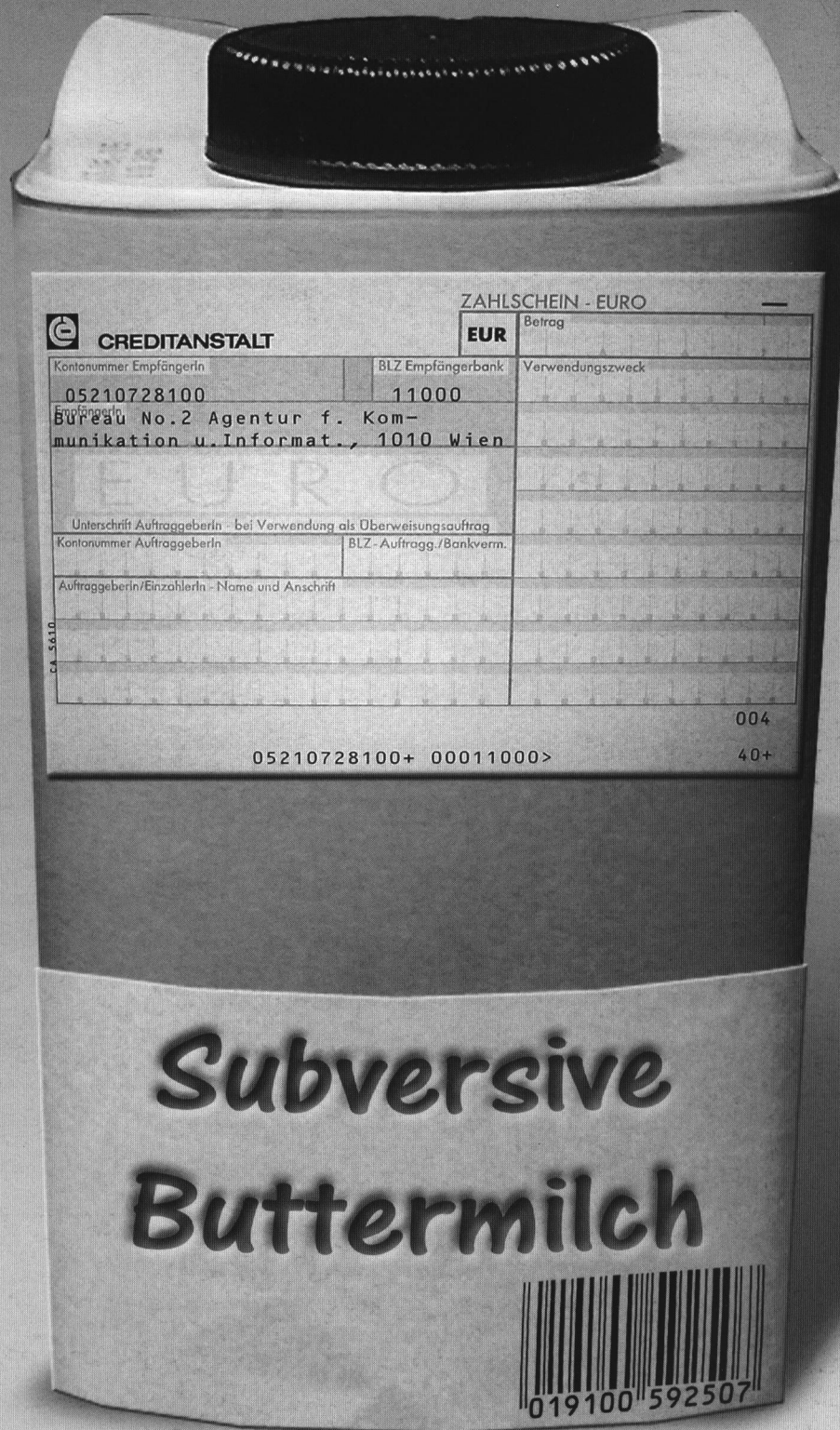


oeh_wahl_05 :: 31.5. - 2.6.

Österreichische HochschülerInnenschaft



Verzweifelt gesucht ...



Bitte, melde Dich!